

Magdalena Martullo-Blocher, Roger Scruton, Inge Ginsberg, Kosovaren

Nummer 17 – 23. April 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Massenflucht Richtung Europa

Illegale Migration aus Afrika und die Ratlosigkeit des Westens.

Von Kurt Pelda, Beat Gygi, Alex Reichmuth, Paul Collier und Roger Köppel

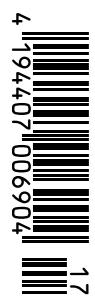
Oltens roter Sozialfilm

Steigende Kosten, linke Seilschaften, organisierte Verantwortungslosigkeit.

Von Philipp Gut

Amal gegen Angelina

Das Fernduell der Überfrauen. *Von Urs Gehrig*





PATEK PHILIPPE

GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition

Mehr Informationen erhalten Sie bei den unten genannten
Patek Philippe Partnern sowie im autorisierten Fachhandel.

Eine vollständige Liste unserer Partner in der Schweiz
finden Sie auf patek.com

Ascona

Doris Herschmann,
Piazza Giuseppe Motta/Lungolago

Basel

Gübelin AG, Freie Strasse 27
Seiler, Gerbergasse 89

Bern

Zigerli & Iff AG, Spitalgasse 14

Davos Platz

Chronometrie Stäuble, Promenade 71

Gstaad

Villiger Gstaad AG, Promenade

Interlaken

Kirchhofer Haute Horlogerie II,
Höheweg 56

Klosters

Maissen, Bahnhofstrasse 15

Lugano

Gübelin AG, Via Nassa 7
Mersmann SA, Via Nassa 5
Somazzi SA, Via Nassa 36

Luzern

Gübelin AG, Schwanenplatz

St. Moritz

Gübelin AG, Via Serlas/Palace Galerie

Vaduz/FL

Huber, Im Städtle

Zermatt

Haute Horlogerie Schindler SA,
Bahnhofstrasse 15

Zug

Lohri, Neugasse 9

Zürich

Patek Philippe Boutique at Beyer,
Bahnhofstrasse 31

Gübelin AG, Bahnhofstrasse 36



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Chronograph Ref. 5170G

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

Liebe auf den ersten, zweiten und 1000sten Blick.



3,9%-Leasing

Swiss Eco Edition
Kia Sportage
inkl. **€uro-Paket** von CHF
6'500.-*
Mehrausstattung
gegenüber Modell Trend

Mehrausstattung Swiss Eco Edition:
7" Navigationssystem mit Rückfahrkamera,
Shark-Antenne, Privacy-Verglasung,
LED-Rückleuchten, Sitzbezüge Leder (Urban
Sports Pack), 4 Leichtmetall-Winterräder 16",
Bodenteppiche, Sonnen-/Eisschutz für
Windschutzscheibe (Abdeckung),
Safety Bag, Schlauchi,
Swiss Eco Edition Badge.

HVS Zürich



The Power to Surprise

Der Kia Sportage hat viele Eigenschaften, die auf sich aufmerksam machen. So die dynamische Linie im unverwechselbaren, preisgekrönten Design. Oder die einzigartigen LED-Scheinwerfer, das 7" Navigationssystem mit Rückfahrkamera oder die Stopp-Start-Automatik. Trau Deinen Augen!
Kia Sportage 1.6 L GDi 135 PS ab CHF 29'950.- (inkl. Mehrausstattung von CHF 6'500.-)



Abgebildetes Modell: Kia Sportage 1.6 L GDi man. Swiss Eco Edition CHF 29'950.-, 6,4 l/100 km, 149 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse E, Kia Sportage 1.7 L CRDi man. Swiss Eco Edition CHF 32'950.-, 5,2 l/100 km, 135 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse C, Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 144 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.).
* Die Aktion ist gültig auf gekennzeichnete Fahrzeuge bis 30.04.2015 oder solange Vorrat.

3,9%-Leasing: Rechnungsbeispiel Sportage 1.6 L GDi Swiss Eco Edition, Listenpreis CHF 29'950.-, Leasingrate CHF 347,25, Leasingzins 3,9%, eff. Leasingzins 3,97%, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 15% (nicht obligatorisch), Kautions 5% vom Finanzierungsbetrag (mind. CHF 1'000.-), obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, wenn sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt.



Intern

Jeder schreibt über sie, jeder hat eine Meinung über sie, aber kaum jemand kennt sie: Die Kosovaren in der Schweiz haben einen lausigen Ruf, und keiner weiss das besser als sie selbst. Umso bereitwilliger öffneten sie sich *Weltwoche*-Redaktor Wolfgang Koydl: «Endlich redet einer mit uns und nicht über uns.» Koydl wollte herausfinden, was sich jenseits der Schlagzeilen über Jeton G., Albaner-Gesten in der Fussball-Nati oder Schweizer Rekruten mit albanischem Doppeladler verbirgt. Das Ergebnis: ziemlich viele ziemlich gute Schweizer. **Seite 48**



«Endlich redet einer mit uns»: Kosovarin in Bern.

Vor siebzig Jahren, am 29. April 1945, kapitulierten die deutschen Truppen in Norditalien, wenige Tage später war der Krieg zu Ende. Der Kapitulation gingen monatelange geheime Verhandlungen voraus, die zu einem grossen Teil auf Schweizer Boden stattfanden. Die Aktion, bei der auch Schweizer beteiligt waren, ging unter dem Namen «Operation Sunrise» in die Geschichtsbücher ein. Die heute 93 Jahre alte Inge Ginsberg arbeitete damals als Hausmädchen im Hauptquartier des US-Geheimdienstes OSS in Lugano. Sie schildert, wie sie die äusserst dramatischen Ereignisse in den letzten Kriegswochen erlebt hat. Ginsberg ist überzeugt, dass die Schweiz entscheidend zum vorzeitigen Ende des Kriegs beigetragen hat. **Seite 60**

Der Kanton Solothurn sah sich ein bisschen als sozialpolitischer Pionier, als er 2009 das Sozialwesen reorganisierte, die Gemeinden entmachtete und neue Verwaltungseinheiten

schuf. Unter den Stichworten «Professionalisierung» und «Zentralisierung» versprach man den Bürgern bessere Qualität und niedrigere Kosten. Eingetreten ist indes das Gegenteil, wie Inlandchef Philipp Gut am Beispiel der Sozialregion Olten zeigt. Die Fallzahlen sind gestiegen, viele Dossiers werden mangelhaft geführt. Und die Kosten sind förmlich explodiert. Dumm, dass die Gemeinden die Budgethoheit verloren haben. Doch es gibt auch so etwas wie Sozialstaatsgewinner: Von der organisierten Verantwortungslosigkeit profitieren bevorzugt linke Seilschaften und SP-Politiker. **Seite 32**

Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer lenkt die Blicke auf die anschwellende illegale Massenmigration an der offenen Südgrenze Europas. Hilflos reagieren Politiker und Meinungsmacher. Reflexhaft beschwören sie die angebliche moralische Pflicht, dem Ansturm mit noch mehr Offenheit zu begegnen. Viele Beschwörungen verlieren sich in hohlen Phrasen. Tatsache bleibt: Je offener Europa sich gibt, desto mehr Flüchtlinge werden kommen. Schon jetzt sind die wirklich Verfolgten eine verschwindend kleine Minderheit. Den Grossteil bilden illegale Wirtschaftsflüchtlinge, die derzeit en masse in die Sozialstaaten der EU und in die Schweiz einwandern. Wir haben deshalb ein grösseres Dossier zur Flüchtlingsfrage zusammengestellt, unter anderem mit Kurt Pelda, Journalist des Jahres, erfahrener Reporter aus dem Syrienkrieg und Libyen, wo sich die gewaltsame Entfernung Gaddafis als Desaster entpuppt. Vielleicht ist dies ein allgemeines Merkmal der europäischen Flüchtlingspolitik: Vor lauter guter Absichten verliert sie die schlechten Folgen aus dem Blick.

Ihre Weltwoche

Umfassende Beratung.

LGT. Ihr Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG, 044 250 81 81

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgele, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Martin Kappler (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Sandra Noser, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Moralische Pflicht

Unter Eindruck der Flüchtlingstragödie wird eine weitere Öffnung der Grenzen gefordert. Falsch. Wir müssen den Todeskanal im Mittelmeer abriegeln. So retten wir Leben und handeln ethisch.

Von Roger Köppel

Letzte Woche starben im Mittelmeer wieder über tausend Flüchtlinge. Die Migrationsströme reissen nicht ab. Sie schwellen an. Afrika hat über eine Milliarde Einwohner, in Europa leben 733 Millionen Menschen. Der demografische Überdruck im Süden bricht sich gegen den wohlhabenden Norden Bahn. Im Jahr 2050, schätzt die Uno, werden zwei Milliarden überwiegend junge Afrikaner rund 691 Millionen alternden Europäern gegenüberstehen. Die Antwort unserer Politiker lautet, dass wir immer noch mehr Flüchtlinge aufnehmen sollen. Das freundliche Angebot wird die Nachfrage weiter verstärken.

Offen wie ein Scheunentor

Die europäische Südgrenze ist offen wie ein Scheunentor. Die Festung Europa gibt es nicht. Im letzten Jahr landeten 220 000 illegale Migranten an der italienischen Küste an. In diesem Jahr rechnet allein Deutschland mit einer Verdoppelung der Asylgesuche auf 500 000. Niemand fühlt sich verantwortlich für den verfassungsmässig verankerten Schutz der Aussengrenzen. Die Italiener wissen, dass die illegalen Migranten lieber in den reichen Norden ziehen und stecken sie in Züge, ohne sie zu registrieren. «Die Flüchtlinge verschwinden eben», erklärte uns kürzlich ein Römer Diplomat charmant und gestenreich.

Im Grunde ist es allen klar, aber niemand traut sich, es zu sagen: Was sich hier abspielt, ist ein grossräumig angelegter Missbrauch unseres Asylrechts durch illegale Wirtschaftsflüchtlinge. Es ist ein behördlich geduldeter Rechtsbruch im grossen Stil. Das Dubliner Flüchtlingsabkommen funktioniert nicht. In einem Europa der offenen Grenzen haben die überlasteten Italiener keinen Anreiz, die bürokratischen Vorgaben aus Brüssel umzusetzen. Ohnehin ist es eine Illusion, bei Hunderttausenden von hereinströmenden Migranten ordentliche Asylverfahren einzuleiten.

Junge Schwarze

Die Absurdität zeigt sich bereits in den Bildern und Statistiken. Die Medien berichten von «Kriegsflüchtlingen aus Syrien». Auf den Fernsehschirmen sehen wir hingegen Schiffe voller junger Schwarzer. Von Politikern wird uns eingeredet, man lasse nur Verfolgte aus dem Nahen Osten rein. Den aktuellen Zahlen entnehmen wir, dass die am schnellsten wachsende Asylantengruppe in der Schweiz die Kosovaren sind,

in deren Heimat die Schweizer Armee und die Bundeswehr auf Kosten unserer Steuerzahler doch angeblich für Ordnung sorgen.

Mitleidlos zeigt der Rechtsstaat seine Klauen gegen Verkehrssünder und Steuerbetrüger. Wenn es darum geht, die Aussengrenzen abzuriegeln gegen illegale Einwanderer, ist auch die Toleranz fast grenzenlos. Asyl verdienen gemäss Uno-Definition nur Menschen, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht sind, politisch durch den Staat verfolgt. Selbst das liberale deutsche Asylrecht schreibt fest, dass Bürgerkriegsflüchtlinge, Armutsmigranten und Menschen in perspektivloser Situation kein Anrecht auf Asyl geltend machen können. Ein Asylrecht, das seinen eigenen Missbrauch toleriert, schafft sich ab.

Die Australier machen es richtig. Sie haben der illegalen Zuwanderung den Kampf angesagt. In einem Demonstrationsvideo verkündet ein uniformierter Offizier, dass man die gesetzwidrige Migration nicht dulden werde. Alle anlaufenden Schiffe werden von der Marine abgeblockt, auf Inseln abgeschoben, zum Teil in Partnerländer, denen die Australier dafür Geld bezahlen. Das ist nicht unmenschlich, sondern ein Gebot der Ethik: Wer dem moralischen Grössenwahn erliegt, allen Armen Zuflucht zu gewähren, zerstört seine Lebensgrundlagen.

Asyl, einst und heute

Unser modernes Asylrecht ist ein Produkt des Zweiten Weltkriegs. Es wurde geschaffen für einzelne spezifisch Verfolgte nach den von



Junge Afrikaner: Illegale Migration

Deutschen, Russen, Chinesen und Türken verübten Völkermorden des letzten Jahrhunderts. Es wurde nicht gebaut als Einfallschleuse für Menschenmassen, die dem wirtschaftlichen und politischen Elend ihrer Heimatländer aus verständlichen, aber eben nicht legalen Gründen entfliehen wollen. Unter dem Rechtstitel des Asyls werden bald Millionen Richtung Norden marschieren, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, unsere Rechtsordnungen endlich durchzusetzen. Jeder Flüchtling, der es nach Europa geschafft hat, ruft mit seinem Handy Kollegen und Verwandte an, die ihm baldmöglichst folgen werden. Was ist zu tun?

Erstens: Man muss den Todeskanal übers Mittelmeer schliessen. Die illegalen Zuwanderer sind sofort aufs afrikanische Festland zurückzuschaffen, die Schlepperboote umgehend zu zerstören. Man muss den Leuten unmissverständlich klarmachen, dass der Weg übers Mittelmeer die Investition nicht lohnt und dass die Menschenhändler Märchen erzählen, wenn sie ihre Kunden auf die Kähne locken. Niemand wird Tausende von Franken bezahlen für eine aussichtslose Überfahrt. Mit dieser Massnahme hatten die Italiener Erfolg,



übers Mittelmeer.

als zu Beginn der neunziger Jahre der ganze Staat Albanien nach dem Zusammenbruch des Kommunismus auf Schiffen über die Adria strebte. Sie schickten die Schiffe einfach zurück. Es gab damals allerdings noch kein Dubliner Flüchtlingsabkommen und keine offenen Schengen-Grenzen. Die Italiener waren selber für ihr Territorium verantwortlich. Heute herrscht die organisierte europäische Verantwortungslosigkeit, entsprechend gibt es an den Grenzen keine Ordnung mehr.

Zweitens: Die Europäer, und damit sind die Schweizer mitgemeint, müssen die humanitären Infrastrukturen, wo nötig und sinnvoll, in den Krisenregionen ausbauen. Mobile Anlagen eignen sich am besten. In den Lagern finden die Verfolgten Schutz und Zuflucht. Sie können den Häschern entfliehen, die es auf sie abgesehen haben. Sie bleiben allerdings in ihren Herkunftsregionen, eingebettet in die vertraute Kultur. Sobald die Konflikte enden, können sie in ihre Heimat zurückkehren, um beim Wiederaufbau zu helfen. Das hat zudem den Vorteil, dass der Brain-Drain aus den ohnehin schon armen Staaten nicht noch asylpolitisch verschärft wird. Der linksliberale britische Entwicklungsökonom Paul Collier

spricht sich entschieden dafür aus, die Dritte Welt nicht weiter «auszubluten».

Drittens: Die Rettungslager sind im Umfeld der Konfliktherde zu bauen, nicht etwa an der nordafrikanischen Grenze, wie jetzt auch von Bundespräsidentin Sommaruga gefordert wird. Man muss alles daran setzen, dass die echten Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimatstaaten geschützt werden und dort bleiben. Flüchtlingslager in Nordafrika würden nur weitere illegale Migranten aus Afrika anziehen und den Druck auf Europa konstant erhöhen.

Islam und Nächstenliebe

Ziel muss sein: Rettung der wirklich Verfolgten vor Ort. Nicht Migration, Schutz ist das Wesen des Asylgedankens. Es braucht keine Flüchtlingstrecks über Tausende von Kilometern. Wenn die Uno in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, den Regionalmächten und, wenn es sein muss, auch mit dem Westen in den Krisenzonen die humanitären Infrastrukturen für die echt Verfolgten zur Verfügung stellt – in vielen Fällen gibt es sie schon –, dann ist das Ziel erreicht.

Gewiss: Es ist nicht verboten, dass sich die reichen Industriestaaten weltweit humanitär

engagieren. Neben dem Herz braucht Hilfe aber auch Verstand. Nehmen wir den Syrienkrieg. Wieso mischt sich der Westen derart ein? Der Libanon und Jordanien, das ist ehrenhaft, beherbergen Flüchtlinge. Aber was ist mit den steinreichen Saudis, den fußballverrückten Katarern und dem Multimilliarden-Emirat Oman? Sie rühren keinen Finger für ihre Glaubensgenossen. Dabei hätten die saudischen Förderer des Fundamentalismus nun endlich die Gelegenheit, der Welt zu zeigen, dass der Koran eine Religion der Nächstenliebe formuliert und nicht nur Alibis für Terroristen.

Europa ist nicht schuld an allem

Selbstverständlich darf der Westen helfen, aber er sollte die Regionalmächte nicht von ihrer eigenen Verantwortung befreien. Seit Jahrzehnten pumpen wir Milliarden in die Entwicklungshilfe. Trotzdem geht es den meisten afrikanischen Staaten seit dem Ende der Kolonialzeit schlechter. Ghana, Nigeria, und Burkina Faso hatten einst das höhere Pro-Kopf-Einkommen als China oder Südkorea. Selbst der Kongo verfügte zur Zeit seiner Befreiung über eine exportorientierte Landwirtschaft und einen konkurrenzfähigen Bergbau. Umgekehrt waren einige der ärmsten Regionen der Welt nie westliche Kolonien: Afghanistan, Tibet oder Liberia. Europa ist nicht schuld am wirtschaftlichen Elend in den Flüchtlingsstaaten. Was eigentlich unternehmen die afrikanischen Regierungen, um die tödliche Migration übers Mittelmeer zu stoppen?

Gute Absichten produzieren oft schlechte Ergebnisse. Der von Frankreichs Ex-Präsident Sarkozy mit Feuereifer betriebene Sturz seines früheren Friends Gaddafi war ein grosser Fehler. Natürlich war Gaddafi ein übler Diktator, aber zusammen mit Berlusconi hielt er das Mittelmeer wenigstens einigermaßen von Menschenhändlern frei. Nach dem Einsturz Nordafrikas stellen wir fest, dass es im Süden Europas nur noch eine grosse offene Grenze gibt. Die EU wird von ihrem aussenpolitischen Leichtsinn eingeholt.

Nicht die Schlepper, nicht die Flüchtlinge, die europäischen Regierungen sind hauptsächlich schuld am Massensterben im Mittelmeer. Weil sie ihr Asylrecht nicht umsetzen, senden sie lockende, mitunter tödliche Signale aus. Die europäische Vollzugsmisere im Migrationsbereich produziert die Leichen im Mittelmeer, aber sie belohnt eben auch Hunderttausende von illegalen Armutsmigranten, von denen 80 bis 90 Prozent lebenslang in den europäischen Sozialsystemen landen.

Deshalb ist es nicht nur ein Gebot des Rechts, sondern auch der Ethik, die Gesetze endlich umzusetzen und den Todeskanal im Mittelmeer für die illegale Migration zu schliessen. Indem wir die Südgrenze abriegeln, retten wir Leben.



Streitbarer Konservativer: Roger Scruton. Seite 58



Im Namen des Propheten: Schiitinnen. Seite 52



Sorge um die Vorsorge: Bundesrat Berset. Seite 36



Kunstparadies: Renoir in Winterthur. Seite 66

Kommentare & Analysen

- 6 Editorial
- 13 Kommentar Kein Land für Studer
- 13 Im Auge Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt, Sportarzt
- 14 Finanzen Übersommern
- 14 Bilaterale Kosten über Kosten
- 15 Justiz Lotterie mit Fonds
- 15 Wirtschaft Liste der 400
- 16 Personenkontrolle Burkhalter, Hollande, Casanova etc.
- 17 Nachruf Eduardo Galeano (1940–2015)
- 17 Nachruf Percy Sledge (1940–2015)
- 18 **Massenflucht Richtung Europa**
- Immer mehr Migranten wagen die riskante Überfahrt
- 20 **Zahlen und Fakten** Stress in Chiasso
- 21 **Entwicklungshilfe** Falsche Hoffnung
- 22 **Schweiz** «Militärische Mittel»
- 23 **Modell Australien** Keine Chance
- 24 **Zuwanderung** Der Collier-Plan
- 25 **Nahost** Flucht aus der Verantwortung
- 26 **Die Deutschen** Wir sind schuld!
- 26 **Wirtschaft** Und zweitens kommt es anders
- 27 **Ausland** Frankreich – zurück in die Zukunft
- 28 **Mörgeli** Souveräner Halbsouveräner
- 28 **Bodenmann** Spaszbremse Schuldenbremse
- 29 **Medien** Ehrenrettung für Google

- 29 Gesellschaft Grosi Hillary
- 30 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

- 32 **Solothurner Sozialfilz**
- Die Sozialindustrie profitiert, begünstigt durch den SP-Filz
- 35 Nationalhymne Weniger Sennen, mehr Secondos
- 36 **Berset allein zu Haus**
- Der Bundesrat streitet sich über die Pensionskassen
- 38 **Schweizer zahlen, Ausländer kassieren**
- Die Zahl der Studenten aus dem Ausland steigt rasant
- 41 Universitäten Wenig Interesse an der Schweiz
- 42 Serie Intrigen bei der Stadtpolizei Zürich (Teil 3)
- 46 **Schmerzhafte Häutungen**
- Magdalena Martullo kandidiert für den Nationalrat
- 48 **«Wir sind Schweizer. Und Punkt»**
- Die Mehrheit der Kosovaren ist gut integriert
- 50 Gewerbeverband Biglers Kampf gegen die «Mediensteuer»
- 52 **Ewiger Bruderzwist**
- Sunniten und Schiiten: der Streit unter Mohammeds Erben
- 58 **«An die wahren Werte erinnern»**
- Roger Scruton, Grossbritanniens konservativer Vordenker
- 60 **Wie die Schweiz den Krieg verkürzte**
- Zeitzeugin Ginsberg über die geheime «Operation Sunrise»

Handcrafted by Racers.

Der neue Mercedes-AMG GT.

Erleben Sie die Legende der Zukunft unter www.mercedes-benz.ch/AMG-GT



AMG
DRIVING PERFORMANCE



Mercedes-Benz



«Stop war, make love, ihr zwei!»: Amal Clooney, Angelina Jolie. Seite 56

Interview

56 Amal vs. Angie

Die zwei schönsten Frauen der Welt liefern sich ein erbittertes Fernduell. Vergeblich haben ihre Gatten George und Brad zu vermitteln versucht

Stil & Kultur

64 Stil & Kultur Alexander McQueen, Modedesigner

66 Bestseller

66 Niedergang einer Kunstmetropole

Winterthur beheimatet mehr hochstehende Gemälde als manche Millionenstadt

70 Top 10

70 Kino «Das Deckelbad»

71 Jazz Marco von Orelli 5

72 Namen Swiss Press Award 15

73 Hochzeit Zainab Poonawala und Murtaza Hafizji

73 Thiel Saftladen

74 Wein Viñedos Telmo Rodríguez: Rioja Lanzaga 2009

74 Zu Tisch Wirtschaft «Zum Wiesengrund», Uetikon am See

75 Auto Land Rover Discovery Sport 2.2 SD4 HSE

76 MvH trifft Alberto Alessi, Küchengeräte-Unternehmer

Autoren in dieser Ausgabe

Rolf Hürzeler



Der Schweizer Kultur- und Medienjournalist hat als freier Korrespondent in Grossbritannien gelebt. Von Roger Scruton, dem führenden wertkonservativen Vordenker, wollte er wissen, warum es auf der Insel kein Problem ist, sich offen als «conservative» zu bezeichnen. Seite 58

Inge Ginsberg



Die heute 93-Jährige floh 1942 vor den Nazis aus Wien in die Schweiz. In Lugano-Cassarate war sie für den amerikanischen Geheimdienst tätig – und wurde Zeugin der «Operation Sunrise». Sie erinnert sich an die vier mutigen Männer, die zum Kriegsende in Norditalien beitrugen. Seite 60

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCHTE

THE ESSENCE OF BRITAIN

Made in Switzerland by BREITLING



BENTLEY B05
UNITIME

Britischer Chic, Schweizer Perfektion. Breitling *for* Bentley verbindet das Beste aus beiden Welten. Stil und Performance. Luxus und Spitzenleistung. Klasse und Unkonventionelles. Leistungsstärke und Raffinement. Im Chronografen Bentley B05 Unitime, dem Emblem dieses aussergewöhnlichen Universums, tickt ein von der COSC (Offizielle Schweizerische Chronometerkontrolle) – der obersten Instanz in Sachen Zuverlässigkeit und Präzision – Chronometer-zertifiziertes Breitling Manufakturkaliber. Es zeichnet sich durch seine Universalzeit mit revolutionärem und bedienungsfreundlichem Regulierring über die Krone aus. Der perfekte Mix aus grosser britischer Automobilkunst und grosser helvetischer Uhrmachertradition.


LES AMBASSADEURS
THE LEADING HOUSE OF LEADING NAMES

BAHNHOFSTRASSE 64, 8001 ZÜRICH +41 44 227 17 17

BREITLING
— *for* —
BENTLEY



«Magic Moments» mit Magrée

Weltklassemagier zum Anfassen

Schauen Sie dem begnadeten Magier auf die Finger! Zusammen mit einem handverlesenen Publikum sitzen Sie mit Magrée am grossen Tisch und erleben direkt vor Ihren Augen das scheinbar Unmögliche.

Magrée alias Marcel Grether zählt weltweit zu den Besten seiner Zunft. Als erster Schweizer Magier produziert er in Las Vegas eine abendfüllende Show. Der mehrfache Schweizer Meister begeistert sein Publikum seit über zwanzig Jahren mit intelligenter und stilvoller Unterhaltung. Sein technisches Können und seine Vielseitigkeit sind bestechend.

An der exklusiven Vorstellung im Hotel «Riverside» entgeht Ihnen nichts: Denn bei «Magic Moments» sind Sie nicht einfach nur Zuschauer, sondern ein persönlicher Gast von Magrée. Durch das Miteinbeziehen des Publikums läuft die Show hautnah ab. Trotzdem bleiben am Ende viele Rätsel ungelöst.



Auf höchstem Niveau ist auch das Rahmenprogramm: Vor der Show geniessen Sie einen reichhaltigen Apéro und nach der Show ein zauberhaftes 3-Gang-Dinner.

Platin-Club-Spezialangebot

«Magic Moments» mit Magrée
im Hotel «Riverside», Zweidlen-Glattfelden

Datum:

Mittwoch 27. Mai 2015, ab 18 Uhr

VIP-Programm:

18.00 Uhr: Reichhaltiger Apéro im Autoatelier
19.00 Uhr: Live-Show im Kammereisaa
20.30 Uhr: Dinner in der Turbinenstube

Spezialangebot:

Fr. 119.- pro Person (statt Fr. 165.-)

Buchung:

Reservieren Sie Ihren Platz über Telefon
043 500 92 92. Bitte Kennwort «Weltwoche»
angeben.

Veranstalter:

Seminar- und Eventhotel Riverside
Spinnerei-Lettenstrasse,
8192 Zweidlen-Glattfelden
www.riverside.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Kein Land für Studer

Von Alex Baur — Das Monsterverfahren gegen elf Zürcher Polizisten hat keine Anzeichen von Korruption ans Tageslicht gebracht – sehr wohl aber eine Misere bei der Justiz.



Begnadeter Psychologe: Wachtmeister Studer.

Es ist ja nicht so, dass Ermittlungschef Peter Rüegger und seine Adlaten freie Hand hatten, als sie den grossen Lauschangriff gegen die Korpskollegen von der Zürcher Sittenpolizei inszenierten. Jede Wanze, jede Telefonabhörung, jede Observation, jede Verwertung eines sogenannten Zufallsfonds war von Staatsanwalt Manfred Hausherr bewilligt und vom Obergericht absegnet. Nur macht es die Sache nicht besser. Im Gegenteil. Alle sind sie mitverantwortlich für das Monsterverfahren, das mit all seinen Ablegern am Ende unkontrollierbar wucherte wie ein Krebsgeschwür.

Wo viele sich die Verantwortung teilen, fühlt sich am Ende keiner mehr verantwortlich. Diese Gefahr ist in unserem Rechtssystem mit all seinen Rekurs- und Oberinstanzen stets vorhanden. Es ist das Biotop, in dem Schreibtischtäter ihre Intrigen spinnen. Gut möglich, dass Staatsanwalt Hausherr und die Oberrichter den Machtkampf nicht erkannten, der sich hinter der Fassade des vermeintlichen Korruptionsverfahrens abspielte. Und als sich die reichlich konstruierten Verdächtigungen zusehends in Luft auflösten, gab es für alle kein Zurück mehr. Die Strafverfolger sassen nun alle im selben Boot. Sie hatten sich mit den Massenverhaftungen und ausufernden Ermittlungen selber unter Druck gesetzt, ihnen allen drohte damit ein Gesichtsverlust.

Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen, es wird wohl noch Jahre dauern, bis es so weit ist. Doch für mindestens zwei der Betroffenen ist die Strafuntersuchung an sich die Strafe: Sie wurden entlassen, bevor sie zu den Vorwürfen Stellung nehmen konnten, ihre Karrieren sind ruiniert. Ob es dereinst, wenn sich kein Mensch mehr an den Fall erinnert, zu einem Freispruch oder zu irgendeiner bedingten Strafe kommen wird, ist für sie nebensächlich.

Nähe zu Verbrechern unvermeidlich

Gut möglich, dass am Ende der eine oder andere Schuldspruch resultiert. Wer lange sucht, findet in jeder Suppe ein Haar. Die Verdächtigten waren zivile Ermittler, die Nacht für Nacht auf Tuchfühlung mit der Halbwelt gingen. Es lag in der Natur ihres Jobs, dass sie nicht jede Bagatelle zur Anzeige brachten und vielleicht mal etwas sagten, was sie strenggenommen nicht hätten preisgeben dürfen. Ohne diesen Ermessensspielraum konnten sie ihre Aufgabe gar nicht erfüllen. Dies ist vielleicht der perfideste Aspekt an dieser kafkaesken Geschichte: In vielen Fällen konnten die Milieuermittler tun oder auch lassen, was sie wollten – ein Justizbürokrat in seinem stillen Kämmerlein kann aus beidem einen Vorwurf konstruieren.

Die Geschichte steht auch sinnbildlich für die Rivalität zwischen Juristen und Kriminalisten, die so alt ist wie die Polizei. Als Eugène Vidocq 1811 die Sûreté Nationale gründete, die erste Kriminalpolizei der Welt, rekrutierte er sein Personal nicht etwa an der Rechtsfakultät, sondern in der Pariser Unterwelt. Um das Verbrechen zu bekämpfen, muss man es in seinem Wesen begreifen – und dazu ist eine gewisse Nähe zum Verbrecher unvermeidlich. Die grossen Fahnder der Schweizer Literatur, von Wachtmeister Studer bis Kommissär Bärlach, waren in erster Linie begnadete Psychologen, die für das binäre Weltbild der Juristen bestenfalls Hohn übrig hatten und auf der Suche nach der Gerechtigkeit das Recht bisweilen arg strapazierten.

Natürlich will niemand eigenmächtige Sheriffs. Natürlich braucht es Juristen, welche die Fahnder überwachen und die Bestrafung der Täter in geordnete Bahnen lenken. Wichtig ist die Balance. Leider haben in den letzten Jahren die Juristen die Kriminalisten stetig zurückgedrängt. Das Monsterverfahren gegen elf Zürcher Sittenpolizisten ist eine direkte Folge dieser Fehlentwicklung.

Mehr zum Thema: Seite 42

Gott in Adidas



Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt, Sportarzt.

Er sieht aus wie sein eigenes Renaissance-Gemälde, ein altersloser Dorian Gray von 72 Jahren, Wunderheiler mit dem absoluten Gedächtnis und Gefühl für Muskelverletzungen, berühmt wie der Professor Brinkmann aus der Schwarzwaldklinik, aber realer Heilsbringer als ständig fernsehpräsenter Bayern-Doc und Doktor der Weltmeistermannschaft (und mit ständig überfüllter 1800-Quadratmeter-Praxis in München). Kein Gott in Weiss, sondern im Adidas-Trainingsanzug. Dr. Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt gilt auch unter Fachkollegen als hervorragender Diagnostiker, der, wie er selber sagt, «mit den Fingern sehen kann». Nun hat er im Zorn das Medizinmannköfferchen hingeworfen, existenziell verkracht mit dem Bayern-Trainer Pep Guardiola, 44, ein Showdown unter Alphatieren wie Piëch gegen Winterkorn. H.-W. M.-W. weist die Vorwürfe, er sei für die alarmierende Ausfallquote von Schlüsselspielern wie Ribéry, Robben, Schweinsteiger, Thiago, Alaba, Martínez u. a. letztlich verantwortlich, tief verletzt in der Berufsehre von sich. Andererseits werfen die gehäuften Unpässlichkeiten den Verdacht schlampigen Trainings auf den katalanischen Fussball-Guru, der seine Spieler fast nur mit dem Ball arbeiten lässt. Müller-Wohlfahrt begann seine Heilkünste an fast Gleichaltrigen wie Franz Beckenbauer. Er verhalf Boris Becker, Diego Maradona und Usain Bolt wieder auf die Beine. Und wie jeder Wunderdoktor schwört er auf ein Wunderheilmittel. Es heisst Actovegin, ein Serum aus Kälberblut. Der Doc selber schätzt, dass er eine Million Spritzen davon verabreicht hat. Actovegin «geistert schon seit Jahrzehnten durch die Sportszene» (so ein skeptischer Schweizer Arzt) und stand kurzzeitig auf der Dopingliste; in den USA ist es nicht zugelassen, fand sich aber im Nähkästchen des Meisterbetrügers Lance Armstrong. Es gibt keine wissenschaftlich-klinischen Testdaten zum Kälberblut-Präparat, das irgendwo zwischen Frischzellenglauben, Placeboeffekt, tatsächlichen Heilfaktoren und Scharlatanerie seine angebliche Magie entfaltet. Nur: Es schießt keine Tore.

Peter Hartmann

Übersommern

Von Beat Gygi — Griechenlands Geldgeber möchten die heiklen Entscheidungen hinausschieben.

Die Auseinandersetzung über den Umgang mit Griechenland wird hitziger. An der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vor knapp einer Woche stand die Frage nach Griechenlands Rolle als Schuldner, Vertragspartner, Reparaturfall und Mitspieler in der Währungsunion informell im Vordergrund. Griechenland, die EU, die Europäische Zentralbank (EZB) und der IWF sollten gemäss ursprünglichen Plänen jetzt eigentlich so weit sein, dass das angeschlagene Land von den Geldgebern eine neue Unterstützungstranche erhält und im Gegenzug verbindliche Zusagen für Reformen in Sozialstaat und Wirtschaft abgibt.

Das bisherige Spiel geht aber offensichtlich weiter. Die griechische Regierung zögert die Präsentation von Reformmassnahmen hinaus, Politiker und Funktionäre der EU reagieren zum Teil ungeduldig, andere sind aber mehr oder weniger heimlich auf der Seite der Griechen, und im Währungsfonds ist die Haltung ebenfalls unschlüssig. Nach ihrem Auftrag sollten die IWF-Experten eigentlich für Solidität und konsequente Stärkung der Marktkräfte einstehen. Aber etliche haben ihre Karrieren so eng mit dem Griechenland-Fall verbunden, dass sie nicht loslassen, sondern lieber noch etwas Nachsicht üben wollen. EZB-Chef Mario Draghi seinerseits hat die Geldpolitik schon lange zum Übertünchen von Fehlentwicklungen in Griechenland und der Euro-Zone eingesetzt.

Allmählich kommt aber die Zeit, in der mehr Wachsamkeit angebracht ist. In den Sommermonaten sind die Märkte angesichts der meist flauen Handelstätigkeit und der abwesenden Händler jeweils besonders anfällig auf Störungen. Sollte Griechenland gerade in dieser Zeit Zahlungsprobleme zeigen, könnten wilde Bewegungen entstehen, die Krisen auslösen. Aus dieser Sicht wäre es besser, am Markt noch vor der Sommerpause die Entscheidung zu suchen. Sollte sich in der EZB und im IWF, worauf jüngste Andeutungen hinweisen, doch allmählich eine härtere Haltung gegenüber der griechischen Regierung abzeichnen, stünde dies in Einklang damit. Aber viel wahrscheinlicher ist es, dass sie mit einem etwas strengeren Auftreten Griechenland zu einem kleinen Reformschrittchen bewegen wollen, das gerade ausreicht, um die Sommerpause ohne grössere Störung zu überstehen.

Kosten über Kosten

Von Florian Schwab — Angeblich gefährden Einwanderungskontingente den freien Arbeitsmarkt. Ein neuer Bericht des Bundes zeigt: Auch die bürokratischen Wucherungen der Personenfreizügigkeit sind teuer.

Jeden Werktag finden 150 Kontrollen auf dem Arbeitsmarkt statt. Inspektoren reisen durchs Land und untersuchen, ob Firmen die ortsüblichen Löhne nicht etwa unterbieten. Das gewaltige Kontrolldispositiv steht im Zeichen der «flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit» (FlaM). Es ist ein Ergebnis der Quadratur des Kreises, die man mit der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union gesucht hat: trotz vollständiger Öffnung des Arbeitsmarkts das Schweizer Lohnniveau zu halten. Gegen alle Logik des Marktes, der natürlich auf eine Angleichung der Löhne hinwirkt. Der wichtigste Architekt dieses Gedankens ist der frühere Direktor für Arbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und heutige Leiter der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Serge Gaillard (SP).

22,5 Millionen Franken

Am Dienstag hat die Eidgenössische Finanzkontrolle, eine Art Wachhund des Bundes in finanziellen Dingen, einen Prüfbericht veröffentlicht. Darin geht sie der Frage nach, wie das Seco seine Aufsichtsfunktion im Bereich der FlaM wahrnehme. Und schon wird es kompliziert: Für die FlaM-Kontrollen sind nicht nur die mehr als zwanzig kantonalen «tripartiten Kommissionen» zuständig, sondern in mehr als vierzig Branchen mit allgemeinver-

bindlichem Gesamtarbeitsvertrag auch «paritätische Kommissionen», deren FlaM-Kontrollen das Seco subventioniert. Mehr als sechzig Organisationen, die unter der Oberaufsicht von elf Seco-Beamten jährlich 40 000 Kontrollen durchführen? Das klingt teuer.

Erstmals lässt der Bericht der Finanzkontrolle die Kostendimensionen des engmaschigen Überwachungsnetzes erahnen. Die Subventionen des Seco an die Kontrollorgane werden für das Jahr 2014 mit fast vierzehn Millionen Franken veranschlagt (2008: neun Millionen). Die Kantone, so zeigt der Bericht, steuern nochmals rund sieben Millionen Franken bei. Dazu kommen noch die Lohnkosten für die Oberaufseher beim Seco: geschätzte 1,5 Millionen Franken für elf Personen. Das ergibt ein Total direkter Kosten für den Steuerzahler von 22,5 Millionen Franken – Tendenz stark steigend. Dass die Gewerkschaften und linke Politiker dennoch nach immer mehr Mitteln für die flankierenden Massnahmen rufen, liegt in der Natur der Sache: Wer die Schwere besiegen will, braucht unendliche Mittel.

Die volkswirtschaftliche Last der Personenfreizügigkeit geht über die Kosten für die Arbeitsmarktkontrollen bei den flankierenden Massnahmen hinaus. Der freie Arbeitsmarkt leidet zusätzlich unter einer Kartellisierung durch immer mehr allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge – auch sie ein politisches Mittel, um das Lohnniveau vor dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zu schützen.

Bei allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen wird die wilde Kontrolltätigkeit den Angestellten der betroffenen Branchen in Rechnung gestellt: Ihrem Lohn werden sogenannte Vollzugskostenbeiträge abgezogen und an die paritätischen Kommissionen überwiesen. Gegen diese Abzüge im dreistelligen Millionenbereich sind die direkten staatlichen Kontrollkosten, welche die Eidgenössische Finanzkontrolle untersucht hat, ein Klacks.

Das Seco ist auch das Aufsichtsorgan über die paritätischen Kommissionen, die sich trotz ihrer Finanzierung durch staatliche Zwangsabgaben lange gegen eine Offenlegung ihrer Finanzen gewehrt haben. In der Aufsicht über diese Organisationen liegt ebenfalls einiges im Argen, wie die *Weltwoche* bei etlichen Gelegenheiten gezeigt hat. Der Nachfolger von Serge Gaillard beim Seco, Boris Zürcher, unternimmt derzeit Anstrengungen zur Verbesserung der Aufsicht. Günstiger wird die Übung damit aber gewiss nicht.



Schwerkraft besiegen: Ex-Seco-Chef Gaillard.

Lotterie mit Fonds

Von Markus Schär — Die Kantonsregierungen vergreifen sich gerne am Lotteriefonds. Zu einem dreisten Versuch des Thurgaus äusserte sich jetzt das Bundesgericht.

Zahlreiche Kantone stehen unter starkem Spardruck. Die Versuchung, Lücken im kantonalen Budget mit Mitteln aus den Lotteriefonds zu stopfen, ist deshalb gross», schrieb der St.Galler Professor Benjamin Schindler letztes Jahr im *Zentralblatt*, der führenden Zeitschrift für Staats- und Verwaltungsrecht. «Die Begehrlichkeiten nach Lotteriefondsgeldern führen aber dazu, dass sich immer mehr Kantone in einer juristischen Grauzone bewegen.» Die Regierungsräte greifen zwar nicht mehr ganz so unverschämt in den Topf mit jährlich einer halben Milliarde wie die Berner, die einst den Abstimmungskampf ums Laufental aus dem Lotteriefonds (und dafür mit ihrem Rücktritt) bezahlten. Doch sie gönnen sich immer noch Tourismusförderung oder Standortmarketing, Messeauftritte oder Parlamentarierfeste auf Kosten des Lotteriefonds – dabei sind diese Gelder per Gesetz nur für gemeinnützige Zwecke, nicht für ordentliche Staatsaufgaben bestimmt.

Eine gröbere Unverfrorenheit leistete sich die Thurgauer Regierung, nicht zum Sparen, sondern zum Mauseln. Der Stiftungsrat der Kartause Ittingen, wo der Kanton als Mieter sein Kunstmuseum führt, wünschte einen Neubau mit überregionalem Renommee, dies von seiner gehätschelten Hausarchitektin, ohne Ausschreibung, aber auf Kosten des Kantons. Deshalb sollte der Grosse Rat eine (nur wegen des Neubaus nötige) Sanierung des Altbaus für 4,6 Millionen als gebundene Ausgabe durchwinken, der Regierungsrat sich danach, wie er dem Parlament ankündigte, mit 11,3 Millionen für den Neubau am Lotteriefonds vergreifen.

Einladung mit Goldrand

Ein Anwalt, der seit einem Vierteljahrhundert einsam gegen den Thurgauer Filz kämpft, wehrte sich gegen dieses Gemauschel. Und er führte, als der Grosse Rat das Geschäft im Dezember 2013 absegnete, staatsrechtliche Beschwerde wegen Umgehens einer Volksabstimmung, zusammen mit sieben Stimmbürgern aus seinem Freundeskreis. Für eine Beschwerde gegen den Missbrauch des Lotteriefonds fordert das Bundesgericht aber eine besondere Legitimation: nämlich einen Betroffenen. So kam ich dazu: Ich habe ein Buch über den Thurgau – dieselben Zustände, dieselben Leute – geschrieben und dafür erst nach jahrelangem Kampf vom Kanton einen Beitrag erhalten. Wir hofften, das Bundesgericht, das immer wieder Einzelfälle zu beurteilen hat, äussere sich bei diesem krassen



«Juristische Grauzone»: Kartause Ittingen.

Fall erstmals grundsätzlich zum Griff der Kantonsregierungen in den Lotteriefonds.

Die öffentliche Verhandlung in Lausanne fand letzte Woche statt. Das Bundesgericht gab uns nach einer hochstehenden Debatte mit drei zu zwei Stimmen recht; das Thurgauer Volk muss also über die 4,6 Millionen für die Sanierung (und damit auch über die 11,3 Millionen für den Neubau) abstimmen können. Dagegen traten die Bundesrichter nicht auf die Frage der Lotteriefondsgelder ein: Der Regierungsrat hat sein Vorhaben zwar offiziell angekündigt, aber, ätsch, noch gar keinen Entscheid gefällt; also gibt es nichts zum Anfechten.

Die Bundesrichter gaben uns aber eine Einladung mit Goldrand: Sie liessen durchblicken, dass sie sich gerne zu dieser Frage äussern würden, am klarsten Peter Karlen, der aus dogmatischen Gründen gegen uns stimmte. Der SVP-Mann, der das *Zentralblatt* mitherausgibt, stellte fest, selbstverständlich lasse sich die Zahlung aus dem Lotteriefonds nochmals anfechten, mit einer Stimmrechtsbeschwerde auch ohne besondere Legitimation. Offenbar meint das Bundesgericht wie Benjamin Schindler: Die Gefahr, dass Regierungen die Lotteriegelder ohne Rechenschaft als «Reptilienfonds» missbrauchen, wie Bismarck, der sich einst damit Lob von kriecherischen Journalisten erkaufte, sei nicht gebannt.

Liste der 400

Der Arbeitgeberverband ebnet den Weg für eine Frauenquote.

Natürlich ist der Arbeitgeberverband gegen eine Frauenquote in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen. Eine solche schlägt Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) in der Revision des Aktienrechts vor. Also entschied sich der Wirtschaftsverband für die Flucht nach vorn. In Zusammenarbeit mit auf Frauen spezialisierten Personalfirmen und Headhuntern legt er eine Liste mit 400 Frauen vor, denen er zutraut, als Verwaltungsrätin im Austausch mit der Geschäftsleitung betriebswirtschaftliche Mehrwerte zu schaffen. 200 von den «Papabile» sitzen bereits im Aufsichtsorgan grosser Schweizer Firmen. Die übrigen 200 Personen, vorgestellt mit Bild und Steckbrief, dürfen als Neuentdeckungen gelten, welche die Headhunter im Auftrag des Arbeitgeberverbands ausgegraben haben.

Wohlfeiler Applaus

Aus kommunikativer Sicht ist der Coup von Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt ein Erfolg. Der *Sonntagszeitung* war seine Frauenliste eine Titelgeschichte wert. Sie war im Voraus mit den Eckdaten des VR-Katalogs bedient worden und bezeichnete die Idee im Gegenzug als «mutigen, sinnvollen» Schritt.

Tatsächlich? Das grosse mediale Echo und der Applaus aus links-grünen Kreisen lassen eher befürchten, dass der Arbeitgeberverband genau dem Vorhaben auf die Sprünge hilft, dem er eigentlich zuvorkommen möchte. Die hohe Kunst der Politik hat auch damit zu tun, welchen Fragen man überhaupt Relevanz einräumt. Indem der Arbeitgeberverband in einer Art Verzweiflungstat eine Liste von 200 neuen Frauenköpfen präsentiert, fühlen sich all jene bestätigt, die einen Handlungsbedarf sehen und privaten Firmen Vorschriften machen wollen, wie sie ihre Spitze zusammensetzen haben. Als ob es nicht das Problem der Eigentümer wäre, geeignete Verwaltungsräte beiderlei Geschlechts zu identifizieren. In dieser Logik folgt als nächster Schritt die staatlich verordnete Quote.

Zu bedauern sind ferner die weiblichen Führungskräfte, deren Gesichter im Katalog des Arbeitgeberverbands abgedruckt sind. Sie müssen mit dem Makel leben, mögliche zukünftige Mandate dieser PR-Aktion und somit ihrem Geschlecht zu verdanken. Jede Altherrenrunde im Verwaltungsrat, die ihr Gremium mit einer Quotenfrau dekorieren möchte, wird dankbar den Katalog studieren.

Florian Schwab

Personenkontrolle

Burkhalter, Hollande, Casanova, Martullo-Blocher, Widmer-Schlumpf, Schneider-Ammann, Carobbio, Chopard-Acklin, Wasserfallen, Eder, Beschorner, Hajduk, Wettstein, Hardegger, Bösch

Friedrun Burkhalter (48), Gattin von Aussenminister **Didier Burkhalter** (FDP), hat es wieder einmal geschafft aufzufallen. Die um Aufmerksamkeit ringende Österreicherin marschierte am Galadiner zu Ehren des französischen Staatspräsidenten **François Hollande** im Kanarienvogel-Look auf: gelbes Blumenkleid und rote Sandalen obendrein. Dass sie sich beim Gruppenfoto prominent in die erste Reihe drängte, wo sie als Bundesrätsgattin eigentlich nicht hingehört, machte den Auftritt der Grande Dame aus dem österreichischen Amerlügen auch nicht unbedingt besser. Die *Aargauer Zeitung* höhnte, Madame habe das Galadiner wohl mit einem Gartenfest verwechselt. Aber wir geben zu: Bundeskanzlerin **Corina Casanova** (CVP) übertraf bei diesem Galadiner selbst Friedrun Burkhalter beim Wetteifern um die geschmackloseste Kleiderordnung: Sie erschien in einem ärmellosen «Abendpyjama» – oder wie auch immer sich diese Kleidergattung nennen mag. (hmo)

Die Kandidatur von **Magdalena Martullo-Blocher** (SVP) inspirierte Medien wie das Online-Portal *Watson* zu Abhandlungen über den «Einzug der Dynastien in die Schweizer Politik», also über Zustände wie in den USA mit den Familien Clinton und Bush. Um zu erkennen, dass die These nicht stimmt, braucht es nicht viel Geschichtsbewusstsein: Im Bundesrat sitzen derzeit gleich zwei Abkömmlinge von Dynastien, **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP), Tochter von Bundesrat **Leon Schlumpf** (SVP), und **Johann Schneider-Ammann** (FDP), Schwiegersohn von Nationalrat **Ulrich Ammann** (FDP). Dazu kommen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) im Nationalrat **Marina Carobbio Guscetti** (SP), **Max Chopard-Acklin** (SP) und **Christian Wasserfallen** (FDP), deren Väter schon für die gleichen Parteien im Rat sassen. Dem Ständerat gehört **Joachim Eder** (FDP) an, der den Namen von **Joachim Leonz Eder**, einem Vorkämpfer der Thurgauer Regeneration, weiterträgt und dessen Grossvater **Carl Eder** die Katholische Volkspartei im Nationalrat vertrat. Die trefendste Einschätzung zur Aufregung war auf Twitter zu lesen: «Als die Tochter von alt Bundesrat Schlumpf in die Politik ging, jubelten die gleichen Leute, die jetzt bei der Tochter von Blocher über die Monarchie schimpfen.» (sär)



Gartenfest statt Galadiner: Friedrun Burkhalter.

«Es geht um die Lösung gesellschaftlicher Probleme – in der Schweiz und in der Welt», schrieben **Thomas Beschorner** und **Thomas Hajduk** vom Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen (HSG) am Montag in der *NZZ*. Sie warben damit für den «Aktionsplan zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen», den der Bundesrat am 1. April, durchaus ernstgemeint, abgesegnet hatte. Am Dienstag zeigte sich, dass der Bundesrat mit seinem Plan willfährig einen Gegenvorschlag zu einer erst zu lancierenden Volksinitiative geliefert hatte: Ein Verein aus allen einschlägigen Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen stellte die Konzernverantwortungsinitiative vor. Sie bezweckt, dass Schweizer Unternehmen sich in ihren Aktivitäten im Ausland an das zu halten haben, was Schweizer Gerichte unter Menschenrechten verstehen, und hierzulande eingeklagt werden können, selbst wenn sie sich an die ausländischen Gesetze halten. Sogar von Lohngleichheitsklagen ist die Rede. Im Initiativkomitee: **Florian Wettstein**, Direktor des genannten HSG-Instituts. (sär)

Es kommt häufig vor, dass der Bundesrat zwei Departemente mit einem Projekt beauftragt. Normalerweise reichen die beiden mandatierten Regierungsmitglieder dann einen gemeinsamen Antrag ein. Nicht so, wenn es sich um Wirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** (FDP) und Finanzministerin **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP) handelt. Dann nämlich muss der Bundesrat über zwei separate Anträge entscheiden – wie beim Aussprachepapier «Frankenstärke: Wirtschaftliche Lageeinschätzung und Handlungsoptionen» das am 15. April traktandiert war. Aus der nach der Sitzung publizierte Pressemeldung lässt sich nicht eindeutig herauslesen, wer denn obsiegt hat. Dafür lässt sich mit Gewissheit sagen: Das Teamwork der Bundesräte hat Grenzen – besonders, wenn Schneider-Ammann im Team mitspielt und man ständig



Einzug der Dynastien? Magdalena Martullo.



Lohngleichheitsklagen: Professor Beschorner.

befürchten muss, dass sich der Wirtschaftsminister wieder verdrückt. (hmo)

Der Hausverein ist eine Art Hauseigentümergegenwart für Linke, die das Besitzen nicht lassen können. Als Vizepräsident amtiert SP-Nationalrat **Thomas Hardegger**. Seine Sorge gilt der Frage nach dem «richtigen» Mietzins. «Was ist eine angemessene Rendite, was eine überrissene Rendite?», will der Sozialdemokrat vom Bundesrat wissen. Ziel und Titel seiner Interpellation: «Kostenmiete statt überrissene Rendite». Seine Überlegungen für eine flächendeckende Kostenmiete offenbart Hardegger im Mitgliederjournal des Hausvereins. Der Bewohner einer Eigentumswohnung in Rümlang ZH und Geschäftsführer der familieneigenen Hardegger Immobilien AG – die Firma verwaltet «mehrere» geerbte Liegenschaften – insinuiert dort, bei Immobilien handle es sich um «spekulationsfreie» und damit risikolose Anlagen, weshalb der Investor keine Risikoentschädigung verlangen dürfe. Wäre Hardeggers blauäugige Einschätzung allgemein verbreitet, man müsste einen unmittelbar bevorstehenden Immobiliencrash befürchten. (cal)



Grenzen des Teamworks: Schneider-Ammann.



Risikolose Anlagen: Nationalrat Hardegger.



Farbpräferenzen: Lokalpolitikerin Bösch.

Kennen Sie Sarah Bösch? – Bis vor wenigen Tagen hätten die meisten Leser diese Frage mit nein beantwortet. Heute ist die Person dieses Namens fast so etwas wie eine nationale Berühmtheit, wenn auch eher in Form einer Buhfrau. Bösch war in leicht angetrunkenem Zustand in eine Polizeikontrolle geraten und hatte sich danach auf Facebook halböffentlich über die bürokratischen Umtriebe mokiert. Ein Vorfall am unteren Ende der Relevanzskala, zumal Bösch bis vor einer Woche nahezu unbekannt war – sie ist seit neuestem Stadtparlamentarierin in Wil. Trotzdem brach ein medialer Sturm los, nicht nur im *Blick* – verständlich –, sondern in quasi allen Titeln und auch auf SRF-Kanälen. Der *Tagi* machte Bösch sogar zum Kopf des Tages. Eine Meute erhitzter Schreiber beugte sich über die Banalität. Warum? Sarah Bösch ist, pfui, in der SVP. Hätte es sich um eine linke Lokalpolitikerin dieser peripheren Bedeutung gehandelt – wetten, die Nachricht hätte es kaum in die Randspalten geschafft? Und wenn doch, hätte man sofort die medienethische Keule gegen den verirrten Kollegen geschwungen. Böschs Blaufahrtstest: ein Lakmустest für die politischen Farbpräferenzen der Branche. (gut)

Nachruf



Die offenen Adern Lateinamerikas: Galeano.

Eduardo Galeano (1940–2015) — In Lateinamerika, wo Literaten gefeiert werden wie Fussballstars, zählte er zu den Giganten. Den Durchbruch schaffte er 1971 mit einem historischen Werk: «Die offenen Adern Lateinamerikas» – eine Anklageschrift gegen Ausbeutung und Imperialismus, welche die Geschichte des Subkontinentes neu deutete. Seine Heimat Uruguay, aber auch Argentinien, Paraguay, Brasilien, Bolivien, Peru und Chile litten in jener Epoche unter dem Joch von Militärdiktatoren. Für Millionen von Lateinamerikanern wurde das Buch zu einer Art Bibel. Galeano verfasste daneben eine Reihe von Novellen, Essays und Artikeln, die sich um die zwei anderen grossen Themen Lateinamerikas drehten: Frauen und Fussball. Mit Mario Benedetti, ebenfalls ein literarisches Schwergewicht aus Uruguay, verband ihn eine bedingungslose Leidenschaft für den Club Nacional de Football.

Zu seinem Hauptwerk entwickelte Galeano, der sich zeitlebens für die Linke engagierte, über die Jahre ein ambivalentes Verhältnis. Dies kam 1992 anlässlich eines denkwürdigen, von der *Woz* organisierten Streitgesprächs in Zürich mit dem kubanischen Autor und Dissidenten Jesús Díaz zum Ausdruck. Galeano verteidigte die Castro-Diktatur nur halbherzig und ging im rhetorischen Feuerwerk von Díaz völlig unter. Das Rencontre brachte das grosse Dilemma von Galeano in brutaler Deutlichkeit auf den Punkt: Die linken Diktatoren, die sich auf ihn beriefen, sind keinen Deut besser als ihre rechten Pendanten. Galeano starb letzte Woche in seiner Heimatstadt Montevideo an Lungenkrebs. Alex Baur



Erdumkreisungen: Percy Sledge.

Percy Sledge (1940–2015) — Man ist versucht, die trotzig Gleichung «It's the singer, not the song» zu glauben – bei diesem einen Song allemal. Zum ersten Mal wurde «When a Man Loves a Woman» 1965 gesungen – da hiess das Lied noch «Why Did You Leave Me Baby?». 1966 kam es dann unter dem endgültigen Titel auf den Markt und rauscht seither in unendlichen Erdumkreisungen um den Planeten. «When a Man Loves a Woman» war das Lebenslied des Percy Sledge, ein Song, der ihm gleichsam aus den Adern floss. Der ehemalige Pfleger gastierte in einem Club seiner Heimatstadt und war einigermaßen geknickt durch eine Trennung, die ihm schwer zusetzte. Nach ein paar Songs bat er seine Band, eine Blues-Melodie anzustimmen, und The Esquire Combo legte los mit einer absteigenden Basslinie, die sie sich beim Barockkomponisten Johann Pachelbel (1653–1706) ausborgt hatten. Sledge improvisierte Melodie und Text darüber – ganz im Gedenken an die Verfllossene. Der Mann war eine ahnungslos-ehrliche Haut, durch und durch: Mit einem Lächeln überliess er die Rechte an seinem zukünftigen Welthit seinem Bassisten und seinem Keyboarder, die sich damit dumm und dämlich verdienten. Es folgten noch einige kleinere Hits, die sich allerdings nicht mit seiner Schmerzhymne messen konnten. Das naive Gottvertrauen blieb Sledges Markenzeichen: Die unverstellte Direktheit seiner Stimme wurde eins mit seinem Song, den er verloren hatte, und der die Menschheit bis zum Ende ihrer Tage bei jedem Liebeskummer trösten wird. Percy Sledge starb am 14. April in Baton Rouge an einem Krebsleiden. Thomas Würdehoff



Jeder Migrant, der es nach Italien schafft, bringt dem Schleuser zehn Neukunden: Schlepperbande in Zuwara, Libyen, 2014.

Migration

Das Geschäft mit dem Tod

Von Kurt Pelda und Nathan Beck (Bild) — Je mehr Bootsflüchtlinge in Europa Aufnahme finden, desto mehr Migranten werden die riskante Überfahrt wagen. Das bedeutet aber auch mehr Tote durch Ertrinken. Diese Binsenwahrheit müsste Europa endlich zur Kenntnis nehmen.

Wenn es um den Anstrom von Migranten und Flüchtlingen geht, sprechen die Medien gerne von der «Festung Europa». Das mag stimmen, wenn man an den Grenzzaun zwischen Bulgarien und der Türkei denkt, mit dem das EU-Land Bulgarien vor allem syrische Flüchtlinge fernhalten will. Doch wer Europa die Schuld an den jüngsten Schiffskatastrophen im Mittelmeer gibt, bei denen schätzungsweise 1200 Migranten umgekommen sind, macht es sich zu leicht. Selbsternannte Experten sind nun dabei, die europäische Flüchtlingspolitik an den Pranger zu stellen, und fordern grossangelegte Rettungsaktionen auf hoher See.

Es versteht sich dann natürlich auch von selbst, dass den so dem Ertrinkungstod Entronnenen quasi automatisch Asyl gewährt werden soll. Allerdings müsste sich die EU dazu erst einmal auf einen Schlüssel einigen, nach dem die Migranten auf die Mitgliedsländer verteilt

würden. Denn es kann ja nicht sein, dass man Italien und Griechenland im Regen stehenlässt, wenn es um die Aufnahme Hunderttausender geht. Genau so sieht allerdings die derzeitige Regelung aus: Verantwortlich für ein Asylgesuch ist jenes Land, in dem der Migrant erstmals europäischen Boden betritt. Und das sind im Fall der Bootsflüchtlinge in erster Linie Italien und Griechenland. Zurücklehnen können sich wegen ihrer geografischen Lage dagegen Staaten wie Schweden. Stockholm gewährt zwar jedem Syrer Asyl, der es aus eigener Kraft bis zur schwedischen Grenze schafft. Doch dafür müssen die Flüchtlinge erst einmal die Fahrt übers Mittelmeer überleben und dann unentdeckt – wieder mit Hilfe von professionellen Schleusern – quer durch Europa bis nach Skandinavien gelangen. Was Stockholm wohl entgangen ist: Seine grosszügige Asylpolitik wirkt wie ein Magnet auf syrische Flüchtlinge.

Fast alle Syrer, mit denen ich in den letzten drei Jahren inner- und ausserhalb Syriens gesprochen habe, geben Schweden und Deutschland als bevorzugte Zielländer an. In Italien, Griechenland oder Bulgarien will dagegen niemand enden. Sie dienen nur als Durchgangsländer. Allein das zeigt schon, dass es hier nicht nur um Schutz vor Verfolgung oder Bürgerkrieg geht, sondern eben auch um wirtschaftliche Motive.

Letztes Jahr gelangten rund 220 000 Migranten übers Mittelmeer nach Europa. Ein grosser Teil von ihnen wurde von der italienischen Marine und von Handelsschiffen aus dem Meer gefischt. Wäre etwas dran an der Mär von der «Festung Europa», dann hätte man die Geretteten schnurstracks zurück nach Nordafrika gebracht, zum Beispiel nach Libyen, ins wichtigste Ausgangsland für die gefährliche Reise nach Europa. Doch was hat die italienische Marine in Wirklichkeit mit den Migranten getan?

Sie wurden allesamt nach Sizilien gebracht und aufgepöppelt. Danach verschlossen die Behörden beide Augen, denn man wollte sich nicht um die Ankömmlinge kümmern, sondern sie so schnell als möglich loswerden: Von Sizilien mit dem Taxi zur Fähre, dann aufs Festland und danach mit dem Zug nach Milano Centrale. Dort warten Schleuser in der Bahnhofshalle auf Kunden und bieten Autofahrten zum Beispiel nach Hamburg für 1500 Euro pro Person an. Das Ganze ist ein Bombengeschäft.

Von den 220 000 Bootsflüchtlingen des letzten Jahres kamen rund 3500 um. Das entspricht einer Mortalität von 1,6 Prozent. Von tausend Migranten riskieren im Schnitt also sechzehn den Tod durch Ertrinken. Im laufenden Jahr haben es bereits etwa 23 000 Menschen nach Italien geschafft, doch wegen der beiden jüngsten schrecklichen Unglücke schnellte die Zahl der Toten auf ein trauriges Rekordhoch. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind schätzungsweise bereits 1600 Migranten ertrunken – dies obwohl der Winter wegen der schlechten Witterung und der hohen Wellen Niedrigsaison für das Schleppergeschäft ist. Die Mortalität schoss damit auf rund sieben Prozent, also im Schnitt auf siebzig Tote von tausend Bootsmigranten. Viele «Experten» machen jetzt das Ende der italienischen Marineaktion «Mare Nostrum» für diese Tragödie verantwortlich, ohne jedoch die wahren Gründe für das Hochschnellen der Flüchtlingszahlen zu recherchieren. Dazu muss noch gesagt werden, dass kaum einer dieser sogenannten Fachleute jemals in Libyen war und die Verhältnisse an Ort und Stelle kennt.

Die Geldnöte der Milizen

Es sind weder die chaotischen Zustände in Libyen noch ist es das Ende von «Mare Nostrum», was den Flüchtlingsstrom anschwellen lässt und die Zahl der Ertrunkenen sogar überproportional nach oben katapultiert. Erst gerade von einer Reise durch Libyen zurückgekehrt, kann ich nur Folgendes konstatieren: Es ist das zynische Kalkül einer Kriegspartei, das in erster Linie für die vielen Toten verantwortlich ist. Ein Schlepperboss aus der westlichen Hafenstadt Zuwara berichtet, dass die Milizen der «Operation libysche Morgenröte» dringend Geld für ihren Krieg benötigen und dazu übergegangen sind, mit den Schleusern zusammenzuarbeiten.

Die «Morgenröte»-Milizen kontrollieren praktisch die gesamte Küste im westlichen Libyen, also jenen Landesteil, der den italienischen Mittelmeerinseln geografisch am nächsten gelegen ist. Vor dem Bürgerkrieg, der im Sommer 2014 zwischen der «Morgenröte» und den Truppen der international anerkannten Regierung im östlichen Tobruk ausbrach, hatten auch die Milizen in den westlichen Landesteilen dafür gesorgt, dass der Menschenhandel nicht ausser Kontrolle geriet. Es gab ein paar Patrouillenboote der libyschen Marine, und regelmässig wurden mit Migranten überfüllte

Schlauchboote und Fischerkähne bei der Überfahrt nach Italien erwischt und von den Libyern zur Küste zurückgebracht. Nun aber ist es zur Kollusion zwischen den Milizen und dem organisierten Verbrechen gekommen.

Der erwähnte Schlepperboss, der aus verständlichen Gründen anonym bleiben will, erzählt, dass er direkt von den «Morgenröte»-Milizen in der Hafenstadt Misrata Aufträge erhalten habe. Die leeren Fischkutter sollen aus Misrata nach Westen der Küste entlangfahren und dabei mit Flüchtlingen «gefüllt» werden, die von Sandstränden im Schlauchboot zu den im offenen Meer wartenden Schiffen gebracht werden. Dabei kommen nicht nur mehr Kähne als früher zum Einsatz, sondern sie werden auch stärker überladen als in der Vergangenheit. Noch vor einem Jahr waren Passagierzahlen von 250 bis maximal 400 üblich bei Fischkuttern. Nun wollten die Milizen die Schiffe mit jeweils 600 bis 800 Migranten vollstopfen, sagt der Schlepper. Das massive Überladen spült zusätzliches Geld in die Kassen der Milizen, ist zugleich aber direkt für die beiden letzten Katastrophen mit zusammen ungefähr



Trauriges Rekordhoch: Rettungsaktion vor Rhodos, 20. April 2015.

1200 Toten verantwortlich. Und da kein Ende des Bürgerkriegs abzusehen ist, sind weitere Disaster programmiert.

Die Finanznöte der «Morgenröte»-Milizen sind nicht nur auf den Krieg gegen die international anerkannte Regierung zurückzuführen, sondern auch auf das Auftauchen der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) in Libyen. Die wenigen hundert IS-Kämpfer in der zentral-libyschen Stadt Sirte binden Milizionäre und Ressourcen der «Morgenröte»-Truppen. Wer also wirklich den Migrantenstrom eindämmen will, sollte dafür sorgen, dass die Friedensgespräche zwischen den beiden rivalisierenden Regierungen Libyens endlich vorankommen und diese sich am Ende auf den Kampf gegen den IS konzentrieren, statt sich gegenseitig zu zerfleischen.

Omar ist ein junger Schleuser, vom Format her nicht vergleichbar mit dem erwähnten

Schlepperboss. Aber er weiss, wovon er spricht. Um Platz zu sparen, dürfen die Flüchtlinge eigentlich nur ihre Handys mitnehmen. Denn wenn sie in Italien ankommen, rufen sie als Erstes ihre Verwandten an und erzählen von der erfolgreichen Überfahrt. Sie alle hätten seine Nummer und gäben sie bereitwillig weiter, erzählt Omar. Jeder Migrant, der es nach Italien schaffe, bringe ihm so zehn Neukunden. Das bedeutet: Je mehr Migranten die Überfahrt schaffen und in Europa aufgenommen werden, desto mehr Menschen werden nachkommen und im Mittelmeer ihr Leben riskieren. Nur ein konsequentes Zurückweisen aller Bootsflüchtlinge könnte – wenn man die rechtlichen Bedingungen anpassen würde – die Anreize drastisch senken, die gefährliche Reise überhaupt zu wagen.

Vergleich mit Vietnams Boat-People

Verbinden könnte man dies mit dem Recht jedes Zurückgewiesenen, bei der Rückfahrt mit der italienischen Marine einen Asylantrag zu stellen. Wo dies nicht möglich ist, könnte man den Migranten die Möglichkeit geben, in Nord-

afrika bei diplomatischen Vertretungen oder speziell dafür eingerichteten Stellen Asylanträge zu stellen. Denn es sollte wieder einen legalen Weg geben, Asyl in Europa zu beantragen, ohne dass man in Nusschalen übers Meer fahren muss.

Oft werden in letzter Zeit auch Parallelen zu den vietnamesischen Boat-People von Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre gezogen. Doch dieser Vergleich hinkt. Die Vietnamesen, viele aus dem im Bürgerkrieg unterlegenen Süden, flüchteten vor einem repressiven Regime. Viele von

ihnen wurden wirklich verfolgt. Von den 220 000 Bootsflüchtlingen im letzten Jahr waren aber nur gerade dreissig Prozent Syrer. Vom Rest stammte der grösste Teil aus Schwarzafrika. Das einzig wirklich repressive Senderland war dabei Eritrea, mit einem Anteil von knapp sechzehn Prozent.

Aber selbst bei den Syrern spielt nicht nur die Angst vor Bürgerkrieg und Verfolgung eine Rolle. Die meisten Flüchtlinge reisen nicht direkt aus Syrien via Libyen nach Europa, sondern verbringen Zeit in Flüchtlingslagern, zum Beispiel in der Türkei oder in Jordanien. Dort sind sie den Gefahren bereits entkommen. Wenn sie weiterreisen, tun sie das also primär aus wirtschaftlichen Überlegungen und nicht, weil sie in den Flüchtlingslagern verfolgt wären. Mehr humanitäre Hilfe in Syriens Nachbarländern könnte somit ebenfalls dazu beitragen, die Zahl der Todesfahrten übers Mittelmeer zu senken.

Stress in Chiasso

Von Beat Gygi — Das Dublin-Abkommen sei «ein Schönwetterkonstrukt, wie die ganze Flüchtlingspolitik der EU», sagen Fachleute. Resultat: Die Schweiz nimmt deutlich mehr Flüchtlinge auf, als sie nach Genfer Konvention müsste.

Die Flüchtlingsströme, die zurzeit über das Mittelmeer nach Italien kommen, werden sich bald an der Schweizer Grenze bemerkbar machen. In den Empfangs- und Verfahrenszentren des Staatssekretariats für Migration (SEM) in Chiasso, Vallorbe, Basel, Kreuzlingen, Altstätten oder in den Flughäfen Zürich und Genf werden die Migranten in ersten offiziellen Kontakt mit der Schweiz kommen; im Brennpunkt steht natürlich Chiasso. Ganz neu sind solche Bewegungen nicht, bereits 2014 hatten Krisen am Mittelmeer und in Afrika zu zahlreichen Landungen von Flüchtlingsschiffen in Süditalien geführt. Laut SEM wurden 2014 in Europa so viele Asylgesuche gestellt wie seit Beginn der neunziger Jahre nicht mehr.

In der Schweiz war die Zunahme allerdings schwächer, die Asylgesuche stiegen 2014 um zehn Prozent auf knapp 23 800 Anträge. Dies entsprach etwa der Prognose von 24 000 Gesuchen, die das SEM für 2014 aufgestellt hatte. Das laufende Jahr bringt mehr Stress, die Bundesexperten rechnen mit 27 000 bis 31 000 Asylanträgen. Die Flüchtlingswanderungen sind stark von Jahreszeiten und Wetter abhängig; auf die Winterflaute folgt bald einmal der Sommer-Boom. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden in der Schweiz laut Daten des Staatssekretariats 4 489 Asylgesuche gestellt, deutlich weniger als die 5 662 Gesuche im Schlussquartal

2014. Das heisst nicht, dass die Neigung zur Einreise in die Schweiz abgenommen hat, denn im ersten Quartal sind die Zahlen typischerweise niedrig, da die Bedingungen zum Überqueren des Meeres schlecht sind. Im Juli und August können die Zahlen gut doppelt so hoch sein wie zu Beginn der «Saison». Letztes Jahr gab es im Juli rund 3 000 Anträge an die Schweiz.

Meistens suchen die Asylsuchenden die Grenzkontrollen zu umgehen und illegal einzureisen, damit sie an der Grenze nicht zurückgeschickt werden. Laut Angaben des SEM wissen illegal Einreisende oft gut Bescheid über das schweizerische Asylverfahren und wenden sich nach dem Grenzübertritt sogleich an eines der SEM-Aufnahmезentren, um ihr Asylgesuch vorzulegen. Etliche werden auch vom Grenzschutz aufgegriffen und ins Prozedere eingebracht.

Wie steht es denn mit dem Dublin-Abkommen? Nach diesen Regeln müssten Flüchtlinge an das EU-Land zurückgewiesen werden, mit dem sie als Erstes in Kontakt gekommen sind. Für einen Teil der Migranten ist dies möglich; 2014 hat die Schweiz dies bei knapp 15 000 Personen versucht, aber nur in gut 5 600 Fällen eine Zusage erhalten. «Dublin ist ein Schönwetterkonstrukt, wie die ganze Flüchtlingspolitik der EU», lautet der Kommentar von Fachleuten, die das Geschehen seit langem verfolgen. Das SEM

spricht davon, dass die Zusammenarbeit mit Italien «anspruchsvoller» geworden sei.

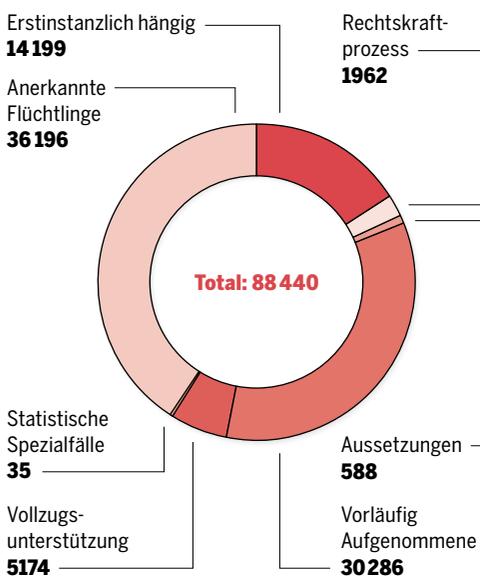
Der grösste Teil der ankommenden Migranten muss an der Grenze also so oder so gemäss Prüfregelein aufgenommen werden, da völkerrechtliche Verpflichtungen die Schweiz dazu zwingen, bei Antragstellung ein Asylverfahren durchzuführen – ob nun die Anreise legal oder illegal war, ob die Schleuser-Routen nun direkt an die Schweizer Grenze führen oder nicht. Viele der in den Empfangszentren registrierten Asylsuchenden werden später vom Bund nach festgelegtem Schlüssel auf die Kantone verteilt; Bern muss einen Anteil von 13,5 Prozent, Zürich einen von 17 Prozent aufnehmen.

Viele vorläufig Aufgenommene

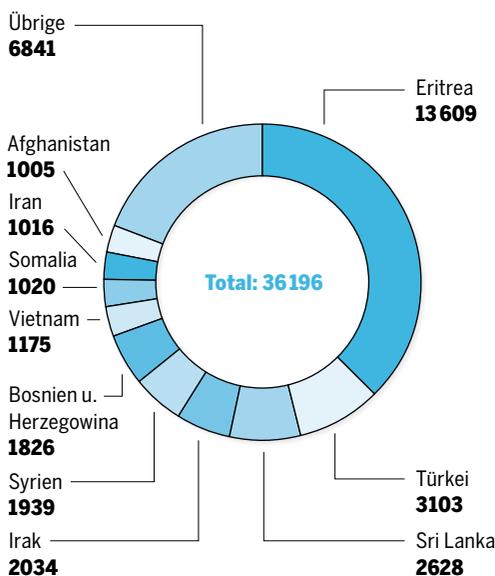
Woher kommen die Asylsuchenden? Die grosse Grafik unten rechts zeigt, dass in jüngerer Zeit die Migranten aus Eritrea dominierten. Die Zustrome aus Sri Lanka, Nigeria oder Serbien/Kosovo haben nachgelassen. Hingegen macht sich der Zustrom aus Syrien nun zunehmend bemerkbar. 2013 waren es knapp 2 000, das Jahr darauf dann bereits fast 4 000 Personen, die um Asyl ersuchten. Im Herbst 2013 hatte der Bund Visa-Erleichterungen für syrische Staatsangehörige mit Verwandten in der Schweiz erlassen, dies brachte insgesamt einen Zustrom von über 4 000 Personen. Im ersten Quartal 2015 stehen

Überfordertes Asylwesen

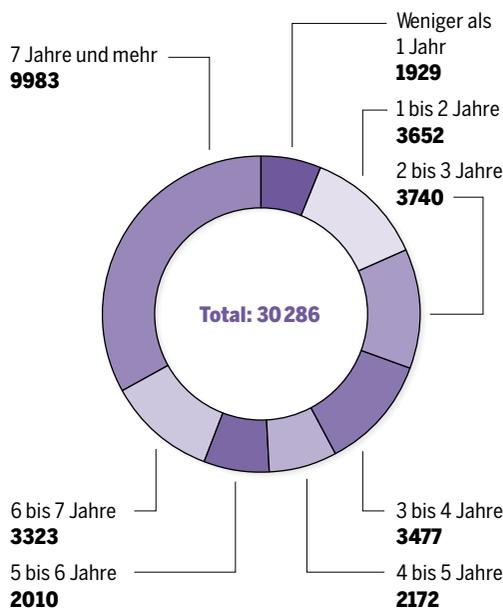
Status der Personen im Asylbereich



Anerkannte Flüchtlinge



Vorläufig aufgenommene Personen nach Anwesenheitsdauer



In letzter Zeit wurde jeder zweite Asylbewerber anerkannt oder vorläufig aufgenommen.

die Gesuche von Eritreern (562) immer noch an erster Stelle, dahinter folgen die Einwanderungen aus Sri Lanka (435) sowie aus Syrien (391), dem Land, das nun im Zentrum des Interesses stehen wird. Auf Platz vier liegen die Anträge aus Kosovo (265), einem Land, in dem Schweizer Armeeinghörige für Sicherheit sorgen.

Die Asylanträge sind allerdings nur der erste Schritt der ganzen Prüf-, Weiterleitungs- und allenfalls AufnahmeprozEDUREN. Die Grafik ganz links zeigt das Asylgeschehen im Überblick. Ende März waren insgesamt 88 440 Personen in einer der verschiedenen Stufen der Behandlungen involviert. Gut 14 000 Personen waren quasi auf der Eingangstreppe mit Anträgen, die in erster Instanz noch offen waren. Am andern Ende der Kette waren es gut 36 000 Personen, die nach Abklärungen schliesslich als Flüchtlinge anerkannt waren. Gross ist die Gruppe aus Eritrea, wie die Grafik in der Mitte zeigt. Die gut 13 000 Eritreer machen gleich viel aus wie die Gruppen aus der Türkei, Sri Lanka, dem Irak, Syrien, Bosnien/Herzegowina, Vietnam und Somalia zusammen.

Eigentlich wären die Antragsteller sowie die als Flüchtlinge anerkannten Personen die zwei Hauptgruppen, die man bei Asylverfahren normalerweise erwartet. Die Praxis weicht allerdings davon ab, denn viele Entscheide werden nicht rasch gefällt. Diese Leute werden nicht abgewiesen, sondern vorläufig aufgenommen. Diese Gruppe ist zurzeit mit gut 30 000 Personen auf einem langjährigen Rekordstand und fast so umfangreich wie die der anerkannten Flüchtlinge. Da besteht die grösste Gruppe aus Syrern (knapp 4300 Personen); nimmt man die Leute aus Eritrea, Afghanistan und Somalia dazu, kommt man bereits auf die Hälfte der vorläufig Aufgenommenen.

Brisanter als die Herkunft dieser Gruppen ist jedoch meist die Frage, wie lange die vorläufig aufgenommenen Menschen schon in der Schweiz sind. Die Kuchengrafik rechts veranschaulicht, dass die Hälfte dieser gut 30 000 Personen schon seit fünf Jahren oder länger im Land lebt. 10 000 Leute sind sogar schon mehr als sieben Jahre in der Schweiz. Die Wahrscheinlichkeit einer Rücksendung ist da gering.

Die sogenannte Schutzquote, also die Summe aus Asylgewährungen und vorläufigen Aufnahmen als Anteil an den Gesuchen, machte im vergangenen Jahr 58 Prozent aus; im Jahr zuvor waren es 30 Prozent. Die Zunahme begründet das SEM mit Aufarbeitungen und Erledigungen von Fällen sowie mit der Vermutung, dass neuerdings solider begründete Asylgesuche gestellt werden als vorher. Dass der Bund in einem Viertel der Fälle zu einem positiven Asylentscheid kommt, bringt die Frage auf, ob das Asylgesetz korrekt umgesetzt wird. Diesem Gesetz liegt eine nach Genfer Konvention streng formulierte Definition des Flüchtlingsstatus zugrunde, und die Debatte, ob der Bund wirklich diese Massstäbe anlegt, ist noch offen.

Es gibt aber auch Strömungen, die auf eine Aufweichung des Flüchtlingsbegriffs abzielen. So hat die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen im Dezember einen neuen Schutzstatus für Vertriebene gefordert. Immer öfter seien «Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und von Gewalt oder Krieg Vertriebene gemeinsam unterwegs und den gleichen Gefahren ausgesetzt». Alle Vertriebenen seien letztlich auf Schutz angewiesen. Die Kommission ist zwar vor allem aus Vertretern der sozialen Branchen zusammengesetzt, aber aus *soft law* werden mitunter rasch härtere Regeln.

Entwicklungshilfe

Falsche Hoffnung

Von Kurt Pelda — Könnte man mit mehr Geld den Migrantenstrom eindämmen?

Immer wieder taucht in der Diskussion um die Armutsmigration das Argument auf, mehr Entwicklungshilfe würde das Einkommensgefälle zwischen Afrika und Europa verringern und damit die Wanderung nach Norden ebenso. Seit etwa zehn Jahren übertrifft das, was aus den staatlichen Füllhörnern der reichen Länder über den Armutsregionen ausgeschüttet wird, jährlich die Unsumme von hundert Milliarden Dollar. Aber hat die Hilfe Schwarzafrika wirklich etwas gebracht?

Ohne Zweifel sind die wirtschaftlichen Eckdaten der meisten Staaten südlich der Sahara in den letzten Jahrzehnten besser geworden. Aber mit der wachsenden Entwicklungshilfe hat das wenig zu tun. Wo das Wirtschaftswachstum gestiegen ist, erklärt es sich in erster Linie mit Wirtschaftsreformen, mehr ausländischen Direktinvestitionen und dem Rohstoffboom. Und im Hintergrund wirkt die Tatsache, dass die Zahl der Kriege nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auf dem Schwarzen Kontinent stark zurückgegangen ist. Mehr Frieden, mehr Reformen und höhere Rohstoffpreise sind die Zugpferde der afrikanischen Wirtschaften und nicht die Entwicklungshilfe.

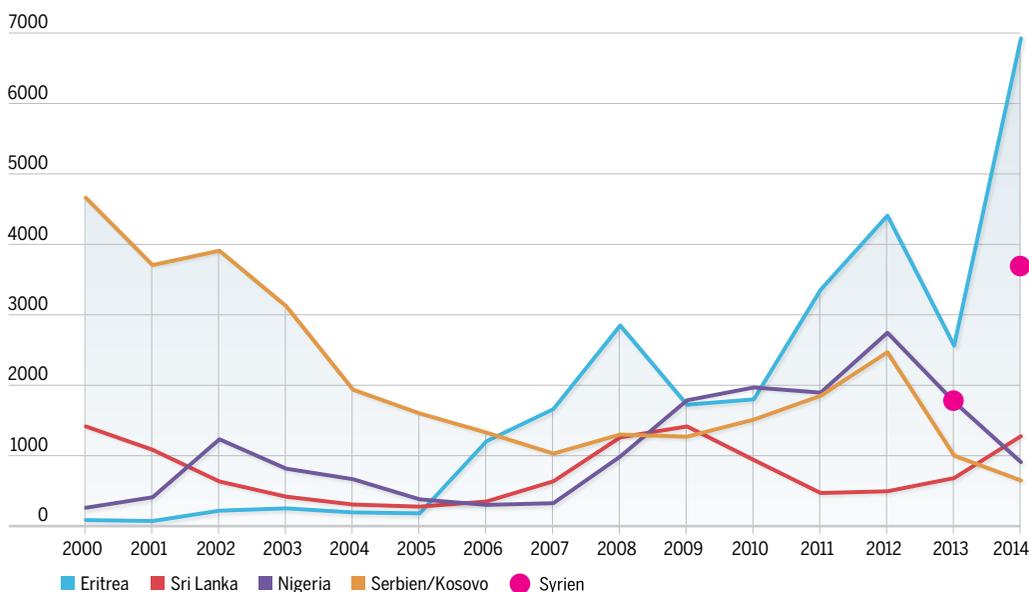
Migranten aus der Mittelschicht

Viele Indikatoren haben sich in Afrika also verbessert, und wenn die Theorie stimmt, dass dies die Armutsmigration verringert, dann müsste das eigentlich zu spüren sein. Das Gegenteil ist aber der Fall. Auswanderung nach Europa ist teuer, die Transportkosten fallen ins Gewicht, und Schlepper müssen bezahlt werden, um die Sahara und danach das Mittelmeer zu überqueren. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass der Hang zur Auswanderung während des Entwicklungsprozesses anfänglich zunimmt.

Die meisten schwarzafrikanischen Migranten stammen aus der unteren städtischen Mittelschicht, gehören also nicht zu den Allerärmsten. Verbessern sich ihre Einkommen infolge Wirtschaftswachstums, werden mehr von ihnen mit der ungewissen Ausreise nach Europa liebäugeln. Wächst die Wirtschaft, können sich mehr Menschen die Auswanderung leisten. Erst wenn ein Staat in die Kategorie der Länder mit hohem Einkommen aufsteigt, sinkt die Emigration wieder. In armen afrikanischen Ländern droht erfolgreiche Entwicklungshilfe die Migrationsströme also eher zu verstärken.

Asylgesuche in der Schweiz

Entwicklung von 2000 bis 2014 – ausgewählte Länder



QUELLE: STAATSEKRETARIAT FÜR MIGRATION

Der Zustrom aus Syrien hat deutlich zugenommen.



«Gemeinsame Strategie Europas»: «Mare Nostrum»-Operation der italienischen Marine im letzten September.

Schweiz

«Militärische Mittel»

Von Alex Reichmuth — «Mehr Rettungsaktionen» lautet das Rezept der Schweizer Linken, um weitere Flüchtlingsdramen zu verhindern. Falsch, sagen die Bürgerlichen, man müsse die Schlepper stoppen – notfalls mit Militär. Die Beteiligung der Schweiz an einer solchen Aktion sei aber ausgeschlossen.

Für die Sozialdemokraten ist der Fall klar: Europa müsse «mehr Geld und Mittel einsetzen, um mit aktiven Such- und Rettungsoperationen im ganzen Mittelmeerraum möglichst viele Menschen zu retten», verbreitete per Communiqué die SP nach den Bootsunglücken vom letzten Wochenende. Es brauche wieder eine Aktion wie «Mare Nostrum», um aus dem gesamten internationalen Gewässer des Mittelmeers bis hin vor die Küsten Nordafrikas Flüchtlinge in ihren Booten aufzugreifen. So könnten «Tausende von Menschen» gerettet werden. Zwar sei klar, dass nicht alle Migrationswilligen nach Europa kommen können, sagt SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin gegenüber der *Weltwoche*. Um das Problem der gefährlichen Bootsüberfahrten aber wirklich lösen zu können, brauche es eine gemeinsame Strategie Europas für eine sichere Einreise von Flüchtlingen. Wie viele Menschen konkret nach Europa kommen sollten, könne er aber nicht sagen, so Tschümperlin. Dies müsse in internationaler Zusammenarbeit geklärt werden.

Einer erneuten Ausdehnung von Rettungsaktionen im Mittelmeer steht man auch beim Bund positiv gegenüber, wie aus einem Statement von Bundespräsidentin und Justizministerin Simonetta Sommaruga von Anfang Woche klarwurde. Für Vertreter bürgerlicher Parteien ist diese Strategie jedoch falsch. Fange

man die überfüllten Boote schon wenige Kilometer von der Küste entfernt zuverlässig ab und bringe die Flüchtlinge zum europäischen Festland, befeure dies das kriminelle Geschäft der Schlepper erst recht, warnen Vertreter von CVP, FDP und SVP. Zudem würde damit eine Überfahrt nach Europa noch viel attraktiver – was die Sogwirkung für Menschen, die in Hinsicht auf eine bessere Zukunft ihr Leben riskierten, enorm verstärke.

«Schleusen zumachen»

«Man muss vielmehr die Schleusen zumachen», betont FDP-Nationalrat Kurt Fluri. Gleichzeitig solle die Hilfe vor Ort verstärkt werden, etwa in den Flüchtlingslagern rund um Syrien oder auch in Libyen, wo die meisten Flüchtlingsboote starten. «Das Schlepperwesen zu unterbinden, muss oberste Priorität haben», pflichtet Gerhard Pfister bei, Nationalrat der CVP. Auch für SVP-Nationalrat Hans Fehr geht es jetzt darum, «das Übel an der Wurzel zu packen», statt mit Rettungsaktionen den Schleppern noch zuzuarbeiten.

Wie man das Übel genau an der Wurzel packt, dazu gibt es unter den bürgerlichen Parteien unterschiedliche Ansätze. Bei der FDP und zumindest Teilen der CVP setzt man auf Flüchtlingscamps in Nordafrika, die massgeblich von europäischen Staaten betrieben werden.

«In solchen Camps muss abgeklärt werden, wer Flüchtlingsstatus bekommt und auf sicherem Weg nach Europa gelangen kann», schlägt Kurt Fluri von der FDP vor. Alle anderen müssten «dort bleiben, wo sie herkommen». Auch für Gerhard Pfister kommen Camps ausserhalb des EU-Territoriums in Frage. «Man müsste die anerkannten Flüchtlinge dann nach einem geeigneten Schlüssel in Europa verteilen», so der CVP-Politiker. Bei der SVP hält man von Asylcamps ausserhalb Europas hingegen wenig. Sie erinnern die Volkspartei zu sehr an das frühere Botschafts asyl, das man auf keinen Fall wieder einführen will.

Auch ein profunder Kenner des Asylwesens steht der Idee von Camps in Nordafrika skeptisch gegenüber. «Die echten Verfolgten auszuwählen und dann sicher nach Europa zu bringen, tönt zwar gut», gibt er zu bedenken, «aber was tun die vielen Menschen, die bei diesem Prozess abgewiesen würden? Eben doch auf ein Boot steigen und die Überfahrt wagen.» Zudem sei es fraglich, ob die Standortstaaten Hand zu solchen Camps auf ihrem Territorium böten, meint dieser Asylexperte weiter.

Kein Interesse an Besserung

Schwierig zu errichten dürften Asylcamps namentlich in Libyen sein, wo kein funktionierender Staat und damit auch kein Ansprech-

partner vorhanden ist. Den Milizen, die Teile der Küste beherrschen, sind die ertrinkenden Menschen entweder egal, oder sie verdienen am Schlepperwesen sogar mit und haben darum kein Interesse, dass fremde Staaten in ihrem Territorium für Besserung sorgen. Ähnlich problematisch dürfte die umgehende Rückführung von geretteten Seeflüchtlingen nach Nordafrika sein, wie sie bürgerliche Politiker fordern. Ohne eine minimale Kooperation von lokalen Behörden ist dies kaum durchzuführen – denn immerhin müssten Schiffe zur Rückführung tief ins Hoheitsgebiet fremder Staaten eindringen.

Es ist darum kaum ohne Waffengewalt möglich, auf nordafrikanischem Territorium selber Flüchtlingsboote am Auslaufen zu hindern und aktiv gegen Schlepper vorzugehen. Die EU, die im Rahmen ihres Zehn-Punkte-Plans ebenfalls Aktionen in Nordafrika ins Auge fasst – bis hin zur Zerstörung der Schiffe von Schlepperbanden –, wagt dies aber nur verschleiern zu benennen. So sprach EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos vieldeutig von einer möglichen «zivilen militärischen Aktion».

Auch bei den Schweizer Bürgerlichen weiss man, dass eine wirkungsvolle Bekämpfung der Schlepper vor Ort ohne Waffen kaum realistisch ist. Hans Fehr spricht von einer «militärähnlichen Aktion», die in Libyen angezeigt sein könnte. «Eine solche müsste etwa von der EU durchgeführt werden, legitimiert durch ein Mandat der Uno», sagt der SVP-Politiker. Auch Gerhard Pfister von der CVP erwähnt «militärische Mittel», die nötig werden könnten, um vor Ort für Ordnung zu sorgen. «Das wäre dann die Aufgabe der EU – denn die ist mit ihrer früheren Intervention in Libyen mitverantwortlich für die heutigen Zustände.»

Verweis auf die Neutralität

In die Schweiz strömen jährlich weit über 20 000 Asylsuchende – darunter viele, die das europäische Festland mit Hilfe eines Schlepperboots erreicht haben. Eine Beteiligung von Schweizer Soldaten an einer allfälligen Militäraktion in Libyen schliesst man bei den bürgerlichen Parteien aber kategorisch aus – mit Verweis auf die Neutralität des Landes. «Das ist nicht unsere Aufgabe», betont Hans Fehr. «Die Teilnahme eines Kleinstaates an einer militärischen Aktion zu fordern, wäre zu viel verlangt», sagt auch Gerhard Pfister. Die Schweiz leiste auf anderem Weg schon genug, etwa bei der humanitären Hilfe oder mit der Aufnahme eines überproportionalen Anteils an Flüchtlingen.

Für SP-Politiker Andy Tschümperlin geht diese Haltung seiner bürgerlichen Ratskollegen nicht auf. «Man kann nicht von der EU, bei der man nicht dabei sein will, eine Militäraktion verlangen – und sich dann gleich noch wegen der Neutralität davon fernhalten.» ○

Modell Australien

Keine Chance

Von Wolfgang Koydl — Australien weist alle Flüchtlingsschiffe ausnahmslos zurück. Die Methode hat Erfolg. Immer weniger Illegale riskieren Leib und Leben auf alten Seelenverkäufern.

Das Bild erinnert an jüngst ausgestrahlte TV-Aufnahmen vom Mittelmeer, und es spricht eine deutliche Sprache: Es zeigt eine zerbrechliche Nusschale von einem Boot inmitten einer rauen See. Aber das Bild zeigt keine tatsächliche Flüchtlingstragödie, sondern es will solche Dramen überhaupt verhindern. Denn das Foto illustriert ein Plakat, mit dem Australien Flüchtlinge abschrecken will. Sie sollen sich erst gar nicht gewissenlosen Menschenhändlern und ihren seeuntüchtigen Seelenverkäufern anvertrauen und zu einer lebensgefährlichen Reise ins vermeintlich gelobte Land aufbrechen.

«Keine Chance – ihr werdet Australien nicht zu eurer Heimat machen», lautet der Titel der Kampagne, die seit Ende 2014 online, mit Anzeigen, Plakaten und Videos in vielen Ländern Asiens und Afrikas geführt wird. Sie wurde von der seit anderthalb Jahren amtierenden konservativen Regierung von Premierminister Tony Abbott initiiert und zeigt, was man tun kann, wenn man den Flüchtlingstod auf hoher See stoppen will: Nicht hilflos die Hände ringen wie die Europäer, sondern hart, konsequent und vor allem unmissverständlich durchgreifen.

In siebzehn Sprachen – von Albanisch und Arabisch bis Urdu und Vietnamesisch – verbreitet die australische Einwanderungs- und

Grenzschutzbehörde eine einfache Botschaft: Australien wird jedes Schiff, das illegal in seine Hoheitsgewässer eindringt, abfangen und es zu seinem Herkunftsort zurück eskortieren. Wo dies nicht möglich ist, werden die Flüchtlinge in Lagern in den Inselstaaten Papua-Neuguinea und Nauru untergebracht, wo sie sich auf unbestimmte Wartezeiten einstellen müssen, bevor ihre Anträge bearbeitet werden können.

Schonungslos räumen die Fernsehspots mit den Lügen und Legenden auf, die die Menschenhändler aus eigenem finanziellen Interesse verbreiten: Nein, es gibt keine Aus-

«Verschwendet nicht euer Geld, setzt nicht das Leben eurer Familien und Freunde aufs Spiel.»

nahmen, nicht einmal für alleinreisende Kinder, nicht für Gutsausgebildete, nicht für Menschen, deren Angehörigen schon in Australien leben. Auch den Versprechungen, man werde schon durch das um Australiens Küsten gezogene Netz schlüpfen, wird widersprochen: Kein Boot werde durchkommen. «Verschwendet nicht euer Geld, setzt nicht das Leben eurer Familien und Freunde aufs Spiel», warnt die Behörde. «Die Verbrecher stehlen nur euer Geld.»

Menschenrechtsorganisationen haben Australien erwartungsgemäss für diesen harten Kurs kritisiert. In den Medien brach weltweit ein veritabler Shitstorm gegen die «Menschenverachtung» und «Grausamkeit» dieser Massnahme aus. Allerdings genießt eine unnachgiebige Flüchtlingspolitik in Australien quer durch das Parteienspektrum Zustimmung. Schon Abbotts Labour-Vorgänger Julia Gillard und Kevin Rudd hatten Flüchtlinge in Nachbarstaaten untergebracht.

Der Erfolg der jüngsten Abschreckungskampagne gibt der Regierung in Canberra offensichtlich recht: Seit Anfang 2014 hat es kein einziges Schiff mehr an die Küste des fünften Kontinents geschafft. Im Jahr 2013 waren noch 20 000 Illegale an Land gegangen.

Obwohl sich die Behörden mit konkreten Angaben über die Operation zurückhalten, scheint aber auch die Zahl der Flüchtlingsboote zurückgegangen zu sein. Nach den Worten von Einwanderungsminister Peter Dutton wurden in den vergangenen zwei Jahren nur noch fünfzehn Schiffe mit insgesamt 429 Passagieren an Bord aufgebracht. Offensichtlich spricht sich die harte Botschaft schnell herum.



Unmissverständlich: australische Kampagne.

Der Collier-Plan

Von Urs Gehrig — Der linksliberale Entwicklungsökonom Paul Collier bezeichnet die EU-Migrationspolitik als desaströs – für Europa wie für die Herkunftsländer. Er plädiert für strikte Zuwanderungsobergrenzen und eine rigorose Rückführung von Illegalen.

Paul Collier gehört zu den scharfsinnigsten Ökonomen unserer Zeit. Seine geistige Heimat ist Afrika. Die Beschäftigung mit den Ärmsten dieser Welt hat den britischen Oxford-Professor zu einer brisanten und heiss diskutierten Neuformulierung der Migrationspolitik veranlasst. Die Einwanderungspolitik der EU bezeichnet er als «verrückt». Collier schlägt ein Auswahlprozedere für Migrationswillige vor, das aus einer Kombination von Lotterie und Punktesystem besteht. Wer illegal einreise, müsse konsequent zurückgeführt werden, sagte er im Gespräch mit der *Weltwoche*. Die Kernpunkte von Colliers Immigrationspolitik:

Was schiefläuft — «Die Migrationspolitik der Europäischen Union verleitet junge Leute dazu, grosse Risiken einzugehen, eine Menge Geld an Gangster für einen Platz auf einem der lottrigen Boote zu zahlen, die oft sinken, bevor sie europäisches Festland erreichen. Es ist lächerlich, dass die EU die Leute erst ignoriert und sie dann mit Rechten überschüttet, sobald sie es illegal nach Europa geschafft haben. Es ist eine schlecht durchdachte Politik, die Menschen viel mehr Rechte gewährt, die ihren Fuss auf Lampedusa setzen, als jenen, die in ihrem Herkunftsland legal um Einreise ersuchen.»

Mitgefühl und Eigeninteresse — «Migranten stammen für gewöhnlich aus den bessergestellten Schichten ihrer Heimatländer, denn die wirklich Armen können sich die Migrationskosten nicht leisten. Ihre Motive sind ziemlich offensichtlich. Sie kommen, um einen Job oder um Anschluss ans Wohlfahrtssystem zu finden. Typischerweise sind es Junge, die die grössten Risiken eingehen. Wie die Jungen bei uns, die zu schnell Auto fahren, denken wenige über die Gefahren ihres Handelns nach. Die Bedürftigsten sind die in den Herkunftsländern zurückbleibenden Menschen. Darin besteht die Herausforderung unserer Zeit, die durch Weichherzigkeit gegenüber der Migration nicht zu bewältigen ist. Es gibt somit von beiden Seiten, der des Eigeninteresses wie der des Mitgefühls, Gründe für eine Obergrenze der Migration.»

Obergrenze — «Wer illegal einreist, soll keinen Vorteil erhalten. Unsere Generosität ist tödlich. Deshalb braucht es eine verbindliche Obergrenze für die Immigration, festgelegt von den jeweiligen Aufnahmeländern. In Europa



«Unsere Generosität ist tödlich»: Oxford-Professor Collier.

leben wir in Demokratien, die Festsetzung der Limiten soll einem normalen demokratischen Vorgehen folgen.»

Lotterie — «Es gibt verschiedene Möglichkeiten, eine Auswahl zu treffen. Eine sehr vernünftige Art ist eine Kombination von Lotterie und Punktesystem. Der Vorteil einer Lotterie: Jeder sieht, dass dieses Verfahren fair ist. Es wird in verschiedenen Ländern schon praktiziert. Die USA zum Beispiel verlosen Green Cards. Die Niederländer verlosen sogar Zutritte zur Medizinhochschule, was ich persönlich etwas verrückt finde. Aber prinzipiell finde ich es fair, dass man die Vergabe von etwas, was viele wollen, aber nur wenige haben können, durch das Los entscheidet.»

«Das Auswahlverfahren soll komplett unter europäischer Kontrolle liegen.»

Punktesystem — «Bei der Immigration gilt es sowohl das Interesse der Ziel- als auch das der Herkunftsländer im Auge zu behalten. Aus Sicht der europäischen Bevölkerung ist es besser, hochqualifizierte Arbeiter ins Land zu lassen als ungelernete Arbeiter und abhängige Personen. Das soll durch ein Punktesystem

gewährleistet werden. Kanada und Australien sind die Einwanderungsgesellschaften der jüngsten Zeit, sie waren die Ersten, die die Einwanderung auf Hochqualifizierte beschränkten und ein Bildungspunktesystem einführten, wobei sie durch Interviews besondere Fähigkeiten von Kandidaten eruierten. Die hervorstechenden Merkmale sind Qualifikation, Arbeitsmarktfähigkeit, kulturelle Herkunft und Schutzbedürftigkeit.»

Qualifikation — «Das wünschenswerteste Merkmal von Arbeitsimmigranten ist ihre Qualifikation oder entsprechende Befähigung. Im selben Mass, wie sich die Bildungsanforderungen innerhalb eines Landes erhöhen, sollte auch die Bildungsschwelle für Migranten angehoben werden.»

Arbeitsmarktfähigkeit — «Dem Einwanderungsverfahren soll eine von Unternehmen bearbeitete Komponente hinzugefügt werden. Länder, die Einwanderer nur mit Hilfe eines mechanisch angewandten Punktesystems auswählen, sind Ländern gegenüber, die darüber hinaus die Migranten genauer unter die Lupe nehmen, in der Regel im Nachteil, weil sie Menschen anziehen, die zwar die Anforderungen formal erfüllen, aber ansonsten ungeeignet sind.»

Kultur — «Kultur ist das, was die Auslandsgemeinden von den Einheimischen trennt. Je weiter der kulturelle Abstand ist, desto kleiner wird die Absorptionsrate der Auslandsgemeinde und infolgedessen auch die verträgliche Migrationsrate sein.»

Schutzbedürftigkeit — «Obwohl der Status des Asylsuchenden missbraucht wird, ist das Asyl als Kategorie von enormer Bedeutung. Indem sie bedrängten Gesellschaften helfen, bewahren einkommensstarke Gesellschaften ihre Selbstachtung. Gleichwohl gibt es beim Asylverfahren Spielraum für Reformen. Eine angemessene Migrationspolitik würde das Asylrecht auf jene wenigen Länder beschränken, die unter einem Bürgerkrieg, einer brutalen Diktatur, der Verfolgung von Minderheiten oder ähnlichen sozialen Belastungen leiden. Bürgern solcher Länder sollte rasch und grosszügig Asyl gewährt werden, allerdings verbunden mit einem zeitlich begrenzten Aufenthaltsrecht, das erlischt, sobald im Herkunftsland der Frieden wiederhergestellt ist.»

Europa wählt aus — «Das Auswahlverfahren soll komplett unter europäischer Kontrolle liegen, es wird von europäischen Botschaften durchgeführt, die Reisetickets werden von uns verteilt. Damit wird verhindert, dass korrupte Regierungen in den Herkunftsländern gewisse Bürger bei der Auswahl privilegieren.»

Illegale konsequent zurückführen — «Der legale Weg der Immigration funktioniert nur, wenn die illegale Immigration nicht belohnt wird. Jeder, der auf einem Schlepperboot kommt, sollte automatisch zurückgeschickt werden. Erst wenn das durchgesetzt wird, werden die Leute aufhören, die Flucht zu versuchen. Also muss man sehr rigorose Grenzkontrollen einführen und jeden illegal Eingereisten zurückführen.»

Interessen der Herkunftsländer — «Unsere Immigrationspolitik soll darauf ausgerichtet sein, dass sie armen Ländern hilft. Das kann nur gehen, wenn möglichst viele Leute in ihren Herkunftsländern selbst aufholen. Wenn wir dagegen alle jungen, gescheiterten, dynamischen Leute der armen Länder aufnehmen und ihnen helfen, bei uns ein massiv besseres Leben zu führen, hilft das den armen Ländern nichts. Deshalb gilt es zu beachten, dass es in den Herkunftsländern nicht zu einem Brain-Drain kommt. Mit anderen Worten: Jene, die nach Europa kommen, sollen sich neue Fähigkeiten aneignen und nach einer gewissen Zeit in ihre Heimat zurückkehren, wo sie ihr Know-how anwenden.»

Paul Collier: Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. Siedler, 2014. 320 S.

Nahost

Flucht aus der Verantwortung

Von Pierre Heumann — Die meisten arabischen Regime tun so, als ginge sie das Elend der übers Mittelmeer flüchtenden Nachbarn nichts an. Weshalb?



Wegschauen: Flüchtlingslager in Jordanien.

Der Massentod im Mittelmeer schockiert Europa. Allein in diesem Jahr hat die Flüchtlingstragödie bereits dreissigmal mehr Opfer gefordert als in den ersten Monaten des Jahres 2014. Politiker bekunden ihre Solidarität mit den Flüchtlingen. Die «europäische Apathie» sei nicht länger tolerierbar, meint zum Beispiel Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlamentes. In europäischen Städten werden Mahnwachen für die Toten organisiert, die Medien berichten ausführlich und mit grosser Anteilnahme über die Tragödie im südlichen Mittelmeer. Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon ruft die EU zur Solidarität und zu einer Beschleunigung der Hilfe auf.

Interessanterweise stösst das Schicksal der Flüchtlinge ausgerechnet in ihren Heimatländern auf kein grosses Interesse. In den arabischen und afrikanischen Medien wird die Katastrophe im südlichen Mittelmeer unter «ferner liefen» abgehandelt. Kritische Fragen, weshalb Tausende von Menschen das Risiko der Flucht übers Meer auf sich nehmen, werden nicht gestellt. Länder wie Jordanien, der Libanon und die Türkei bieten zwar denjenigen Asyl, die dem Bürgerkrieg in Syrien oder im Irak entkommen sind. Die Hilfe ist aber nicht das Resultat von Nächstenliebe. Vielmehr sind diese Länder nicht in der Lage, ihre Grenzen effizient abzuschirmen. Auf die Menschen, die sich im Libanon

oder in Jordanien in Sicherheit gebracht haben, warten denn auch keine Integrationsprogramme, sondern Ausgrenzungsmassnahmen. Solidarität mit Verfolgten sieht anders aus.

Obwohl ein Ende der regionalen Flüchtlingstragödie nicht in Sicht ist, lässt jetzt die Hilfsbereitschaft im Libanon oder in Jordanien nach. Deren Flüchtlingspolitik besteht neuerdings darin, den geflohenen Syrern die Zukunft auch im Asyl zu verbauen. In Jordanien dürfen sie nicht arbeiten. Deshalb müssen sich viele Kinder auf dem Schwarzmarkt verdingen, damit

Die panarabische Solidarität entpuppt sich als das, was sie ist: eine Floskel ohne Substanz.

die Eltern und die Geschwister wirtschaftlich überleben. Ähnlich ist es im Libanon. Dort müssen syrische Flüchtlinge neuerdings schwören, keinen Job anzunehmen, sobald sie sich bei den Behörden registrieren. Die reichen Staaten am Persischen Golf unternehmen nichts, um die Not der Araber zu lindern. Die sonst immer gerne und schnell angerufene panarabische Solidarität entpuppt sich einmal mehr als das, was sie ist: eine Floskel ohne Substanz.

Die meisten arabischen Regime tun so, als ginge sie das Elend der flüchtenden Araber nichts an. Sie weigern sich, Verantwortung zu übernehmen. Sie schauen weg, weil sie sonst zugeben müssten, dass die Not der Flüchtlinge durch die Unfähigkeit der Regierungen verursacht worden ist, und weil sie befürchten, das Chaos könnte auch in ihrem Land ausbrechen. Denn auch dort, wo noch Ordnung herrscht und die staatlichen Strukturen intakt sind, fehlt es oft an legitimen Institutionen. Transparenz und Respektierung der Menschenrechte bleiben für viele ein Traum. Wer nur von Europa, nicht aber von den arabischen Regime Taten fordert, nennt die Dinge nicht beim Namen.

Stossend ist es auch, dass ausgerechnet diejenigen Regime, die aufgrund ihrer Energieeinkommen über Milliardenvermögen verfügen, keine Solidarität zeigen. Im Staatsfonds der Vereinigten Arabischen Emirate liegen 773 Milliarden, in denjenigen Saudi-Arabiens, Kuwaits und Katars jeweils 757 Milliarden, 548 und 256 Milliarden Dollar. Aber niemandem kommt es in Doha, Abu Dhabi, Riad oder Kuwait in den Sinn, auch nur einen Mikro-Bruchteil dieser Gelder den Brüdern in Not zukommen zu lassen. ○

Wir sind schuld!

Von Henryk M. Broder —
Flüchtlinge, Bürgerkrieg,
Tote.



Wenn Sie derzeit in Deutschland punkten wollen, sei es bei Günther Jauch im Fernsehen oder bei einem Nachtstuhl in einem Sterne-Restaurant, dann müssen Sie nur sagen:

«Wir sind schuld!» Wir sind schuld, dass Millionen von Afrikanern aus Afrika flüchten – weil wir deren Fischbestände leergefischt haben. Wir sind schuld, dass Tausende im Mittelmeer ertrinken, weil wir uns abschnitten und Europa zu einer Festung ausgebaut haben. Wir sind schuld an den Zuständen in Somalia, am Bürgerkrieg in Syrien, am Zerfall Libyens, an den vielen Toten im Irak – weil wir uns überall einmischen. Oder weil wir uns eben nicht einmischen.

Nun, es mag etwas dran sein, dass «wir» uns besser im Irak und in Libyen rausgehalten hätten. Dann wären Saddam Hussein und Muammar Gaddafi noch immer an der Macht, und «wir» hätten in diesen Ländern weiter «stabile Verhältnisse» statt Chaos, Gewalt und Verbrechen. Oder auch nicht. Denn kein Mensch kann retrospektiv sagen, wie sich die Dinge entwickelt hätten. In jedem Fall aber gilt das neue «mea culpa»: Wir sind schuld! Und deswegen müssen wir alle, die zu uns kommen wollen, aufnehmen, es sei unsere «christliche Pflicht», unsere Herzen und Türen weit aufzumachen und unseren Reichtum zu teilen, wie es vor kurzem ein bekannter deutscher Journalist forderte, der selbst nicht einmal daran dachte, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Was in diesem Zusammenhang nicht zur Sprache kommt: Was ist aus den vielen Milliarden Euro, Dollar und Schweizer Franken geworden, die «wir» nach Afrika gepumpt haben? Und man muss sehr lange warten, bis jemand mal die Frage stellt, warum die reichen arabischen Staaten nicht intervenieren, die Flüchtlinge aufnehmen und für Ordnung vor der eigenen Tür sorgen. Sie haben genug Platz, viel Geld, allein, es fehlt der Wille. Wo bleibt die muslimische Solidarität, die sich immer dann machtvoll entfaltet, wenn Mohammed beleidigt wird? Man kann nicht tatenlos zusehen, wie Tausende ertrinken. Man muss nur wissen: Je mehr wir zu uns kommen lassen, umso mehr werden ihr Leben riskieren und verlieren, um zu uns zu kommen.

Und daran sind wir tatsächlich schuld.

Und zweitens kommt es anders

Von Kurt Schiltknecht — Wenn Politiker in den Markt eingreifen, unterschätzen sie, dass theoretische Konzepte oft nicht funktionieren. Statt mit Einsicht reagieren sie mit weiteren Regulierungen.

Viele wirtschaftspolitische Massnahmen verfehlen ihr Ziel, weil sie auf Modellen oder Konzeptionen basieren, in denen zu wenig berücksichtigt worden ist, dass sich das Verhalten der Leute mit dem Erlass der Massnahmen verändern kann. Nicht nur in kommunistischen oder sozialistischen Systemen bringen viele wirtschaftspolitische Massnahmen nicht die erhofften Ergebnisse. Viele Politiker nehmen zu wenig zur Kenntnis, dass Menschen keine passiven Wesen sind, die neue Regulierungen unreflektiert über sich ergehen lassen. Die Leute analysieren diese und versuchen dann, für sich das Beste herauszuholen. Insbesondere von Ideologien (ob grün oder rot macht keinen Unterschied) und von Gruppeninteressen getriebene Politiker sind selten bereit, solche Aspekte in ihre Überlegungen einzubeziehen. Sie würden sonst feststellen, dass sie mit ihren wirtschaftspolitischen Ansätzen ihre Ziele meistens nicht erreichen können.

Beispiele gefällig? Die Mieterverbände verdrängen, dass als Folge von Mietzinskontrollen das Interesse am Bau neuer Wohnbauliegenschaften sinkt. Wenn aber weniger Wohnungen gebaut werden, verschärft sich das Wohnungsproblem zusätzlich. Ähnlich verhalten sich die Gewerkschaften. Auch sie wollen bei Regulierungen im Arbeitsmarkt nicht wahrhaben, dass die immer wieder geforderte Verschärfung des Kündigungsschutzes zu einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften und damit zu einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes führt.

Negative Folgen überwiegen

Interessant sind die Reaktionen auf das Scheitern solcher Massnahmen. Statt nach den Ursachen zu suchen, werden zusätzliche Eingriffe und Regulierungen gefordert. Das geht so lange weiter, bis die schädlichen Folgen der Markteingriffe nicht mehr zu übersehen sind. Dass Interessengruppen nicht zugeben wollen, dass die Wirtschaft nicht immer in der in ihren Vorstellungen figurierenden oder im Modell angenommenen Art reagiert, kann noch verstanden werden. Wenn sich aber Notenbanken so verhalten, wird es problematisch. Statt zu überprüfen, weshalb die riesige Ausweitung der Liquidität im Anschluss an die Bankenkrise nicht zur erwarteten Belebung der Wirtschaft führte, haben die Notenbanken unter dem

Schlagwort des Quantitative Easing die Geldschleusen noch weiter geöffnet. Sowohl die amerikanische als auch die Europäische Zentralbank (EZB) halten stur an einem geldtheoretischen Modell fest, das vielleicht in normalen Zeiten richtig sein könnte. Sie wollen nicht einsehen, dass die exzessive Ausweitung der Liquidität und das Sinken der Zinssätze von der Wirtschaft nicht als positive Zeichen, sondern als Hinweis auf kommende Probleme interpretiert werden.

Die Verunsicherung ist riesig. «Wie geht es weiter?», ist wohl die in Wirtschaftskreisen am meisten gestellte Frage. Kaum jemand glaubt, dass eine Geldschwemme gute Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum schafft. Viele befürchten eine *bubble* auf den Finanz- und Immobilienmärkten oder eine Inflation.

Die negativen Folgen der Verunsicherung überwiegen die positiven Wirkungen, die ein etwas niedrigerer Realzins auf die Investitionen haben könnte. Die Notenbanken wären gut beraten, die Ungewissheit über die künftige monetäre Entwicklung auszuräumen. Während die amerikanische Notenbank dies inzwischen ein wenig versucht, pumpt die europäische Notenbank, von allem unbeeindruckt, weitere Milliarden in die Finanzmärkte.

Weltweit lässt sich beobachten, dass die Unternehmen die geschaffene Liquidität nicht für höhere Investitionen nutzen. Statt mehr zu investieren, werden immer höhere Dividenden ausgeschüttet und Aktienrückkäufe getätigt. Als Folge davon steigen die Verschuldungsquoten. Gleichzeitig können – zumindest kurzfristig – die Eigenkapitalrenditen gesteigert werden. Zusammen mit den unnatürlich niedrigen Zinsen führt dies zu einem Aktienkursanstieg, der Befürchtungen über einen künftigen Crash nährt. Die billigen Kredite verleiten aber auch viele Unternehmen zu Akquisitionen, die sich bei einem normalen Zinsniveau nicht rechnen würden. Dies alles trägt nicht zur Stabilisierung der Wirtschaft bei.

Wer sich in der Wirtschaft bewegt, realisiert schnell, dass das Quantitative Easing die Exponenten vor allem verunsichert hat. Die Einzigsten, die bisher profitiert haben, sind die überschuldeten Staaten und Investmentbanken. Und das freut zumindest die früheren Arbeitskollegen des EZB-Präsidenten.



Frankreich – zurück in die Zukunft

Von Hansrudolf Kamer — Vor drei Jahren am 6. Mai ist François Hollande zum 24. Präsidenten Frankreichs gewählt worden. Es war eine Protest-, keine Richtungswahl. Sein Vorgänger Sarkozy hatte abgewirtschaftet.



Nach 2013 könnte Frankreich wieder eine Protestwahl erleben. François Hollande ist der unpopulärste Präsident der Fünften Republik. Es gab eine kurze Verbesserung in den Meinungsumfragen

nach dem Terroranschlag auf die Zeitschrift *Charlie Hebdo*. Nun ist er wieder bei seinen alten Werten angelangt. Acht von zehn Befragten sind mit seiner Leistung unzufrieden.

Die Franzosen hatten Sarkozy loswerden wollen und Hollandes altlinkes Wahlprogramm in Kauf genommen. Sarko, der Freund der Schönen und Reichen, hatte den Glamour übertrieben, und seine Reformagenda hatte sich als heiße Luft entpuppt.

Nun, mit «Monsieur Normal» wurde es nicht besser, sondern schlechter. Auch mit den Frauengeschichten, die nach einem bestimmten Muster ablaufen. Wenn eine Neue kommt, rächt sich die Alte mit einem Buch. So Ségolène Royal, dann auch Valérie Trierweiler. «Merci pour ce moment» wurde ein Bestseller. Trierweiler bezeichnet Hollande als kalten, gefühllosen Fisch, einen Zyniker, der das Luxusleben liebt und sich über die Armen lustig macht. Die Schauspielerin Julie Gayet arbeitet zurzeit an ihren Notizen.

Mit einem solchen Privatleben ihrer Führungsgestalten können die Franzosen leben. Doch wenn die Politik das gleiche Muster zeigt, ist das etwas anderes. Hollande zauderte und zögerte. Im Wahlkampf hatte er der Finanzwelt den Krieg erklärt. Er machte den Franzosen vor, man könne zum Beginn der achtziger Jahre zurückkehren, als sein Vorbild und Mentor François Mitterrand zusammen mit den Kommunisten ein sozialistisches Experiment wagte.

Wie Mitterrand musste auch Hollande seinen Kurs korrigieren. Nach achtzehn Monaten mit Steuererhöhungen und steigender Arbeitslosigkeit setzte er die Regierung Manuel Valls ein, die sozialdemokratische Reformen verspricht. Alle Wahlen auf Gemeindeebene, in den Regionen und für das EU-Parlament gingen verloren. Der Front national überrundete die Sozialisten und stieg zur stärksten beziehungsweise zweitstärksten Partei Frankreichs auf.

Hollande flüchtete in die Aussenpolitik. Zuletzt besuchte er die Schweiz, doch auch hier

hatte er keine Vorstellung davon, wie er das ramponierte Verhältnis zum Nachbarland verbessern könnte. Weder bei den Steuerfragen noch bei der Personenfreizügigkeit hatte er eine intelligente Idee im Gepäck, über die zu diskutieren sich gelohnt hätte.

Die Intervention in Libyen war ein Fehlschlag, jene in Mali ein halber Erfolg. Was Syrien betrifft, so wurde er von Präsident Obama im Regen stehengelassen. Einen nachhaltigen Statusgewinn konnte Hollande sich nicht erarbeiten.

Frankreich wird zum europäischen Problemfall. Das Land erfüllt seit längerem die Bestimmungen des Euro-Stabilitätspaktes nicht mehr. Das Verfahren wegen Überschreitung der Defizitgrenze von drei Prozent war 2009 begonnen worden. Seither wurden die Fristen dreimal erstreckt – inzwischen ins Jahr 2017.

Kein Wunder, dass der deutsche Finanzminister Schäuble sich zu Wort meldete und in Washington maliziös bemerkte, Frankreich wäre froh, wenn es eine Troika hätte, die es zu schwierigen Entscheidungen zwingen würde. Die Bemerkung wurde in Gallien mit eisigem Schweigen quittiert.

Zu Beginn hatte Hollande versucht, die deutsche Vorherrschaft in der Europapolitik zu brechen und das sogenannte Austeritäts-Credo zusammen mit andern Gesinnungsgenossen

zu unterlaufen. Das Unterfangen führte nirgendwohin – Frankreich musste kleinlaut zurückstecken.

Im Grund aber ist er und sind viele Franzosen nach wie vor davon überzeugt, dass man zur alten Nestwärme zurückkehren kann. Das haben auch Sarkozy und die Konservativen erkannt, die nun einen modernisierten gaullistischen Paternalismus propagieren und damit hoffen, links und rechts die Stimmen zu maximieren.

Der Front national stellt dabei im französischen System keine wirkliche Gefahr dar. Auf absehbare Zeit hin werden sich die Etablierten immer gegen Marine Le Pen verbünden. Sie beziehen ihren politischen Sauerstoff gerade aus dieser fundamentalen Ablehnung. Frankreich wird auch keinen Islamisten wählen – wie das Michel Houellebecq in seiner herrlichen Breitseite «Soumission» als Szenario an die Wand malt.

«Kommunistischer Parteitrakt»

Sicher kann man sich natürlich nie sein. Denn Hollande ist immer für eine *gaffe* gut. So bezeichnete er jüngst die Wirtschaftspolitik des Front national als einen «kommunistischen Parteitrakt aus den siebziger Jahren». Was der Parteisekretär der Kommunisten umgehend als skandalös bezeichnete, und von Hollande verlangte er eine öffentliche Entschuldigung.

Die Kommunisten waren damals genügend «republikanisch», um in die erste Regierung Mitterrands einzutreten. Der Vergleich des Staatsoberhauptes untergräbt die Abwehrhaltung der Linken gegenüber dem Front national. Dabei gibt es durchaus Parallelen: Von der Anti-Einwanderungs-Polemik eines Georges Marchais bis zur Ausrichtung auf Moskau. Zurück in die Zukunft.



Zaudern und zögern: Präsident Hollande auf Staatsbesuch in der Schweiz, 16. April 2015.

Souveräner Halbsouveräner

Von Christoph Mörgeli

Der Kleinstaat geht zurück bis in die 1290er Jahre. Von einer felsigen Natur benachteiligt, musste er sich etwas einfallen lassen. Dank Innovationskraft, Durchhaltewillen und Fleiss wurde das Land zum wohlhabendsten der Welt – durch Finanzdienstleistungen und Tourismus. Obwohl unzweifelhaft Teil Westeuropas, konnte ein EU-Beitritt verhindert werden. Man erhebt weder Einkommens- noch Erbschaftssteuern und ist ziemlich nachsichtig gegenüber im Ausland begangenen Steuersünden. Die Staatsbürgerschaft wird etwa einem Dutzend Einwohnern verliehen. Pro Jahr.

Wir sprechen von Monaco. Das Geschäftsmodell des Fürstentums passte dem mächtigen Nachbarn keineswegs. Das seit je steuerhungrige Frankreich hält den kleinen Küstenstaat bis heute in einer Art Halbsouveränität. Anfang der 1960er Jahre versuchte die Regierung von Charles de Gaulle, die Aktienmehrheit an Monacos Radio und Fernsehen zu übernehmen. Dass immer mehr französische Firmen ihren Hauptsitz nach Monaco verlegten, war dem autoritären General ein Dorn im Auge. Doch der halbsouveräne Souverän Rainier Grimaldi verwies seinen französischen Staatsminister des Landes; zuvor soll er ihn bei einem erregten Auftritt gohrfeigt haben.

Nun setzte das mächtige Frankreich das kleine Monaco massiv unter Druck. Weil das Fürstentum seine Steuergesetze nicht den französischen anpasste, drohte Paris mit dem Boykott von Energie und Wasser. Am 12. Oktober 1962 marschierten Zollbeamte und Polizisten um Monaco auf. Die Zufahrtsstrassen wurden blockiert. De Gaulle verlegte ein Regiment ans Mittelmeer; es drohte die Annektierung. Der alte General spielte unverhohlen mit der militärischen Überlegenheit seiner atomaren Weltmacht. Der Fürst verliess sein Monaco demonstrativ nicht und bot dem Nachbarn die Stirn. Einen steuerlichen Kompromiss konnte der Halbsouverän nicht abwenden, doch bekräftigte ein neuer Staatsvertrag die Unabhängigkeit und territoriale Unveräusserlichkeit seines Fürstentums.

Die heutige Schweiz sollte vom damaligen Monaco lernen. Ein Kleinstaat muss der internationalen Gleichmacherei widerstehen. Denn er braucht nicht gleich lange Spiesse. Sondern längere Spiesse. Unsere Interessenvertreter sind hochbezahlt, um unsere Interessen zu vertreten. Wir erwarten von ihnen keine Ohrfeigen. Aber auch kein ständiges Ohrneigen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Spassbremse Schuldenbremse

Von Peter Bodenmann — Das Steuerhinterziehergeheimnis ist tot. Was fehlt, ist ein faktentreuer Nachruf.



Antizyklische Politik der intelligenteren Art: Banker-Legende Grübel.

Die Währungsspekulanten griffen im Winter 2014 die Schweiz an. Unterstützt von Blocher, Schiltknecht, Janssen, Hummler und Co. Jordan kippte um.

Die gleichen Währungsspekulanten griffen danach Dänemark an. In Dänemark blieben Regierung und Nationalbank hart. Die Währungsspekulanten mussten unverrichteter Dinge abziehen.

Auch die Nationalbank eines halbwegs gut aufgestellten kleinen Landes ist stärker als alle Währungsspekulanten dieser Welt zusammen. So wie dies Professor Hans-Werner Sinn seinen Studenten beibringt. In den neunziger Jahren stagnierte die Schweiz wirtschaftlich. 150 000 Arbeitsplätze gingen verloren. Erst als man die Politik des harten Frankens aufgab, erholte sich die Schweiz wirtschaftlich.

Zurzeit rutscht der Euro-Kurs immer tiefer in den Keller. Jordan und Co. haben nachweislich nichts unter Kontrolle, weil sie die Freigabe als alternativlos dargestellt hatten.

Die politischen Parteien haben noch nicht begriffen, was dies bedeutet. Während Baden-Württemberg und Bayern absehbar boomen, wird die Schweiz in eine Rezession rutschen.

Oswald Grübel spürt dies. Deshalb fordert er jetzt eine antizyklische Politik der intelligenteren Art.

Schritt 1: Die öffentliche Hand solle Geld aufnehmen, da sie auch für langfristige An-

leihen keine Zinsen bezahle, sondern weniger zurückzahlen muss, als sie sich ausleiht.

Schritt 2: Mit diesem Gratisgeld sollten Bund, Kanton, Gemeinden und ihre staatlichen und parastaatlichen Unternehmen Investitionen in die Zukunft vornehmen. Diese müssen nicht verzinst, sondern nur amortisiert werden.

Die bürgerliche Politik kannte in den vergangenen zwei Jahrzehnten zwei heilige Kühe. Erstens das Steuerhinterziehergeheimnis. Und zweitens die Schuldenbremse.

Das Steuerhinterziehergeheimnis ist tot. Bis heute hat niemand einen halbwegs anständigen und faktentreuen Nachruf geschrieben oder verfilmt.

Schwieriger wird es bei der Schuldenbremse. Diese müssten wir schon selber ausbremsen. Das geht nicht, weil die Schweizer Politik an ihr Geschwätz von gestern glaubt.

Der einzige Ausweg: Die Politik macht mit dem dank dem Mindestkurs geschaffenen Geld der Nationalbank einen Staatsfonds. Nach dem Vorbild Norwegens. Und dieser Grübel-Staatsfonds investiert einen Teil der vorhandenen 400 Milliarden Währungsgewinne in halbwegs rentable Zukunftsprojekte.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Ehrenrettung für Google

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn du viel Erfolg hast, bist du gut. Wenn du zu viel Erfolg hast, bist du Google.

Es ist acht Jahre her, dass Google vor dem Zusammenbruch stand. Denn in Chur und in Schaffhausen arbeiteten zwei entschlossene Männer an der Vernichtung des Konzerns.

«Google hat Angst vor uns», sagte 2007 Hanspeter Lebrument, der Bündner Präsident der Schweizer Verleger und Besitzer der *Südostschweiz*. Er kündete einen Angriff auf die Suchmaschine an.

«Was Google kann, können wir auch», sagte 2007 Norbert Neining, der Verleger der *Schaffhauser Nachrichten*. Er kündete eine selbstgemachte Alternative zu Google an.

Nun, es hat nicht richtig geklappt. Google macht in diesem Jahr einen Umsatz von siebenzig Milliarden und einen Gewinn von zwanzig Milliarden. Die zwei angsteinflössenden Widersacher aus Chur und Schaffhausen hinken noch leicht dahinter zurück.

Letzte Woche reihte sich die EU-Kommission in die Liste der Google-Gegner ein. Sie leitete Google eine Beschwerde wegen Verstosses gegen das Kartellrecht zu. Natürlich erhob sich darob zwischen Chur und Schaffhausen grosser Jubel. Ungewöhnlich lange fünf Minuten widmete beispielsweise die «Tagesschau» Googles «Zuviel der Macht». Der *Tages-Anzeiger* bemühte gar das Klischee des «unheimlichen Riesen».

Nun, dass die Medienhäuser Google seit je nicht leiden können, kann man verstehen. Googles Erfolg ist ihr Misserfolg. Die Suchmaschine hat ihre ehemals führende Rolle im Werbemarkt vernichtet. In den USA setzt Google heute einen Drittel des gesamten Werbevolumens um, mehr als alle Zeitungen zusammen. Noch dominierender ist die Stellung im Online-Werbemarkt. In den USA kommt Google auf einen Marktanteil von drei Vierteln, in Ländern wie Deutschland und der Schweiz sind es mehr als fünfzig Prozent.

Die EU, so scheint es, produzierte dennoch nicht viel mehr als einen populistischen Furz, der sich bald von warmer zu erkalteter Luft abkühlen wird. Denn die Kommission untersuchte nur einen Nebenaspekt des Google-Geschäfts, nämlich dessen Preisvergleichsdienst Google Shopping. Dort erlaubte sich Google, den eigenen Service auf der Site gelegentlich etwas besser als andere Angebote zu präsentieren. «Die Nutzer bekommen bei ihrer Suche nicht unbedingt die für sie relevantesten Preisvergleichsergebnisse zu sehen», mälte die EU-Kommission.

«Nicht unbedingt.» Nach dieser seltsamen Logik dürfte die Migros im Regal die eigenen



Besser als die anderen: Google.

Produkte auch nicht etwas besser platzieren als jene von Nestlé und Unilever.

Nun kann man einwenden, dass die Migros im Gegensatz zu Google kein Monopolist sei. Tatsächlich hat Google bei der Nutzung von Suchmaschinen einen gewaltigen Marktanteil. In der Schweiz zum Beispiel sind es 94 Prozent. Dahinter folgen Search.ch und Bing mit je zwei Prozent.

Damit sind wir beim springenden Punkt. Google ist kein Monopolist. Es gibt unzählige andere Suchmaschinen. Nur braucht sie niemand, weil sie nicht gut genug sind.

Besser als andere zu sein, ist jedoch nicht die Definition eines Monopols. Sonst wäre auch der FC Basel ein Monopolist, weil er dauernd gegen die andern gewinnt. Auch die sogenannten Monopolblätter der Verleger sind in diesem Sinne keine Monopole.

Machen wir dazu einen kleinen Test. Geben wir in verschiedene Suchmaschinen als Stichwort «EU-Kommission + Google» ein. Bei Google erscheint zuoberst die offizielle Seite der EU-Kommission mit dem Bericht zum Kartell-Fall 39 740 in Sachen Google. Bei Konkurrenten wie Bing, Yahoo und Search.ch erscheinen zuoberst zufällige Zeitungsberichte von *Computerwoche*, *Süddeutscher Zeitung* und *NZZ*.

Selbst bei schlechten News zu Google ist Google besser als die anderen.

Grosi Hillary

Von Beatrice Schlag — Trumpfkarte Weiblichkeit.

Die neuen Töne sind unüberhörbar. Schon bei ihren ersten Wahauftritten seit Ankündigung ihrer Kandidatur machte Hillary Clinton klar, dass sie beim zweiten Versuch, Präsidentin zu werden, nicht daran denkt, ihre Weiblichkeit unter den Scheffel zu stellen. Im Gegenteil. In New Hampshire, wo sie am letzten Montag mit Wählern sprach, konnte sie nicht oft genug betonen, wie Enkelin Charlotte, inzwischen sieben Monate alt, ihren Blick auf gewisse Dinge verändert habe. «Wir werden», sagte ein Wahlkampfexperte, «das Wort <Grossmutter> in nächster Zeit sehr oft von ihr hören.»



Noch vor sieben Jahren hatte Hillary Clinton im Wahlkampf angestrengt versucht, ihr Geschlecht nicht zum Thema zu machen. Erst, als sie ihren Rückzug als demokratische Kandidatin bekanntgab, sagte sie: «Wir haben diesmal die höchste und härteste Glasdecke nicht durchbrochen, aber sie hat Millionen von Sprüngen bekommen. Und wir hoffen und wissen alle, dass der Weg beim nächsten Mal etwas leichter sein wird.» Tatsächlich? Ist sieben Jahre später Weiblichkeit in einem Präsidentschaftswahlkampf plötzlich eine Trumpfkarte? Die demokratische Strategin Karen Skelton ist davon überzeugt: «Hillary tritt in einem Moment an, in dem die Frauen die treibende Kraft in der US-Wirtschaft sind: als Arbeitskräfte, als Konsumenten, als Mütter und als Pflegerinnen. Frauenthemen sind die Wirtschaftsthemen des 21. Jahrhunderts. Nur unsere Politiker scheinen das noch nicht bemerkt zu haben.»

Es ist nicht der einzige Grund, der Clinton auf Weiblichkeit setzen lässt: Nach vier Jahren als Aussenministerin unter Barack Obama muss sie niemandem mehr beweisen, dass politisches Geschick keine Frage des Geschlechts ist. Selbst wenn es um die oft gestellte Frage geht, wie alt denn für eine Präsidentschaft zu alt sei, hat Hillary möglicherweise einen Bonus, der gleichaltrigen männlichen Kandidaten abgeht: Von den wenigen weltbekannten Politikerinnen waren oder wurden die meisten Grossmütter, als sie ihr Land regierten: Golda Meir, Indira Ghandi und Margaret Thatcher. Unsere Vorstellung einer angesehenen Politikerin ist eine ältere Frau, kein junger Feger.

Leserbriefe

«Schweizer Geschichte muss an unseren Schulen weiterhin unterrichtet werden.» *Markus Heiniger*



«Dorn im Auge»: Maissen (l.), Blocher.

Geschichten und Mythen an der Schule

Nr. 16 – «Dinge, auf die man stolz sein kann»; Streitgespräch zwischen Thomas Maissen und Christoph Blocher

Maissen und Blocher sind sich in einem zentralen Punkt einig: Geschichte muss an unseren Schulen weiterhin unterrichtet werden. Sie zeigt uns auf, woher wir kommen, und hilft uns, zu verstehen, wer wir sind. Dass Geschichte (und Geschichten) genau dies leistet, habe ich nicht nur als Chansonnier und Vater schon längst verinnerlicht, sondern auch als Primarlehrer. Mögen die auf 470 Seiten (ein fast schon biblischer Umfang) festgehaltenen Kompetenzziele des Lehrplans 21 lauten, wie auch immer sie wollen, in meinem Unterricht werde ich so oder so weiterhin mit Geschichten und Mythen arbeiten wie etwa dem Schmied von Göschenen und seinem Bau der Teufelsbrücke. Denn wie will ich mit meiner Klasse Geschichte kritisch hinterfragen, ohne sie zuerst einmal fesselnd zu erzählen?

Markus Heiniger, Biel-Benken

Anlässlich des sehr lebendigen und informativen Streitgesprächs wurde bald klar, dass Herr Maissen ein Internationalist ist, der das Heil der Schweiz in ihrer Auflösung in der EU sieht. Wenn einer im Jahre 2015 Schengen noch als Erfolgsmodell erkennt und die EU als Friedensmacht, dann hat er den Anschluss an die Wirklichkeit verpasst. Aber wie für alle linken Utopisten ist auch für Herrn Maissen der

internationale Mythos unhinterfragbar und Anfangs- und Endpunkt seines Denkens. Die Realität ist unerheblich. Zu welcher Zeit sich Begriffe wie Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Freiheit und Neutralität tatsächlich herausgebildet haben, wird nie mit Sicherheit zu bestimmen sein. Sicher aber lange vor 1815 (Wiener Kongress), und sicher hat sich ihre Bedeutung im Laufe der Geschichte verändert. Herrn Maissen ist allerdings die schiere Existenz dieser Begriffe als gelebte Wirklichkeit ein Dorn im Auge. Deshalb müssen sie dekonstruiert, obsolet gemacht und ihre Verteidiger zu «nationalkonservativen» Hinterwäldlern abgestempelt werden. Er ist mitnichten der neutrale (sic!) Historiker, der zu sein er vorgibt. *P. Christ, per E-Mail*

Meisterleistung

Nr. 16 – «Im Reservat»; Kolumne von Andreas Thiel

Wieder einmal eine Meisterleistung von Andreas Thiel. Im kurzen Text findet man gleich mehrere Themen, ohne dass der Gedankenfluss stocken würde, allen voran die neue bolschewistisch per Dekret verordnete SRG-Steuer auf Kosten der Nicht-Fernsehzuschauer (Leuthard I), die Energiewende (Leuthard II), Steuer- und Ausgabenwahn des Bundes, Finanzdefizit, die Einwanderungspolitik – sieht jemand noch was? Mehr Thiels in den Medien könnten mehr bewirken.

M. Cias, Binz

Gezielte Sabotage

Nr. 16 – «Sittenbild mit Damen»; Alex Baur über die Zürcher Stadtpolizei

Ein Konflikt, Geltungswahn und Hass innerhalb unserer Exekutive sowie die gut funktionierende mediale Landschaft in der Schweiz haben unbescholtene Bürger öffentlich zu Kriminellen degradiert. Es ist beängstigend, dass einzelne Personen wie Peter Rüeegg und Cyrill Albisser, getrieben von Missgunst und Erfolgsdruck, das Leben der «Arbeitskollegen» gezielt sabotieren und zerstören können. Die Staatsanwaltschaft wird letztlich für den Todesstoss sorgen. Ein Fall mit einer solchen medialen Präsenz – und keinen greifbaren Verfehlungen? Wie soll der zuständige Staatsanwalt da das Gesicht wahren? Lieber Staatsanwalt – lassen Sie sich bei der Suche nach verwertbaren Straftatbeständen ruhig Zeit! Glücklicherweise ist Ihr Leben zwischenzeitlich nicht beeinträchtigt.

Daniel Kerschdorfer, Au

Komplexes in Schwarzweiss

Nr. 16 – «Der Biegsame»; Florian Schwab über Ruedi Noser

Die Denkbasis muss ideologisch sein. Es ist gerade eine Kunst des Denkens, komplexe Sachverhalte in schwarzweisser Form zu transportieren, das gelingt nur wenigen.

Andreas Schmied, Fräschels

Immer wieder Zufälle

Nr. 15 – «Gene sind nicht Schicksal»; Gottfried Schatz über das Erbgut

Es war mir eine grosse Freude, in der aktuellen Ausgabe einen Artikel von Gottfried Schatz vorzufinden. Bei ihm ist Naturwissenschaft Lebensfreude, Lebenskunst und Poesie – das Vorurteil einer «kalten» Wissenschaft, von schrullig-zerstreuten Professoren betrieben, wird von ihm Lügen gestraft. Unbedingt empfehlenswert sind auch sein Auftritt vom 12. August 2012 in der «Sternstunde Philosophie» (SRF-Videoportal) und natürlich seine Buchveröffentlichungen.

Daniel Oberer, Triengen

Der Autor beschreibt in seinem Artikel in einfacher Sprache eines der momentan spannendsten Forschungsgebiete der modernen Biologie: die Epigenetik. Leider macht er in seinem Text einen unglücklichen Verweis auf Jean-Baptiste de Lamarck, den Begründer einer heute als Lamarckismus bekannten Theorie. Lamarck postulierte die Erbllichkeit von während des Lebens erworbenen Eigenschaften, um damit die graduelle Evolution von Lebewesen zu erklären, und führte diesen Prozess auf einen angeborenen Trieb zur Steigerung der Komplexität eines Organismus

zurück. Damit lag er fundamental falsch. Adaption ist, auch unter Berücksichtigung von epigenetischen Vorgängen, ein passiver Prozess. Epigenetik ist die Erklärung dafür, wie Vererbung von Charakteristika stattfinden kann, ohne dass sich die Nukleotidsequenz der DNA verändert, und kein komplementärer Ansatz zu Darwins Evolutionstheorie, wie dies der Lamarckismus lange Zeit war. Auch die Epigenetik ändert nichts an der Tatsache, dass ein Bonsaibäumchen Samen produziert, aus welchen Nachkommen normaler Grösse entspringen.

Marco E. Weber, Tuttwil

Dieser sehr interessante Artikel zeigt den Wissensstand der Epigenetik in eindrucksvoller Weise auf. Es ist jedoch immer wieder von «Zufällen» die Rede, durch die unsere Gene Veränderungen erfahren. In diesem Zusammenhang wird die Frage nach der Ursache, durch die solche zufälligen Ereignisse zustande kommen, nicht gestellt. Das ist die Frage nach der immateriellen Seite unserer Existenz. So bleibt der Aspekt, dass die Gene von der Seele gesteuert werden, unberücksichtigt. Unser Verhalten, unser Bewusstsein wirken auslösend auf die chemischen Vorgänge im Körper.

Elfrida Müller-Kainz, D-Starnberg

Ich fand den Artikel so weit interessant. Das Leben allein mit der Wirkung von Genen zu erklären, das heisst, das Leben letztlich rein auf Materie zu reduzieren, ohne ein höheres ordnendes Bewusstsein, aber greift nicht. Der Autor schreibt: «Es besteht zwar kein Zweifel, dass jeder von uns eine von Genen gesteuerte biochemische Maschine ist [...]» Dann lässt er uns auch wissen: «Die moderne Biologie hat gezeigt, dass lebende Materie die komplexeste Materieform ist, die wir bisher im Universum gefunden haben!» Das erste Newtonsche Gesetz, die *lex prima*, ist Grundlage der modernen Physik. Es lautet: «Ein Körper verharrt im Zustand der Ruhe oder der gleichförmigen Translation, sofern er nicht durch einwirkende Kräfte zur Änderung seines Zustands gezwungen wird.» Salopp übersetzt, heisst das: «Materie ist stinkfaul und tut am allerliebsten gar nichts!» Und diese «stinkfaule Materie» soll nun einfach so, von sich aus, die «komplexeste Materieform» hervorgebracht haben, die wir bisher im Universum gefunden haben? Wer's glaubt.

Gion Ragaz, Uznach

Vollumfänglich ablehnen

Nr. 15 – «In geheimer Mission»; Hubert Mooser über das EU-Stromabkommen

Das kann und wird nicht gut ausgehen, denn da sind machtbesessene «Religions»-Führer und ideologisierte Bundesbehörden aus dem

leuthardschen Energiedepartement am Werkeln. Es ist augenfällig, wieso EU-Energiekommissar Cañete seinen Besuch bei Bundesrätin Leuthard grundlos abgesagt hat. Schon das Bestimmen – oder ist es bereits ein Befehl – der EU, dass die Schweiz zwanzig Prozent erneuerbare Energien von der EU aufgedrückt bekommt, ist eine Anmassung für unseren souveränen Nicht-EU-Staat. Was ist mit unseren sechzig Prozent Energie aus der Wasserkraft? Die Tatsache, dass in der EU die Wasserkraft nicht zu den erneuerbaren Energien gezählt wird, zeigt doch die ideologische Stossrichtung der Energiewende. Die mafiosen und vom Sozialismus geprägten EU-Verantwortlichen machen das Stromabkommen von den künftigen institutionellen Beziehungen abhängig. Dieser Weg muss vom gesamten Bundesrat vollumfänglich abgelehnt werden.

Egidio Cattola, Riehen

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Abzockerei der SRG gemeinsam stoppen**
Allianz gegen Billag-Mediensteuer wird immer breiter
- **Schweizer KMU in China**
Der sgv schnürt die Bande mit dem Reich der Mitte enger
- **Unternehmersteuerreform III**
Wenige nützliche Massnahmen für KMU

www.gewerbezeitung.ch

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man mit einem Tag Verspätung noch zum Geburtstag gratulieren?

Ursula Mehr, Zürich

Wenn Sie den Geburtstag eines Arbeitskollegen vergessen haben, reichen in jedem Fall ein «Sorry!» und verspätete herzliche Glückwünsche. Das ist immer noch besser, als gar nicht zu reagieren, und kommt in den besten Familien vor. Wirklich tragisch ist es aber bei der besten Freundin, den Eltern oder der Ehefrau. Hier muss es schon entweder ein gekonnter Hundeblick, eine herzerreissende Geschichte oder ein schönes Geschenk sein. Blumen kommen bei Frauen immer gut an, eine Kiste Wein oder Bier bei Männern. Und wenn Sie besonders dicke Eier haben, behaupten Sie bei allen, Sie hätten extra einen Tag später gratuliert, um nicht in der Masse unterzugehen. *Deborah Neufeld*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Solothurner Sozialfilz

Der Kanton Solothurn hat die Fürsorge professionalisiert und zentralisiert. Statt dass Kosten eingespart werden, laufen diese aus dem Ruder. Simple Grundsätze der Rechnungsführung werden chaotisch missachtet. Die Sozialindustrie profitiert, begünstigt durch einen dichtgewobenen SP-Filz. *Von Philipp Gut*

Wie lassen sich die steigenden Fallzahlen und die wachsenden Kosten in der Fürsorge reduzieren? Der Kanton Solothurn sah sich als Pionier, als er vor einigen Jahren das Sozialhilfesystem tiefgreifend umkrempelte. Zuständig sind nicht mehr die Gemeinden. Man schuf gänzlich neue Verwaltungseinheiten, die sogenannten Sozialregionen, in denen jeweils mehrere Gemeinden zusammengefasst sind. Die Profis in diesen neuen bürokratischen Schaltzentren lösten die kommunalen Angestellten und die lokalen Milizpolitiker ab. «Professionalisierung» und «Zentralisierung» lauteten die Stichworte. Den Stimmbürgern und Steuerzahlern versprach man verbesserte Qualität und geringere Kosten.

Ein gutes halbes Jahrzehnt nach der Einführung des neuen Systems lässt sich feststellen: Das Sozialwesen des Kantons Solothurn ist tatsächlich zu einem Modellfall geworden – aber ganz anders, als geplant und versprochen. Der Fall Solothurn zeigt vielmehr, wie man es gerade nicht machen sollte. Die Bilanz ist – trotz anhaltend guter Wirtschaftslage – ernüchternd: Es gibt deutlich mehr Sozialfälle als noch vor fünf, sechs Jahren. Und die Kosten sind geradezu explodiert.

Bürokratisches Perpetuum mobile

Hinzu kommt, dass die neue, zentralistische Organisationsform die Gemeindeautonomie massiv beschnitten hat. Ein Eingriff mit Folgen: Es herrscht eine Art organisierte Verantwortungslosigkeit, ein bürokratisches Perpetuum mobile, das sich dreht und dreht und dreht. Politische Korrekturen, auch solche beim Budget, sind für die Gemeinden kaum mehr möglich. Die Sozialbürokratie regiert – und die Sozialindustrie profitiert, auch dank feingesponnener, SP-lastiger Filzstrukturen (wir kommen darauf zurück).

Nehmen wir das Beispiel der Sozialregion Olten, der neben der Zentrumsstadt auch die Einwohnergemeinden von Trimbach, Winznau, Wisen und Hauenstein-Ifenthal angehören. Im Jahr 2008 schlossen diese fünf Kommunen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag ab mit dem Zweck, «ihre Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in den Bereichen Sozialhilfe, Vormundschaft, interinstitutionelle Zusammenarbeit und weiteren sozialen Aufgabstellungen» zusammenzulegen. 2009 nahm die Sozialregion Olten ihre Arbeit auf.

Wie die offiziellen Daten zeigen, sind die Fallzahlen fünf Jahre nach Beginn der Reform um rund ein Drittel gestiegen, ohne dass die Bevölkerung derart zugenommen hätte. Gab es 2008 gesamthaft noch 1490 Dossiers (Sozialhilfe) und Mandate (Kinder- und Erwachsenenschutz), so waren es 2013 bereits 1966. Das entspricht einer Zunahme um 32 Prozent. Die Zahl der Dossiers in der Sozialhilfe allein stieg von 994 auf 1325; ein Wachstum von 33 Prozent.

Einzelne Gemeinden verzeichneten sogar einen Zuwachs von zwei Dritteln oder mehr. Die kleine Gemeinde Winznau wies 2008 noch 38 Sozialhilfedossiers auf, 2013 waren es 62 (plus 63 Prozent). In Trimbach verdoppelte sich die Anzahl beinahe: von 217 auf 410 Dossiers (plus 89 Prozent).

In andern Sozialregionen sieht es nicht besser aus. Im kantonalen Durchschnitt stieg die Zahl der Dossiers und Mandate wie in der Region Olten um 32 Prozent, bei den Sozialhilfefällen betrug die Zunahme gar 36 Prozent.

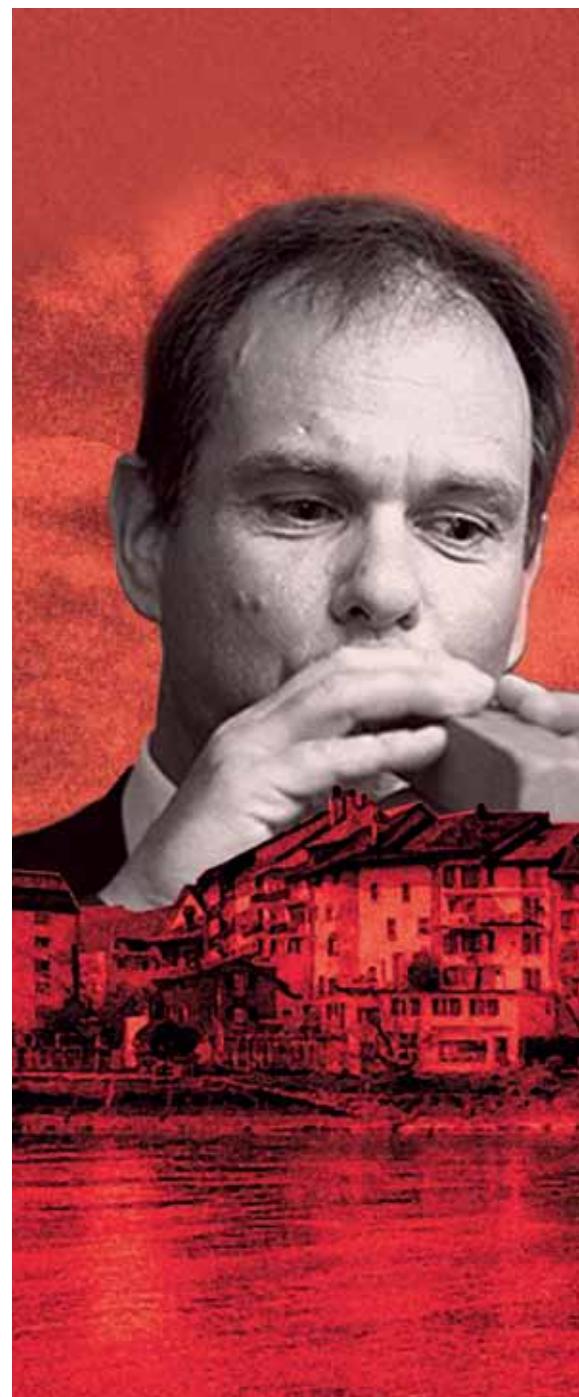
Kostenexplosion von über 50 Prozent

Noch weit stärker stiegen die Kosten. 2009 zahlte die Sozialregion Fürsorgeleistungen von etwas über 21 Millionen Franken. 2013, also vier Jahre später, lag der Betrag bei mehr als 32 Millionen. Das ist ein Wachstum um deutlich mehr als 50 Prozent.

Einzelne Ausgabeposten sind sogar förmlich in die Höhe geschneit. Die Kosten für stationäre Fremdplatzierungen stiegen von knapp 3,5 Millionen auf nahezu 8 Millionen Franken. Eine Zunahme von 129 Prozent!

Beunruhigend, aber bezeichnend für die Konstruktionsfehler des Systems ist die Tatsache, dass die Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Fallzahlen rasch aufholen: Die Kommunen, die mehr in den regionalen Sozialtopf einzahlen, als sie selber benötigen, haben auch immer mehr Fürsorgefälle zu verzeichnen.

Schliesslich führten die wachsenden Fallzahlen zu einem stetigen Ausbau der Verwaltung. Dabei ist ein Mechanismus eingebaut, der automatisch zu mehr Stellen in der Bürokratie führt, wenn die Sozialfälle zunehmen. Der kantonal gültige Stellenschlüssel legt nämlich fest, dass auf 100 Dossiers 125 Stellenprozent kommen, die «lastenausgleichswirksam» abgerechnet werden können. Das heisst: Die Sozialregionen können ihre Verwaltungs-



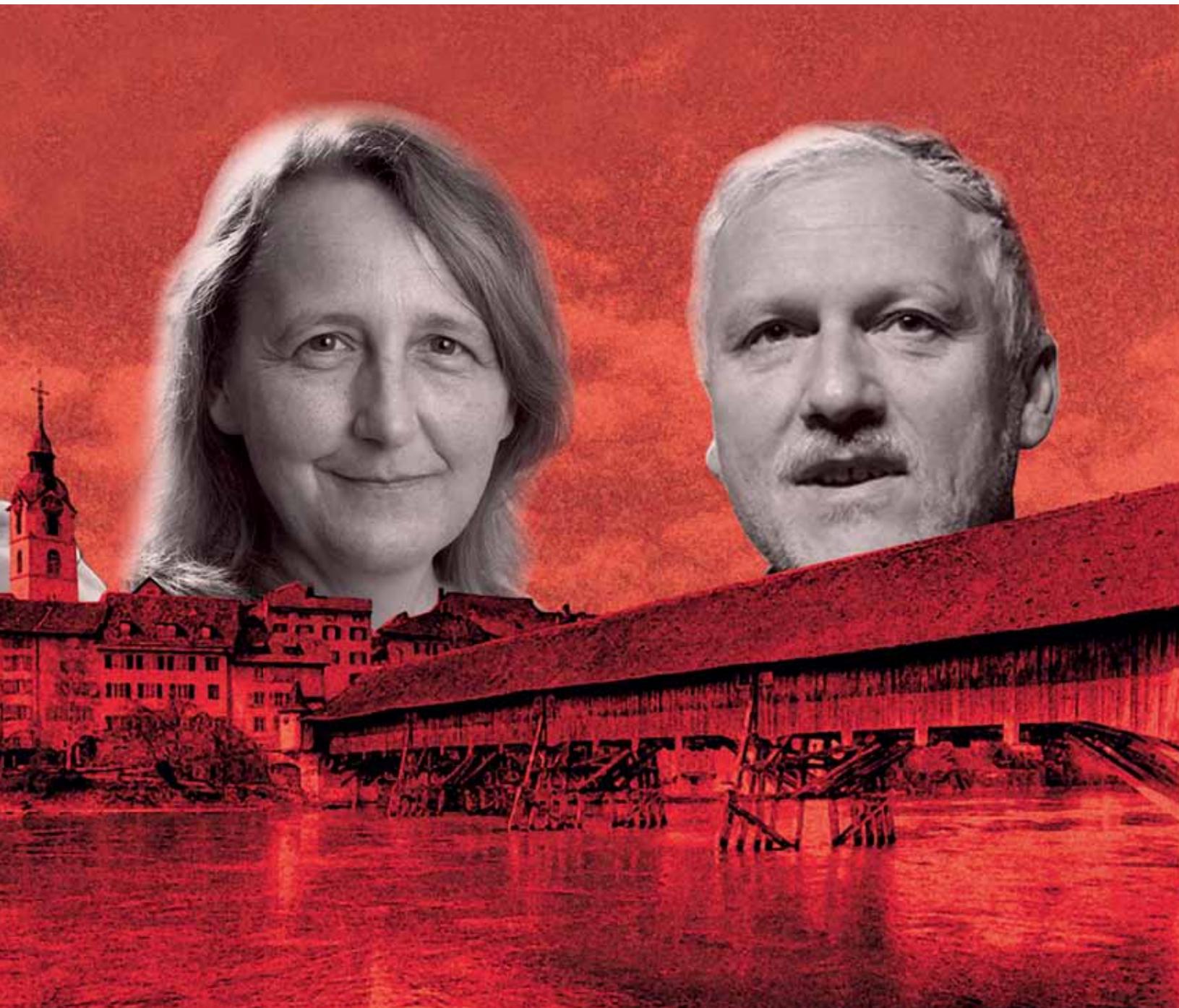
Von Genosse zu Genosse: Peter Schafer, Brigitte

stellen ausbauen, ohne dass sie dafür selber aufkommen müssten. Im Solothurner Sozialmodell zahlen immer die andern.

Die Hälfte der Dossiers ist fehlerhaft

Diese rasante Steigerung der Fallzahlen und Kosten fällt umso mehr auf, als die Wirtschaft brummt und die Arbeitslosigkeit anhaltend tief ist. Damit hat sich das eine Versprechen, das bei der Einführung der Sozialregionen abgegeben wurde, nicht erfüllt, im Gegenteil: Die Ausgaben sind nicht gesunken, sondern markant gestiegen.

Aber auch die vielgelobte Professionalisierung hat nicht die gewünschten Effekte gebracht. Eine Untersuchung förderte grosse Mängel punkto Fallführung, Rechnungslegung und interner Kontrolle zutage.



Kissling, Peter Gomm (alle SP).

So legte die Sozialregion vier Jahre lang einfach keine Rechnung vor. Willkommen in der Blackbox. Der Geschäftsführer der Sozialregion Olten Hans Peter Müller sowie der verantwortliche Stadtrat und Sozialvorsteher Peter Schafer (SP) hielten das schlicht für unnötig,

Die vielgelobte Professionalisierung hat nicht die gewünschten Effekte gebracht.

wie Schafer auf Anfragen aus dem Stadtparlament erklärte. Und als dann 2013 auf Druck der Legislative erstmals eine Jahresbilanz erschien, fand die Rechnungsprüfungskommission gravierende Fehler und Unterlassungen. «Bei rund der Hälfte der überprüften Fall-

akten wurden folgende Feststellungen gemacht», schreibt die Kommission:

«– Dossiers waren unvollständig, beziehungsweise zu einzelnen verbuchten Beträgen waren keine Belege vorhanden.

– Belege waren vorhanden, konnten jedoch nicht nachvollzogen werden, respektive verbuchte Beträge konnten nicht mit den ausgewiesenen Beträgen auf den Belegen abgestimmt werden.

– In den Dossiers waren zum Teil Belege vorhanden, welche nicht im System verbucht waren.»

Die Dossiers sollten «mit mehr Sorgfalt» geführt werden, mahnten die Prüfer. «Es muss sichergestellt werden, dass zu jeder Buchung ein entsprechender Beleg (Grundsatz: Keine Buchung ohne Beleg) vorhanden

ist. Aus dem Beleg sollte klar hervorgehen, welche Waren, Dienstleistungen etc. bezogen worden sind.» Nicht einmal diese einfachsten Regeln der Buchhaltung hielten die Sozialprofis demnach ein.

«Das Einmaleins beim Staat»

Die Missstände im neuorganisierten Sozialwesen waren so offenkundig, dass sogar Parteigenossen heftige Kritik an der Sozialregion Olten und an SP-Stadtrat Peter Schafer übten. Man sehe «wieder einmal klassisch, wie wichtig es ist, dass Rechnungen genau geprüft werden und Revisionen gemacht werden, weil durchaus auch mangelhafte Prozesse zum Vorschein kommen», sagte Christine von Arx (SP) in der Parlamentsdebatte letzten Herbst. «Ich muss sagen, dass ich erschüttert war, als

ich gelesen habe, dass fünfzig Prozent der Stichproben nicht korrekt geführte Dossiers waren.» Sie möchte dem Stadtrat und der Sozialregion ans Herz legen, «dass sie wirklich in sich gehen, ihre Abläufe prüfen und vor allem auch die Dossierführung. Das ist das A und O, das Einmaleins beim Staat», so die kritische Genossin weiter. «Wenn man dies nicht beherrscht, ist man am falschen Ort.» Wohl wahr.

Doch geändert hat sich bis heute kaum etwas. «Wir haben nie eine klare Antwort über die Ursachen erhalten», sagt Urs Knapp, FDP-Fraktionspräsident im Oltner Gemeindeparlament. SP-Sozialvorsteher Peter Schafer gilt als gewiefter «Teflonpolitiker», der alles an sich abprallen lässt und jede Kritik weglächelt. Es ist ein offenes Geheimnis in der Aarestadt, dass der Teilzeitlokomotivführer seit Jahren sein Amt genießt, ohne sich um lästige Details zu kümmern. Starker Mann im Sozialdepartement ist der erwähnte Hans Peter Müller, der auch die Geschäfte der Sozialregion Olten führt. Mit dem milden Schafer und dem forschenden Müller steht ein sich ergänzendes Duo an der Spitze der Oltner Sozialbehörden, welches das eigene Reich mit einem gewissen Machiavellismus geschickt verteidigt und Kritiker immer wieder auflaufen lässt.

Zu den Profiteuren des auswuchernden Oltner Sozialdschungels gehören neben der steigenden Zahl von Sozialarbeitern und Beamten auch eine Vielzahl von privaten Firmen oder Stiftungen. Die teils happigen Beiträge an diese im sozialindustriellen Speckgürtel angesiedelten Organisationen haben wesentlich zur fulminanten Kostensteigerung beigetragen.

Dabei kommen auffällig oft Genossen zum Zug, wie sich bei näherem Hinsehen zeigt. Sozialdemokraten dominieren die ganze Nahrungskette. Zuerst steht SP-Regierungsrat Peter Gomm, Vorsteher des Departements des Innern und Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren. Auch Gomm ist ein Oltner, er war Mitglied des Gemeinde-

Zu den Profiteuren gehören neben Sozialarbeitern und Beamten auch private Firmen.

parlaments und Präsident der SP-Bezirks- und Amtspartei. Eine Stufe tiefer kommt Peter Schafer, der zusätzlich zu seinem Amt als Oltner Sozialvorsteher für die SP im Kantonsrat sitzt.

Firma der SP-Präsidentin boomt

Interessant wird es bei den Empfängerorganisationen, wo die Roten ebenfalls stark vertreten sind. Die grössten Aufträge der Sozialregion Olten erhält der Verein WG Treffpunkt mit Sitz in Trimbach, der verschiedene Sozialdienstleistungen wie betreutes Wohnen für



Interpellation: Matthias Borner (SVP).

Jugendliche anbietet. Im Jahr 2014 bekam er 1 480 000 Franken aus dem Steuergeldtopf der Sozialregion. Gründer des Vereins ist der Sozialunternehmer und Genosse Kurt Widmer.

Der grösste Beitrag im Bereich sozialpädagogische Familienbegleitung geht an das Sozialatelier in Olten. Dieses erhielt dafür im letzten Jahr 301 000 Franken von der Sozialregion. Gründerin und Geschäftsleiterin der privaten Firma ist Brigitte Kissling, Co-Präsidentin der Oltner SP-Stadtpartei. Die diplomierte Sozialarbeiterin kennt nicht nur die Genossen an den politischen und Verwaltungsschaltstellen, sondern auch die Bedürfnisse und Gepflogenheiten des Sozialstaates aus erster Hand. Bevor sie ihr Unternehmen gründete, arbeitete sie selber in der Oltner Stadtverwaltung, und sie sass für die SP auch im lokalen Parlament. Just auf die Einführung der Sozialregionen hin gründete Kissling im Jahr 2009 ihre offensichtlich sehr erfolgreiche und expandierende Einzelfirma. Diese hat neben dem Sitz in Olten Zweigstellen in Grenchen, Solothurn und Dornach eröffnet und ist zusätzlich in den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Stadt und Baselland tätig. Meist im Auftrag des Staates. Und zu einem Stundenansatz von 120 Franken.

Intransparente Vergaben

Eine Anfrage der *Weltwoche* zum Umsatz des Sozialateliers und dem Anteil staatlicher Gelder, wollte Brigitte Kissling nicht beantworten: «Leider ist es so, dass die Medien meistens unseriös und aus dem Zusammenhang gerissen berichten. Daher stehe ich einer Auskunft skeptisch gegenüber.» Transparenz scheint in Olten ein Fremdwort zu sein.

Diese starken linken Seilschaften bedeuten natürlich nicht a priori, dass die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung ihre Genossen in der Sozialwirtschaft systematisch bevorzugen. Theoretisch könnten die von diesen angebotenen Leistungen ja tatsächlich die besten und günstigsten sein. Aber auszuschliessen ist der böse Verdacht nicht. Das Fehlen der Belege,

Im Modell der Solothurner Sozialregionen verschwimmen die Verantwortlichkeiten.

das die Rechnungsprüfungskommission festgestellt hat, zerstreut ihn jedenfalls nicht. Vor allem aber wird er durch die Tatsache genährt, dass selbst hohe sechsstellige Aufträge nicht öffentlich ausgeschrieben werden. Die Vergabe erfolgt stets freihändig, wie SP-Sozialvorstand Peter Schafer auf eine entsprechende Frage einer Interpellation von SVP-Gemeinderat Matthias Borner sagte.

Zur Begründung zitierte Schafer die Ausnahmebestimmungen des Submissionsgesetzes. Demnach müssen Aufträge nicht nach dessen Vorschriften vergeben werden, wenn «dadurch die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit gefährdet sind»; wenn «der Schutz von Leben oder Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen es erfordert»; und schliesslich wenn «bestehende Schutzrechte des geistigen Eigentums verletzt würden». Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes, der besonders kostspielig ist, werde das Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen «somit nicht angewandt».

Das scheint reichlich weit hergeholt zu sein. Auf welche der zitierten Kriterien er sich dabei beruft, machte SP-Schafer nicht deutlich. Es bleibt der Eindruck, dass hier eine intransparente Praxis mit fragwürdigen Argumenten verteidigt und verschleiert wird.

Olten als abschreckendes Beispiel

Die Misserfolge der Oltner Sozialpolitik sind exemplarisch. Sie illustrieren die schädliche Dynamik eines nur scheinbar professionellen Systems, das der Kontrolle und der Budgethoheit der Gemeinden weitgehend entzogen ist. Wer zahlt, befiehlt. Doch im komplizierten und unübersichtlichen Modell der Solothurner Sozialregionen verschwimmen die Verantwortlichkeiten. Die von der Leine gelassenen Sozialbehörden setzen eine Entwicklung des Immer-teurer und Immer-mehr in Gang. Die bestehenden Anreize und Entscheidungsstrukturen torpedieren jeden Sparwillen. Wer Geld ausgibt, wird belohnt. Das Ungeheuer gebiert immer neue Kinder. Wer spart, spart nicht für sich, sondern höchstens für die anderen. Das Solothurner Sozialexperiment ist lupenreine SP-Ideologie *in praxi*. Es scheitert krachend, aber bisher ohne grossen Widerhall. ○

Weniger Sennen, mehr Secondos

Der Schweizerpsalm soll einer Zeitgeist-Hymne Platz machen. Der Staatssender SRF stellt beste Sendezeit zur Verfügung für dieses fragwürdige und hochpolitische Projekt. Der verantwortliche Unterhaltungschef Christoph Gebel weicht aus. *Von Peter Keller*

Trittst im Casting daher. Das Projekt «Neue Schweizer Hymne» geht auf die Zielgerade. Sechs aus insgesamt 208 Vorschlägen wurden mittlerweile aussortiert, nach einem Online-Voting soll schliesslich aus den drei verbliebenen Neo-Hymnen der Nachfolger des heutigen Schweizerpsalms gekürt werden. Das Finale findet im Rahmen der Volksmusiksendung «Potzmusig» auf SRF statt. Dort wird der Sieger am 12. September präsentiert.

Diese Liaison wirft Fragen auf. Hinter dem Hymnen-Wettbewerb steht die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), eine private Organisation mit Stiftungscharakter. Sie erhielt weder einen politischen Auftrag, die bestehende Nationalhymne abzuservieren, noch lässt sich aus ihren Statuten ein solches Projekt überzeugend begründen. Trotzdem bietet das Schweizer Fernsehen und damit der faktische Monopolsender des Landes der SGG eine Plattform zur besten Sendezeit.

Wie kommt dieser Entscheid zustande? Wer hat beim Schweizer Fernsehen die Kooperation möglich gemacht? Im Rahmen einer Fernsehdebatte erzählte SGG-Geschäftsleiter Lukas Niederberger, die entsprechenden Kontakte seien über Christoph Gebel, oberster Unterhaltungschef des Schweizer Fernsehens, gelaufen. Dieser habe schliesslich grünes Licht gegeben. Ein erstaunlicher Vorgang. Was sagt Christoph Gebel selber dazu? Wie und nach welchen Kriterien hat sich das SRF für diese delikate Zusammenarbeit entschieden? Und erachtet Gebel diesen Wettbewerb mit Voting- und Casting-Charakter als adäquates Mittel, um eine neue Landeshymne zu finden?

Entscheid mit Segen der SRF-Direktion

Eine persönliche Antwort blieb der SRF-Mann zunächst schuldig. Vorgeschickt wurde die Kommunikationsverantwortliche der Sendung «Potzmusig». Die konkreten Fragen blieben unbeantwortet. Weder wurde zum Entscheidungsprozess Stellung genommen noch zum fragwürdigen Casting-Format. Auf abermaliges Nachhaken folgte ein spärliches Statement seitens Gebels. Die Entscheidung sei in seiner Abteilung und in Rücksprache mit der Direktion gefallen. Gleichzeitig beharrt Gebel darauf, beim «Potzmusig»-Auftritt handle es sich bloss um einen redaktionellen Beitrag, «in welchem weder ein Casting noch ein Voting stattfindet».

Eine ziemlich wacklige Abgrenzung. Gemäss SRF wird «Potzmusig»-Moderator Nico-

las Senn in der Sendung über den laufenden Hymnen-Wettbewerb «informieren» und das Publikum auf die Abstimmungsmöglichkeiten auf der SGG-Plattform «aufmerksam machen». Der *gmögige* Senn soll also «informieren» und «aufmerksam machen». Eine wenig geglückte Schlaumeierei: Das Schweizer Fernsehen führt das Casting beziehungsweise Voting nicht selber durch, aber verweist auf die Plattform der SGG. Man spielt bloss über die Bande, denn der Siegerbeitrag wird noch in der Sendung selber live zu sehen sein.

«Moderne Schweiz abbilden»

Gebel wiegelt ab, weicht aus, nicht zum ersten Mal – und nicht wirklich glaubwürdig. Bereits Ende 2014 sorgte ein internes Papier des Unterhaltungschefs für Aufsehen. Dort forderte Gebel nicht weniger als eine Neuausrichtung des Programms, und wie beim vorliegenden Hymnen-Casting mit dem Segen der obersten SRF-Geschäftsleitung. «Swissness vs. CH in Europa: Was heisst das für unser Programm?», fragte Gebel und lieferte die Antwort gleich selber: «Die Swissness ist <Teufelszeug>» (*Weltwoche* Nr. 47/14).

Zwar sei die Ausrichtung des Programms auf die Schweiz und ihre traditionellen Werte ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal gegenüber ausländischen Konkurrenzsendern,

so Gebel, doch dürfe die Swissness «künftig nicht mehr in gleichem (Über-)Mass zu reinem Selbstzweck eingesetzt werden». Es gebe «definitiv zu viele Kühe und Alpen im Programm». Sein Gegenentwurf: weniger Kitsch, mehr Aufklärung, weniger Sennen, mehr Secondos. Ziel sei es, «ein moderneres Bild der Schweiz abzubilden» – auch in den Unterhaltungssendungen. Erziehungsfernsehen von oben. Ein Rückfall in die links-pädagogischen SRF-Jahre unter Generaldirektor Peter Schellenberg.

Die Stossrichtung passt zu den Plänen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft: Auch sie will Wurzeln kappen, den Teufel «Swissness» austreiben. Der Text des 170-jährigen Schweizerpsalms, heisst es in einer Erklärung der SGG, sei zu sperrig und entspreche nicht mehr der Realität: «Die Schweiz wird nicht in ihrer heutigen politischen und kulturellen Vielfalt abgebildet.» Ein Ansatz ganz im Geiste Gebels. Wie das gelenkte Vorgehen. Die SGG gab die textlichen Leitplanken gleich selber vor: Die neue Hymne habe sich an der Einleitung der Bundesverfassung zu orientieren. Viel Schweiz oder Poesie findet sich in dieser Präambel nicht. Eher Kaugummi in Buchstabenform. Austauschbar und ohne Seelengeruch – wie die von Gebel angedachte Neuausrichtung des Schweizer Fernsehens. O



Kaugummi in Buchstabenform: SRF-Unterhaltungschef Gebel.

Berset allein zu Haus

Der Bundesrat streitet sich über die Frage, ob man die Pensionskassen von Negativzinsen ausnehmen soll. Gemäss einem vertraulichen Papier soll die Bundespensionskasse Publica gleich stark belastet werden wie alle anderen Vorsorgeeinrichtungen. Sozialminister Alain Berset sieht das ganz anders. *Von Hubert Mooser*

Es war das erste Treffen im Jahr 2015 zwischen dem Wirtschaftsausschuss des Bundesrats, dem Johann Schneider-Ammann (FDP), Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Doris Leuthard (CVP) angehören, und dem Direktorium der Schweizerischen Nationalbank (SNB) mit Thomas Jordan, Jean-Pierre Danthine und Fritz Zurbrugg. Und die illustre Runde hatte an diesem 30. März ein heikles Thema traktandiert: die Auswirkungen der Negativzinsen auf die Pensionskassen.

Viele Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und deren Versicherte machen sich Sorgen um die Altersguthaben, seit die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 15. Januar den Euro-Mindestkurs von Fr. 1.20 aufgehoben hat. Um den Franken für Anleger weniger attraktiv zu machen, belastet die Nationalbank nämlich gleichzeitig Bankguthaben auf SNB-Girokonten mit einer Negativverzinsung von minus 0,75 Prozent. Die Nationalbank belastet also einen Teil der bei ihr parkierten Bankguthaben mit einem Strafzins. Die Banken wiederum geben diesen weiter an ihre Kunden, darunter Pensionskassen. Die Folge: Das gesparte Rentengeld schmilzt, statt Zinsen abzuwerfen. Das betrifft aber nur private Pensionskassen.

Die Beamten-Pensionskassen, also öffentlich-rechtliche Einrichtungen, sind dagegen

aus dem Schneider. Denn hier fährt die SNB ein Sonderzüglein. Die Pensionskasse des Bundes (Publica) oder von Kantonen können ihre liquiden Mittel bei der SNB deponieren und werden nicht mit Strafzinsen belastet. Die Ungleichbehandlung von privat-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen gibt viel zu reden und bereitet den privaten Pensionskassen viel Verdruss. Der Schweizerische Pensionskassenverband (Asip) verlangt nun gleich lange Spiesse für alle. Wie aus einem vertraulichen Aussprachepapier zur Bundesratssitzung vom 15. April hervorgeht, verfolgt die SNB aber ganz andere Ziele.

Diskussionen bis zum Hollande-Besuch

So eröffnete die SNB-Spitze beim Treffen mit dem Wirtschaftsausschuss des Bundesrates im Büro von Wirtschaftsminister Schneider-Ammann folgende Überlegungen: Man habe erstens die Auswirkungen der Negativzinsen auf die Vorsorgeeinrichtungen vertieft geprüft. Zweitens plane die SNB nicht, Pensionskassen von den Negativzinsen auszunehmen. Und drittens sei man dabei, die von Negativzinsen ausgenommenen Konten bei der SNB von bundesnahen und öffentlichen Institutionen zu überprüfen und nach Gesprächen mit Betroffenen eine einheitliche und nachvoll-

ziehbare Regelung zu erlassen. «Es ist davon auszugehen, dass beispielsweise die Publica zukünftig gleich behandelt wird wie alle anderen Vorsorgeeinrichtungen», steht dazu im Aussprachepapier von Schneider-Ammann und Widmer-Schlumpf.

Das Papier trägt den Titel «Frankenstärke: Wirtschaftliche Lageeinschätzung und Handlungsoptionen». Es ist eine nachgebeserte Version jener verunglückten Analyse, mit der Schneider-Ammann und Widmer-Schlumpf am 25. Februar im Bundesrat abgeblitzt waren. Der Bundesrat verlangte damals zusätzliche Abklärungen zu den Auswirkungen eines länger anhaltenden Tiefzins-Regimes. Diese

Für den Sozialminister haben die Pensionskassen nicht zur Frankenaufwertung beigetragen.

haben Wirtschafts- und Finanzdepartement jetzt geliefert. Und zum Ausdruck kommt vor allem eines: Der Bundesrat ist in der Frage, ob man die Pensionskassen von Negativzinsen ausnehmen soll, arg zerstritten. Für eine weitergehende Diskussion fehlte am Mittwoch vor einer Woche aber die Zeit, weil der französische Staatspräsident François Hollande gleichentags in Bern aufmarschierte.

Im Juni will man weiterstreiten. Kurzum: Der Bundesrat tut sich schwer mit einer Entscheidung, während die angesparten Pensionskassengelder unter Druck geraten. Asip-Geschäftsführer Hanspeter Konrad warnte gegenüber der Wirtschaftszeitschrift *Bilanz*: «Die Negativzinsen belasten die Pensionskassen stark. Nun ist es für die Vorsorgewerke noch schwieriger, die notwendigen Renditen zu erwirtschaften.»

Laut dem Aussprachepapier sind aber auch Sozialminister Berset und sein Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) besorgt über die Auswirkungen der Negativzinsen auf die Pensionskassen. Bersets Sozialversicherungs-Experten haben ausgerechnet: Wollen die Pensionskassen ihren Deckungsgrad bis 2017 konstant halten, müssten sie eine durchschnittliche Anlagerendite von sechs Prozent erwirtschaften. Bersets Departement hält dies für ein sportliches Ziel. Auch wenn die Renditen in letzter Zeit gut gewesen seien, seien Rückschläge in Zukunft wahrscheinlicher. Die berufliche Vorsorge werde somit infolge der tiefen Zinsen über die Grenzen hinaus strapa-



Sportliches Ziel: Bundesrat Berset (SP).



Trübe Aussichten für eine Vielzahl der 2000 Pensionskassen in der Schweiz.

ziert. Den Banken würden von der Nationalbank bei den Negativzinsen Ausnahmen eingeräumt. Es sei nicht begründbar, wieso dies für zwangsgesparte Gelder, die für die Versorgung im Alter notwendig sind, nicht auch gelten soll, kritisieren Berset und sein BSV die Pläne der SNB.

Und was der Sozialminister besonders betonte: Pensionskassen hätten entgegen anderslautenden Aussagen nicht zur Frankenaufwertung beigetragen. Nun müssten diese Kassen wegen der Negativverzinsung bei ihren Investitionen Risiken eingehen, die vom Markt nicht entschädigt würden. Neben direkten Verlusten auf den liquiden Mitteln durch negative Zinsen würden diese riskanten Anlagen über kurz oder lang zu weiteren Verlusten führen. Keine schönen Aussichten also für eine Vielzahl der 2000 Pensionskassen in der Schweiz.

Berset weiss, wie man das Problem entschärfen könnte: Alle Pensionskassen sollen bei der SNB liquide Mittel parkieren dürfen, ohne dass sie dafür Strafzins bezahlen – so wie dies der Pensionskassenverband seit Monaten fordert. Das verlangten auch Parlamentarier während der Sonderdebatte des Nationalrates zur Frankenstärke in der Frühlingssession, zum Beispiel CVP-Nationalrat Gerhard Pfister (ZG). Der Bundesrat solle zusammen mit der Nationalbank eine Lösung vorschlagen, damit die SNB Gelder der institutionellen Anleger (Pen-

sionskassen) und der Sozialwerke (AHV-Ausgleichsfonds, Sparguthaben Säule 3a et cetera) ohne Negativzins entgegennehme, schlug Pfister vor.

Tiefe Zinsen, hohe Risiken

Die entscheidende Frage lautet: Soll der Bundesrat die Nationalbank ersuchen, im Bereich der Negativverzinsung Erleichterungen für die Vorsorgeeinrichtungen zu gewähren? In dieser Frage legen sich aber Schneider-Ammann und Widmer-Schlumpf quer. Die SNB sei unabhängig und dürfe keine Weisungen entgegennehmen, argumentieren sie in ihrem Papier. Weiter heisst es darin: Es gebe keine gesetzlichen Grundlagen für systematische Ausnahmen zugunsten von Vorsorgeeinrichtungen beim Instrument Negativzinsen. Schneider-Ammann und Widmer-Schlumpf sind überzeugt: Die «unmittelbaren Folgen der Zinssenkung für die Pensionskassen sind verkraftbar – auch wegen der guten Renditen im Vorjahr». Die Pensionskassen konnten ihre Wertschwankungsreserven aufstocken. (Das ist eine Art Notgroschen, um Kursschwankungen auf den Vermögensanlagen aufzufangen.) Auch im laufenden Jahr waren die Renditen laut dem Wirtschaftsminister und der Finanzministerin, insbesondere auf den Aktienmärkten, gut.

Weder Schneider-Ammann noch Widmer-Schlumpf sehen die Situation der Pensions-

kassen nur durch die rosarote Brille. Mittel- bis langfristig, so die Einschätzung, werde die Situation schwieriger. Fast die Hälfte der Vermögen der Kassen erwirtschaftete dann keine Renditen mehr. Schlimmer noch: Ein Ausweichen in Anlagen mit höheren Renditen und entsprechend höheren Risiken sei nur beschränkt möglich. Positive Renditen seien nur noch mit Aktien oder Immobilien erreichbar. Da gebe es aber nicht genügend Anlagemöglichkeiten im Inland. Trotzdem sträubt sich das Duo gegen eine Ausnahme für die Pensionskassen – weil dies die Effektivität des SNB-Instrumentariums Negativverzinsung schwächen könnte und damit eine Normalisierung des Wechselkurses und der Wirtschaftslage hinauszögere.

Eine wirksame Negativzinspolitik sei in der gegenwärtigen Lage von zentraler Bedeutung für die gesamte Wirtschaft. Sie reduziere den Aufwertungsdruck des Frankens und trage zu einer rascheren Rückkehr zu einer allgemeinen Normalisierung der Zins- und Wirtschaftslage bei. Die Pensionskassen leiden laut Schneider-Ammann und Widmer-Schlumpf wie alle Vermögensverwaltungen an einem allgemein tiefen Zinsumfeld und an den hohen Risiken auf hochbewerteten Anlagen. Es bestehe zurzeit kein Handlungsbedarf – das tönt, als hätte das Direktorium der Nationalbank dem Bundesrat am 30. März auch gleich die Sprachregelung diktiert. ○

Schweizer zahlen, Ausländer kassieren

Die Zahl der Studenten aus dem Ausland an hiesigen Hochschulen steigt rasant. Das kostet die Schweizer Steuerzahler jährlich Hunderte Millionen Franken. Der Nutzen für unser Land ist fraglich. Höhere Studiengebühren könnten eine Lösung sein. *Von Alex Reichmuth und Nicolas Bischof (Illustration)*

Die Regierung des Kantons Baselland soll prüfen, ob die Gebühren für Studenten aus dem Ausland an der Universität Basel deutlich erhöht werden können. Diesen Auftrag hat Ende März der Baselbieter Landrat verabschiedet. Baselland ist zusammen mit Basel-Stadt Trägerkanton der Universität Basel. Heute bezahlen Studenten aus dem Ausland an der Universität Basel 1700 Franken pro Jahr – gleich viel wie ihre Kommilitonen aus dem Inland. Im Vorstoss, den das Kantonsparlament mit 36 gegen 34 Stimmen überwiesen hat, ist indes von Gebühren in der Höhe von 8000 Franken für Studenten aus dem Ausland die Rede.

Der Vorstoss stammte von Patrick Schäfli (SVP). Er stört sich daran, dass Studenten aus dem Ausland die Schweizer Universitäten «überschwemmen» und hier «praktisch zum Nulltarif» studieren können. Die Studiengebühren seien zwar auch für inländische Studenten nicht annähernd kostendeckend, so der Kantonsparlamentarier. «Weltweit kommt man aber kaum irgendwo so günstig wie in der Schweiz zu einem Studium, ohne bisher hier Steuern bezahlt zu haben.» Bei inländischen Studenten würden zumindest die Eltern die Bildungskosten über ihre Steuerbeiträge mittragen. Es sei darum folgerichtig, so Schäfli, dass Studenten aus dem Ausland die Kosten ihres Studiums selber tragen würden.

Bei der Universität Basel kommt der Vorstoss aus der Landschaft nicht gut an. «Studiengebühren – egal, ob für Schweizer oder Ausländer – sind [...] nicht da, die Vollkosten zu decken, sondern sind als Beitrag zu einem Service public zu verstehen», schreibt die Universität auf Anfrage.

Kontingente an der ETH Lausanne?

Dieser «Service public» auch für Personen aus dem Ausland wird immer reger genutzt. Die Zahl der Studenten an Schweizer Universitäten, die ihre Vorbildung im Ausland genossen haben, ist in den letzten Jahren steil gestiegen. Waren 1999 erst 6216 sogenannte Bildungsausländer als Studenten an einer Schweizer Universität immatrikuliert, waren es letztes Jahr bereits 19 288 (Grafik 1). Innerhalb von nur fünfzehn Jahren hat sich ihre Zahl also mehr als verdreifacht. Prozentual hat sich der Anteil der fremdländischen Studenten in dieser Zeit von 8,1 auf 17,1 erhöht, also mehr als verdoppelt. Der Anteil der Bildungsausländer unter den Doktoranden an den Schweizer Universitäten ist noch höher. 2013 gab es von ihnen

sogar erstmals mehr als Doktoranden aus dem Inland (mit oder ohne Schweizer Pass). Und 2014 ist ihr Anteil weiter gestiegen: 52 Prozent aller Doktoranden kamen aus dem Ausland – insgesamt 12 302. 1999 lag ihr Anteil erst bei 34 Prozent.

Die einzelnen Universitäten weisen dabei einen sehr unterschiedlichen Anteil an Studenten und Doktoranden aus dem Ausland auf (Grafik 2). Am meisten Bildungsausländer gibt es an den Hochschulen, die sehr international ausgerichtet sind oder nahe der Landesgrenze liegen. An der Spitze liegt die Universität Lugano (Università della Svizzera italiana) mit 69 Prozent (Studenten und Doktoranden), gefolgt von der ETH Lausanne mit 53 Prozent, der Universität Genf mit 40 Prozent sowie der ETH Zürich und der Universität St. Gallen (je 36 Prozent). Den tiefsten Anteil Studenten und Doktoranden aus dem Ausland hat die Universität Luzern mit 14 Prozent. Am zweitwenigsten haben die Universität Bern und die Universität Zürich (je 18 Prozent).

An einigen Universitäten ist die Zahl der Bildungsausländer in den letzten Jahren besonders stark gestiegen. An der ETH Lausanne erhöhte sich der Anteil der Bachelor- und Masterstudenten aus dem Ausland zwischen 2000 und 2014 von 31 auf 51 Prozent. Unter den Doktoranden dieser Hochschule ist mittlerweile gar nur noch jeder Vierte ein Inländer.

Unter den Doktoranden der ETH Lausanne ist mittlerweile gar nur noch jeder Vierte ein Inländer.

Die ETH Lausanne hat wegen des grossen Zustroms angekündigt, Kontingente für Studenten aus dem Ausland einzuführen. Man könne nicht mehr weiter wachsen, argumentierte deren Präsident Patrick Aebischer im letzten Dezember. «Darum wollen wir, dass Schweizer Maturanden Vorrang beim Zugang zur Universität haben» (*Weltwoche* Nr. 51/14). Die Beschränkung ist pikant, weil Aebischer an vorderster Front gegen die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative kämpft.

Auch an der ETH Zürich stammen mittlerweile über zwei Drittel aller Doktoranden aus dem Ausland (68 Prozent). Der Anteil bei den Bachelor- und Masterstudenten liegt hier mit 22 Prozent vergleichsweise tief, hat sich aber innert der letzten zehn Jahre fast vervierfacht. Sehr hoch ist der Anteil der fremdländischen

Doktoranden auch an der Universität Genf (67 Prozent). Hier weist man auf die Grenznähe Genfs hin. Für viele junge Leute aus dem benachbarten Frankreich sei es logisch, in Genf zu studieren, weil es weit und breit keine andere Universität gebe. Zudem arbeiteten viele Menschen der grenznahen französischen Regionen in Genf und bezahlten hier auch Steuern, so die Universität Genf weiter.

Auch bei den Universitäten mit noch relativ wenigen Bildungsausländern nimmt deren Zahl zum Teil rapide zu. An der Universität Bern stieg der Anteil der Studenten aus dem Ausland (ohne Doktoranden) in den letzten fünfzehn Jahren von 5 auf 12,6 Prozent – eine Steigerung auf das Zweieinhalbfache. Speziell ist die Situation an der Universität St. Gallen, die auf Wirtschaftsfächer spezialisiert ist. Hier ist der Anteil der Ba-



«Grundprinzip unseres Universitätssystems.»

chelor- und Masterstudenten aus dem Ausland seit 1963 auf 25 Prozent beschränkt.

Unter den Besten der Welt

Der Zustrom an Studenten und Doktoranden aus dem Ausland an Schweizer Hochschulen erstaunt nicht. Einige von ihnen mögen zwar «Grenzgänger-Studenten» sein, insbesondere an den Universitäten Genf und Basel. Die meisten Bildungsausländer hat aber wohl der hervorragende Ruf der Schweizer Universitäten in unser Land gelockt. In Hochschul-Rankings erzielen die hiesigen Hochschulen regelmässig Spitzenplätze. Beim «QS World University Rankings» lagen die ETH Zürich letztes Jahr unter 800 Hochschulen auf Rang 12, die ETH Lausanne auf Rang 17, die Universität Zürich auf Rang 57 und die Universität Genf auf Rang 85. Im renommierten Schanghai-Ranking mit rund tausend klassierten Hochschulen war die ETH Zürich 2014 gar die einzige Universität aus dem nichtangelsächsischen Raum unter den besten zwanzig (Rang 19). Auch die Universität Zürich (56.), die Universität Genf (66.), die Universität Basel (90.) und die ETH Lausanne (96.) zählten hier zu den hundert besten Hochschulen der Welt.

Insgesamt lag die Schweiz im Schanghai-Ranking damit auf dem dritten Platz, hinter den USA und Grossbritannien, aber vor allen anderen Ländern Kontinentaleuropas.

Was bezahlen Studenten aus dem Ausland, um in den Genuss der Ausbildung an einer der Schweizer Spitzenuniversitäten zu kommen? Meist ist es genauso wenig, wie das Studium ihre inländischen Kollegen kostet: An der ETH Zürich, der ETH Lausanne sowie den Hochschulen Genf, Basel, Bern und Lausanne beträgt die Studiengebühr für Inländer wie Ausländer gleich viel, nämlich zwischen 500 und 850 Franken pro Semester. Einige Universitäten haben etwas höhere Gebühren für Studenten aus dem Ausland: An der Universität Zürich bezahlen sie 1269 Franken pro Semester (Inländer 769 Franken), an der Universität Luzern 1110 Franken (Inländer 810 Franken), an der Universität Freiburg 805 Franken (Inländer 655 Franken) und an der Universität Neuenburg 790 Franken (Inländer 515 Franken). Klar höhere Studiengebühren für Bildungsausländer kennen in der Schweiz nur die Universität Lugano mit 4000 Franken pro Semester (Inländer 2000 Franken) und die Universität St. Gallen mit 3126 Franken (für Bachelor-Studenten, Inländer 1226 Franken).

Klar ist, dass all diese Studiengebühren die effektiven Kosten nur zu einem Bruchteil decken. Die Kosten belaufen sich pro Student und Jahr in jedem Fall auf einen fünfstelligen Betrag. Am «billigsten» sind Studienfächer, die ohne teure Instrumente und Geräte auskommen, insbesondere solche der Geistes-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Laut dem Bundesamt für Statistik kostete 2013 ein Studienplatz in Ökonomie durchschnittlich 16 210 Franken pro Jahr. Gemäss der Universität Bern entstehen pro Student der Geisteswissenschaften an einer Schweizer Universität Kosten von 19 000 Franken. Teurer sind Studienplätze in Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie in Medizin. Nach Angaben der Universität Bern kostet ein Student in Naturwissenschaften an einer Schweizer Hochschule jährlich rund 60 000 Franken.

Argumente taugen nur bedingt

Schätzt man die durchschnittlichen Kosten pro Student, die von der Allgemeinheit zu tragen sind, vorsichtig auf 20 000 Franken, und geht man von total 20 000 Studenten aus dem Ausland an Schweizer Universitäten aus, ergeben sich 400 Millionen Franken. So viel kosten die Bildungsausländer an den Hochschulen die Steuerzahler jedes Jahr.

Ist dieser hohe Betrag gut investiert? Auf jeden Fall, heisst es an den Universitäten. Eines ihrer zentralen Argumente lautet, Bildung sei ein öffentliches Gut. Die Gleichbehandlung der Studierenden sei «ein Grundprinzip unseres Universitätssystems», schreibt die Universität Basel. An der Universität Genf hebt man hervor, die Hochschulen seien «Institutionen des Service public» und zählten zu den «Reichtümern» unseres Landes.

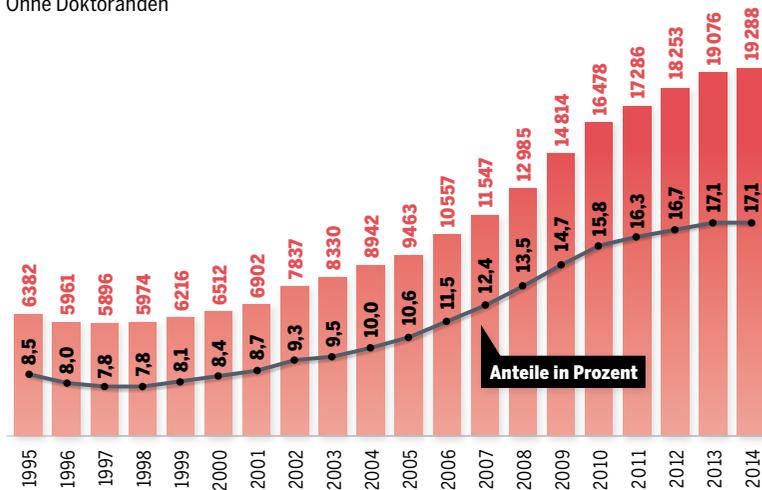
Vor allem argumentieren die Hochschulen aber, die Schweiz müsse froh sein über den Zustrom an Studenten aus dem Ausland. «Für eine Universität hat der internationale Austausch in Lehre und Forschung eine grosse Bedeutung», schreibt die Universität Bern, «davon profitieren schlussendlich auch die Schweizer Wirtschaft und die Gesellschaft.» Bei der ETH Zürich argumentiert man, zahlreiche ETH-Absolventen aus dem Ausland würden nach dem Studium in der Schweiz oder für ein Schweizer Unternehmen im Ausland arbeiten. «Angesichts des Fachkräftemangels gerade in den naturwissenschaftlich-technischen Berufen ist dies für die Schweiz unverzichtbar.» Unser Land habe «Probleme, hochqualifiziertes Personal zu rekrutieren», heisst es auch bei der Universität Lausanne. Blieben Studenten aus dem Ausland nach ihrer Ausbildung in der Schweiz, würden sich die entsprechenden Kosten lohnen. Und selbst wenn sie nicht blieben, stellten hier ausgebildete Wissenschaftler im Ausland «Botschafter der Schweiz» dar.

Das Argument, die Schweiz sei auf die externe Rekrutierung von Fachkräften angewie-



Bildungsausländer an den Schweizer Hochschulen

Ohne Doktoranden



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

Der Ausländeranteil an den Schweizer Hochschulen hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdreifacht.

sen, ist zwar populär. Um damit die massenhafte Ausbildung von fremden Studenten im eigenen Land zu rechtfertigen, taugt es aber nur sehr bedingt. Dazu muss man beachten, wie sich die Studenten und Doktoranden an Schweizer Universitäten auf die einzelnen Studienrichtungen verteilen. 17 Prozent von ihnen sind bei den Naturwissenschaften und den exakten Wissenschaften immatrikuliert, knapp 6 Prozent bei den Ingenieurfächern und rund 10 Prozent im Bereich Medizin und Pharmazie. An Abgängern dieser Fächer besteht in der Schweiz zum Teil tatsächlich ein Mangel. Aber insgesamt wird hier nur ein Drittel aller Studenten und Doktoranden ausgebildet. Einen weit grösseren Anteil haben Studienrichtungen, bei denen es heute in der Schweiz genug Absolventen gibt – nämlich diejenigen der Geistes- und Sozialwissenschaften (31 Prozent), der Wirtschaftswissenschaften (15 Prozent) oder der Rechtswissenschaften (11 Prozent).

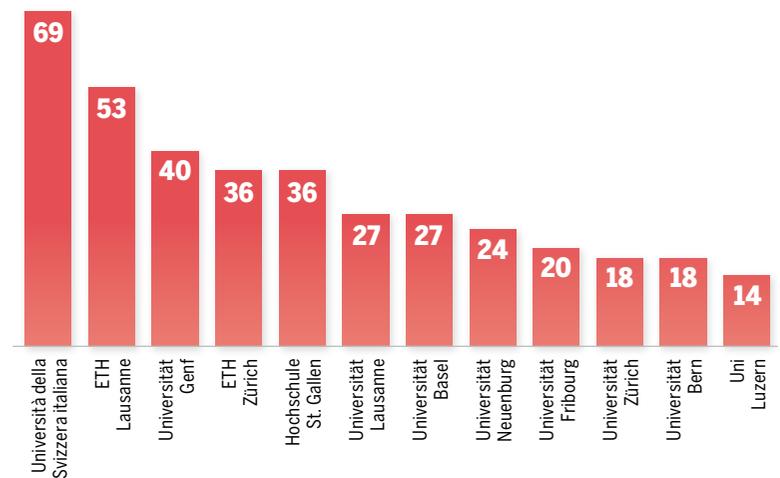
Angenommen, die Studierenden aus dem Ausland verteilen sich ähnlich auf die Fachrichtungen wie die Studentenschaft insgesamt: Dann bildet die Schweiz für jährlich Hunderte Millionen Franken mehrheitlich Akademiker aus, an denen es gar nicht mangelt. Im Gegenteil, meint der Baselbieter Parlamentarier Patrick Schäfli, diese bedrängten vielmehr die inländischen Absolventen auf dem Stellenmarkt. «Es findet also eine massive Konkurrenzierung der Schweizer Uni-Absolventen statt – durch Absolventen aus dem Ausland, die hier zu Discountpreisen ausgebildet wurden.»

Harvard: 80 000 Franken im Jahr

Das Argument, Universitäten gehörten zum Service public und müssten darum allen Studenten aus dem In- und Ausland offenstehen, ist ebenfalls ein zweiseitiges Schwert. Denn wenn es weder Zulassungsbeschränkun-

Anteil Bildungsausländer der einzelnen Hochschulen

Studenten und Doktoranden 2013, in Prozent



QUELLE: SWISSUNIVERSITIES

gen noch finanzielle Hürden gibt, stellen hiesige Universitäten Fluchtburgen für junge Leute dar, die im Ausland den Sprung an eine Hochschule nicht schaffen. Erinnert sei namentlich an den von deutschen Universitäten teilweise praktizierten scharfen Numerus clausus, an dem zahlreiche Studienträume scheitern. Ob der Zustrom von Studenten aus dem Ausland das Niveau an unseren Hochschulen erhöhe, wie oft behauptet wird, ist darum zweifelhaft. Das Gegenteil könnte zutreffen.

Die Schweiz bildet mehrheitlich Akademiker aus, an denen es gar nicht mangelt.

In anderen Ländern gibt es zahlreiche Universitäten, die offensichtlich kein Interesse haben an zu vielen fremden Studenten in ihren Vorlesungssälen – und diesen hohe Gebühren in Rechnung stellen. Bezeichnenderweise sind es oft Spitzenhochschulen, insbesondere im angelsächsischen Raum. So verlangt die renommierte Harvard University in den USA von Studenten aus dem Ausland umgerechnet happige 80 000 Franken pro Jahr. Die London School of Economics verlangt von Bachelor-Studenten ausserhalb der EU 15 000 Pfund pro Jahr, während die übrigen «nur» 8500 Pfund bezahlen. Im übrigen Europa sind es vor allem führende Wirtschaftshochschulen, die Studenten aus dem Ausland hoch belasten – so etwa die Stockholm School of Economics (16 979 Euro für Masterstudenten), die HEC Paris (22 500 Euro für Masterstudenten) oder die Esade in Barcelona (23 840 Euro für Masterstudenten).

Selbstverständlich kann man Studiengebühren, die ganz oder annähernd den wahren Kosten entsprechen, als asozial empfinden. Sicher braucht es zumindest Instrumente,

um jungen Menschen ohne entsprechende finanzielle Mittel ein Studium zu ermöglichen – sei es über Stipendien oder über rückzahlbare Kredite. Die Chancengleichheit in der Bildung gebietet solches.

Doch warum die Schweizer Universitäten ihr Bildungsangebot auch allen interessierten Studenten aus dem Ausland zu symbolischen Kosten offenhalten müssen, ist nicht einzu- sehen. Gerade in Zeiten, in denen die EU versucht, Schweizer Studenten aus ihren Bildungsprogrammen auszuschliessen, um unser Land für seinen eigenständigen Kurs abzustrafen, müssen sich Schweizer Hochschulen nicht verpflichtet sehen, ihren Service public dem ganzen Kontinent anzubieten.

Ausländerquote an der Uni St. Gallen

Das bedeutet nicht, dass man sich an den Universitäten dem Zustrom aus dem Ausland völlig verschliessen sollte. Aber gerade weil die Schweizer Hochschulen spitze sind, könnten sie selbstbewusst unter den Studienbewerbern aus dem Ausland diejenigen aussuchen, die wirklich zur Erhöhung des Niveaus beitragen – und von diesen auch einen angemessenen Preis verlangen.

Die Universität St. Gallen (HSG) scheint eine der wenigen Universitäten der Schweiz zu sein, welche die Zeichen der Zeit erkannt hat. Sie verlangt von Studenten aus dem Ausland einerseits – wie erwähnt – weit mehr als doppelt so viel Gebühren wie von Inländern. Andererseits kann sie – wegen ihrer Maximalquote von 25 Prozent an Studenten aus dem Ausland – die besten unter ihnen aussuchen. Wegen der «grossen Bewerberzahl», schreibt die HSG, «können sehr talentierte Studierende selektioniert werden, die wiederum einen positiven Einfluss auf das Qualitätsniveau des Studiums haben».

Mehr zum Thema: Seite 41

Unis: Wenig Interesse an der Schweiz

Schweizer Hochschulen werden grossenteils von Bürgern und Steuerzahlern getragen. An vielen Universitäten denkt man aber selten an diese Umgebung.

Von Beat Gygi

Was tun Schweizer Universitäten für das Land, für die Umgebung, in der sie angesiedelt sind, für die Bürger und Steuerzahler, von denen sie ihr Geld erhalten? Als die ETH Zürich 1855 unter dem Namen «Polytechnikum» gegründet wurde, waren die Erwartungen an die neue Institution klar: In der Schweiz gab es eine grosse Nachfrage nach Ingenieuren, um Strassen, Eisenbahnen, Wasseranlagen, Kraftwerke, Stromnetze und Häuser zu bauen, die Industrie zu entwickeln und neben der Lehre auch die entsprechende Forschung voranzubringen. Um diese Nachfrage zu befriedigen, war die ETH gegründet worden.

Heute zeigt das Selbstverständnis der ETH Zürich ähnliche Züge wie damals, auch wenn die Institution viel internationaler geworden ist und wissenschaftliche Ranglisten sowie die Forschung stark an Gewicht gewonnen haben. Auf ihrer Website betreibt die Schule unter der Rubrik «Wirtschaft und Gesellschaft» etlichen Aufwand, um dem Publikum darzulegen, was sie für die lokale Umgebung tut. Zuerst stehen die Themen «Industry Relations», «Forschungsprojekte mit der Industrie» und «Lizenzangebote, Technologien», dann kommt eine Übersicht über Erfindungen, Lizenzen und Patente sowie über Firmen-Neugründungen, die aus ETH-Innovationsprozessen entstanden sind.

Vernachlässigung der Geschichte

Diese sogenannten Spin-offs haben sich zusammen mit den Zahlen zu den Kooperationen mit der Schweizer Industrie zu einer Art Indikator für den Wissenstransfer zwischen der Hochschule und der umliegenden Wirtschaft entwickelt. Im ETH-«Firmenalbum» werden rund 250 Spin-offs dargestellt, darunter herausragende Erfolgsbeispiele wie der an die Weltmarktpitze vorgestossene Sensorproduzent Sensirion oder die Softwarefirma U-Blox.

Grell ist der Kontrast zwischen der Technikwelt und philosophischen Fakultäten, etwa dem Fach Geschichte an Schweizer Universitäten. Tobias Straumann, Titularprofessor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Basel und auch an der Universität Zürich tätig, kritisierte kürzlich die Arbeit und Rolle der Schweizer Historiker in gesellschaftlichen Debatten. Mit den Worten: «Die Historiker der Universitäten verweigern sich der Diskussion», wies er darauf hin, dass die Vernachlässigung der Schweizer Geschichte zu ernsthaften

Mängeln im Ausbildungssystem führe. Er vermisst, dass die Universität auch den Auftrag des Steuerzahlers ernst nimmt. Zudem sehen viele Historiker seiner Ansicht nach die Chancen nicht, die sich ihnen im Jubiläumsjahr zu Morgarten (1315), Marignano (1515) und dem Wiener Kongress (1815) bieten, ihr Fach der Öffentlichkeit näherzubringen.

Verhaltene Ökonomen

Und wie sieht es in Bereichen aus, in denen es um viel Geld und folgenreiche gesellschaftliche Entscheide geht, in der Wirtschaft und in der Wirtschaftspolitik? Aussenstehenden Beobachtern fällt jedenfalls auf, dass sich Ökonomen relativ selten in der Öffentlichkeit zu wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Fragen äussern – zumindest gemessen an der Zahl der Ökonomieprofessoren an Schweizer Universitäten. Zu Themen im Zentrum gesellschaftlicher Debatten wie zur Minder-Initiative, zur Initiative gegen Masseneinwanderung oder zur Beurteilung der bilateralen Verträge haben sich nur wenige Ökonomen mit Analysen und Meinungen zu Wort gemeldet.

Zu den bekannteren Namen der jüngeren Generation zählen in dieser Hinsicht etwa Reiner Eichenberger, Ökonomieprofessor an der Universität Freiburg, Monika Büttler

(Universität St. Gallen), Jan-Egbert Sturm (Leiter KOF ETH), Christoph Schaltegger (Universität Luzern) oder Mathias Binswanger (Fachhochschule Nordwestschweiz). Straumann deckt das Thema Wirtschaftsgeschichte ab. Öffentliche Wortmeldungen kommen aber vor allem auch von etlichen emeritierten Ökonomieprofessoren, darunter Bruno S. Frey (Universität Zürich), Silvio Borner (Basel), Kurt Schiltknecht (Basel und Nationalbank) – letztere zwei auch als *Weltwoche*-Kolumnisten –, Peter Bernholz (Basel), Ernst Baltensperger (Bern), René Frey (Basel) oder Franz Jaeger (St. Gallen).

Bloss Ablenkung

Ziemlich nah am Publikum ist die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich unter der Leitung von Sturm. Die KOF ist mit ihren regelmässigen Konjunkturprognosen, Industrieumfragen, Bauprognosen und einem ganzen Set von Konjunktur- und Branchenindikatoren stark auf Dienstleistungen für «Konsumenten» ökonomischer Daten und Analysen ausgerichtet. Dahinter steht unter anderem der hoheitliche Auftrag an die ETH, die Institutsleitung sieht dies aber nicht als Einschränkung, sondern als sinnvolle Spezialisierung in der Schweizer Hochschul-landschaft.

Die meisten mitten in ihrer Karriere stehenden Wissenschaftler sind indessen so stark auf das Rennen um Publikationen in internationalen Zeitschriften und damit auf international gängige Themen fokussiert, dass sie eine Beschäftigung mit Schweizer Problemen als Ablenkung empfinden.

Nur einige Minuten von der ETH entfernt ist das Department of Economics (Volkswirtschaftslehre) der Universität Zürich, das sich seit den neunziger Jahren mit zahlreichen hochrangierten Publikationen an die internationale Spitze der ökonomischen Disziplin vorgearbeitet hat. Zum atemberaubenden Aufstieg haben Bruno S. Frey und Ernst Fehr, heute in der Institutsleitung, erheblich beigetragen.

Heute stellt die Abteilung mit rund 25 Professoren und zahlreichen Forschungsstellen eine Art Kraftzentrum der Ökonomie dar, von dem die Umgebung freilich nicht besonders viel spürt. Schweizer Themen spielen eine relativ geringe Rolle, und es sind auch kaum mehr Schweizer unter den Professoren des Zürcher Vorzeige-Instituts. ○



«Historiker verweigern sich»: Straumann.

Anatomie eines Monsters

Aufgrund von Intrigen bespitzeln Ermittler der Stadtpolizei Zürich ihre Kollegen von der Sitte. Die Korruptionsvorwürfe lösen sich schnell in Luft auf. Statt das Verfahren einzustellen, weiten die Behörden dieses mit konstruierten Verdächtigungen aus. Teil 3. Von Alex Baur und Monique Baumann (Illustration)

Ein lauer Frühsommerabend, wir schreiben den 6. Juni 2013. Um 19.06 Uhr setzt sich ein Paar an einen Zweiertisch vor dem Restaurant «Pergola» in Zürich Aussersihl. Christian J. und seine Begleiterin plaudern angeregt, mal auf Spanisch, mal auf Deutsch, über Konzerte, alte Bekannte, von Reisen durch Südamerika. Die Frau berichtet von ihrem Deutschkurs für Fortgeschrittene und ihrem Sohn, den sie in Kolumbien zurückgelassen hat.

«Die beiden scheinen sich gut zu kennen», notiert eine Frau am Nebentisch in ihren Block. Sie ist eine verdeckte Ermittlerin und beschattet Christian J., einen Kollegen von der Sittenpolizei. Bevor der Nachtisch serviert wird, geht dieser kurz zur Toilette. Die Kolumbianerin nutzt die Gelegenheit, um die Rechnung zu begleichen. Christian J. hatte zuvor darauf bestanden, selber zu zahlen. Doch sie will ihm das Dinner zum Geburtstag schenken, wie sie dem Kellner erklärt, den sie offenbar kennt. Ob der Fremde ihr Freund sei, fragt dieser beiläufig. Die Südamerikanerin schütelt den Kopf: «Nein, das ist mein Bruder.»

Mit Wanzen gegen Korpskollegen

Im Verlauf des Abends reden die beiden beiläufig auch von Drogen und Machenschaften mit Kreditkarten im Rotlichtmilieu. Ob die Polizei denn nichts dagegen unternehme, will die Frau wissen. Das sei nicht so einfach, erwidert Christian J. ausweichend, zumal die verdeckte Ermittlung gegen Kriminelle in diesem Bereich durch neue Richtlinien erschwert worden sei. Die Polizistin am Nebentisch erkennt dabei nichts Verfängliches. «Die beiden haben sich zu keinem Zeitpunkt über erkennbar geschäftliche Angelegenheiten unterhalten», resümiert sie in ihrem Rapport.

Cyrril Albisser, Chef der Abteilung Vorermittlungen und besondere Verfahren (VBV), einer Art Polizei innerhalb der Zürcher Stadtpolizei, sieht das anders. Für ihn ist das Nachtessen ein wichtiges Element in einem grossen Korruptionsfall. Seit Monaten ermittelt er unter dem Tarnnamen «Aktion 90» heimlich gegen den Korpskollegen Christian J. und ein angebliches Netzwerk der Korruption bei der Sittenpolizei (*Weltwoche* Nr. 16/15, «Sittenbild mit Damen»). Dabei setzt er alles ein, was sein Arsenal bietet: Wanzen, versteckte Kameras, Telefonabhörungen, Beschattungen.

Die «Aktion 90» ist ein Nebenprodukt der «Aktion Tropfen». Diese richtet sich gegen Prostituierte aus dem «Chilli's», einem Nachtclub mit angegliedertem Hotel im Zürcher

Rotlichtviertel. Der Verdacht: Im «Chilli's» sollen Freier mit K.-o.-Tropfen betäubt und ausgeraubt worden sein. Auch von Kokainhandel ist die Rede. Ein korruptes Netzwerk bei der Sittenpolizei um Christian J. herum, so die These von Albisser, soll die kriminellen Machenschaften im «Chilli's» gedeckt und die Frauen mit polizeilichen Informationen versorgt haben. Die Gegenleistung: Gratissex.

Das Essen von Christian J. mit der Kolumbianerin – sie heisst Maria* und schafft im «Hotel Chilli's» an – bestätigt in Albissers Augen seine These. Haben die beiden etwa nicht von Drogen und Kreditkartenbetrug gesprochen? Hat sie etwa nicht bezahlt? Für Albisser ein Fall von Bestechung, Begünstigung und Amtsmissbrauch. Die Notizen der Polizistin vor Ort sprechen zwar dagegen. Maria hält sich legal in der Schweiz auf. Nie wurde gegen sie wegen Drogen oder Betrügereien ermittelt. Doch was gegen seine Verschwörungstheorie spricht – das zieht sich wie ein roter Faden durch die «Aktion 90» –, interessiert den Chef der VBV nicht.

Maria stammt aus Medellín. Ihr Mann, ein Polizist, wurde im Dienst erschossen. Ein alltägliches Schicksal in Kolumbien. Jetzt verkaufte die Witwe im «Chilli's» ihren Körper, um das Medizinstudium ihres Sohnes zu finanzieren. Er glaubt, seine Mutter arbeite hier im Gastgewerbe. Ein alltägliches Schicksal an der Langstrasse. Ihre Beziehungen zu Christian J., ein Fan von Latino-Musik, der fließend Spanisch und Portugiesisch spricht, ist freundschaftlicher Natur. Dienstlich hat er kaum mit ihr zu tun. Doch solche Hintergründe finden sich in der Ermittlungsakte gegen ihn nicht.

Die polizeiliche Auswertung widerlegt die Beschuldigungen des Drogenhändlers klar.

Im Zentrum der «Aktion Tropfen» steht die brasilianische Prostituierte Paula G., die als «starke Frau» im «Chilli's» das Zepter führte. Anfang 2013 brachten die Ermittlungen telefonische Kontakte zwischen der Brasilianerin und dem Sittenpolizisten Christian J. zutage. Diese liessen sich allerdings einfach erklären: Paula G. hatte sich dem Milieuermittler in einem Drogenfall als Informantin angedient. Im Verlauf der Untersuchung gelangte Christian J. allerdings zum Schluss, dass die Rädelführerin im «Chilli's» lediglich die Konkurrenz ausschalten oder gar von eigenen Machenschaften ablenken

wollte. Er brach seine Kontakte mit Paula G. darauf ab. In diesem Punkt konnte man Christian J. beim schlechtesten Willen nichts anhängen.

Anfangsverdacht wider besseres Wissen

Trotzdem lässt VBV-Chef Cyrril Albisser im März 2013 rückwirkend alle Telefonate auswerten, die Christian J. im letzten halben Jahr getätigt hat. Den vordergründigen Anlass dazu liefert ein dominikanischer Kokaindealer. Dieser beschuldigt den Sittenpolizisten, eine Bardame in einem anderen Milieulokal vor Razzien gewarnt und mit brisanten Informationen versorgt zu haben. In einem 188 Seiten dicken Bericht werten die Ermittler der VBV die Telefonkontakte der Bardame mit dem zivilen Ermittler akribisch aus und gleichen diese sowohl mit den Zugriffen von Christian J. auf die Polizeidatenbank Polis wie mit den Anschuldigungen des Drogenhändlers ab.

Das Resultat: Die Auswertung widerlegt die Beschuldigungen des Drogenhändlers klar. Dieser behauptet, die Barmaid habe von Christian J. in zwei Fällen telefonisch Auskünfte aus dem Polizeiarchiv Polis verlangt und auch sofort erhalten. Tatsächlich rief die Frau im fraglichen Zeitraum den Sittenfahnder auf sein Diensthandy an. Doch im ersten Fall liess sich der Antennenstandort weder mit der Version des Dealers in Einklang bringen, noch wurde ein zeitgleicher Zugriff von Christian J. auf Polis registriert. Im zweiten Fall leitete Christian J. eine Meldung der Bardame direkt an die Kollegen der Kantonspolizei weiter – und zwar auf geradezu vorbildliche Weise, wie aus den Tonaufzeichnungen der Notrufzentrale hervorgeht.

Die Kontakte von Christian J. mit der Bardame waren rein dienstlicher Natur: Sie war seine Informantin in einem grossen Kokainfall. Sie lieferte ihm Informationen, nicht umgekehrt. Er arbeitete zwar als ziviler Ermittler für die Sittenpolizei, doch Christian J. kooperierte eng mit der Betäubungsmittelfahndung. Die Leitung der Sitte war im Bild und hatte die Ermittlungen von Christian J. bewilligt, wie Albisser aus den Akten erkennen musste.

Albisser und Staatsanwalt Manfred Hauserr, der die «Aktion 90» überwachte, mussten erkannt haben, dass es sich bei den Korruptionsvorwürfen des dominikanischen Dealers um haltloses Milieugeschwätz handelte. Christian J. wurde denn auch bis heute nie mit dem Drogenhändler konfrontiert. Doch statt die Übung an dieser Stelle abzubrechen, weiteten die beiden ihre Ermittlungen aus. Und je



Wenn Bilder lügen: Das Foto von Christian J. suggeriert eine Sex-Beziehung, die es nie gab.

weiter sie gingen, desto schwieriger wurde es, das bald ausufernde Verfahren abubrechen und sich das Fiasko einzugestehen.

In ihrem 188-Seiten-Bericht werten Albisser und seine Helfer über 1000 Telefonkontakte von Christian J. akribisch aus. Die Akte ist gespickt mit Spekulationen. Natürlich fanden sich zahllose Kontakte zu zwielichtigen Figuren. «Christian J. ist im Milieu gut vernetzt», resümierte Albisser vieldeutig. Als ob das nicht

der Job eines zivilen Milieuermittlers wäre. Im Bericht erwähnt Albisser auch, dass ihm Christian J. bei einem Treffen nicht in die Augen geschaut habe. Verdächtig! Dass sich die beiden Korpskollegen schon lange spinnefeind sind, steht dagegen nicht im Rapport.

Obwohl der ominöse 188-Seiten-Bericht auf reinen Mutmassungen beruht, die sich bis heute nie erhärten liessen, dient das Elaborat als Rechtfertigung für den richterlich bewilligten

grossen Lauschangriff. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wird die «Aktion 90» zu dem, was in der Kriminalistik als *fishing expedition* bekannt und verpönt ist: ein breitangelegtes «Fischen im Trüben», begründet mit einem vagen Anfangsverdacht und in der Hoffnung, dass am Ende immer irgendetwas hängenbleibt, wenn man nur lange genug sucht.

Dirne streichelte seinen Arm

Die «Aktion 90» erinnert an die Monsterverfahren der Bundesanwaltschaft gegen den Banker Oskar Holenweger oder gegen die Hells Angels. Die mit viel Brimborium eröffneten und für die Angeschuldigten ruinösen Ermittlungen endeten nach jahrelangen juristischen Spiegelfechtereien in einem kolossalen Scherbenhaufen. Im Fall Holenweger, der auf den falschen Anschuldigungen eines kolumbianischen Drogenbarons beruhte, kam es zu einem glatten Freispruch. Im Fall der Hells Angels brachte der grossangelegte Lauschangriff nichts als Bagatellen zutage. Der Schaden, den die Strafermittler auf der Suche nach der grossen Verschwörung anrichteten, stand in einem eklatanten Missverhältnis zum vagen Anfangsverdacht.

Am 3. Juli 2013 beginnt die grosse Abhöraktion. Wenig später erlässt Ermittlungschef Peter Rügger die Weisung, wonach bei der Sittenab sofort das Vieraugenprinzip gelte und jeder freundschaftliche Umgang mit Milieufiguren untersagt sei. Die zivilen Ermittler dürfen nur noch zu zweit auftreten und müssen jeden Schritt rapportieren. Rügger weiss, dass dies in vielen Fällen die verdeckte Informationsbeschaffung schlicht verunmöglicht. Der im Korps verhasste Ermittlungschef sichert sich ab. Falls das Monsterverfahren scheitern sollte – es wäre für ihn keine neue Erfahrung –, hat er wenigstens disziplinarisch etwas in der Hand gegen seine eigenen Leute. Prompt wird einen Tag später rapportiert, wie eine altbekannte Prostituierte dem Ermittler Christian J. bei einem zufälligen Treffen drei Wochen zuvor auf der Langstrasse über den Arm streichelte.

Am 1. Juni 2013 haben der neue Kommandant Daniel Blumer und der neue Polizeivorsteher Richard Wolff (AL) ihr Amt angetreten. Die Stimmung ist angespannt. Blumer plant eine Reorganisation. Die von Peter Rügger als eine Art Polizei in der Polizei konzipierte Sonderabteilung VBV steht zur Disposition. Die bereits laufenden Ermittlungen gegen die Kollegen der Sittenpolizei bringen Kommandant Blumer und Wolff in die Zwickmühle. Sie können das Verfahren – formell liegt es längst in den Händen der Staatsanwaltschaft, de facto führen aber Rügger und Albisser die Regie – nicht mehr stoppen. Sie müssen sich auf das verlassen, was Rügger ihnen an Informationen liefert.

Just in diesem Zeitraum tauchen neue Anschuldigungen aus dem «Chilli's» gegen

Christian J. auf. Im Rahmen der parallel laufenden «Aktion Tropfen» wird am 19. Juli ein Telefonat zwischen Paula G., der starken Frau des Rotlichtlokals, und einer mutmasslichen Drogenhändlerin abgehört. In diesem Gespräch schwärzt die Brasilianerin den Milieuermittler Christian J. an: Systematisch soll diese eine Gruppe von Prostituierten protegieren, die in einem harten Konkurrenzkampf mit ihr stehen. Die Frauen sollen ihn mit Sex bezahlen. Brisantes Detail: Paula G. spricht über Kontakte mit einem «grossen Chef» bei der Stadtpolizei – und sie deutet an, dass gegen Christian J. korpsintern ermittelt wird. Woher hatte sie dieses Insiderwissen aus der VBV?

«Der grosse Chef möchte das Foto»

Zwei Wochen später, am 30. Juli, redet Paula G. in einem abgehörten Telefonat mit derselben Dealerin Klartext: «Christian ist in Observation bei der Polizei.» Und weiter: «Der grosse Chef der Polizei möchte das Foto von Christian innerhalb des «Chilli's».» Wen sie als «grossen Chef» bezeichnet, ist unklar. Klar ist nur eines: Die Brasilianerin intrigiert fortan auf allen Kanälen gegen Christian J., dem sie alle möglichen Machenschaften anhängt. Zur Erinnerung: Paula G. ist die Hauptverdächtige bei der «Aktion Tropfen».

Die Brasilianerin intrigiert fortan auf allen Kanälen gegen Christian J.

Paula G. spricht auch von 15 000 Franken, die Christian J. einer ihrer Widersacherinnen geschenkt haben soll. Die Behauptung ist frei erfunden. Und es ist nicht das erste und nicht das letzte Mal, dass Paula G. anderen ihre eigenen Machenschaften andichtet.

Richtig ist: Paula G. selber hat einmal 20 000 Franken erhalten von einer Sittenpolizistin. Zwischen den beiden Frauen bestand offenkundig ein Freundschaftsverhältnis. Die Polizistin bestreitet dies nicht, stellt aber vehement jede intime Beziehung in Abrede, für die es tatsächlich keine Beweise gibt. Gemäss ihrer Darstellung habe ihr die Brasilianerin vor allem leid getan: Das Geld habe sie Paula G. für deren Mutter geliehen, die an Krebs erkrankt sei und dringend operiert werden müsse. Zurückbezahlt hat sie das Darlehen nie.

Die Freundschaft zwischen der Brasilianerin und der Polizistin war keine Ausnahme bei der Sittenpolizei, wie Albissers Röntgenuntersuchung der Fachgruppe zeigt. Verwunderlich ist das nicht. Die meisten Beziehungen entstehen nun mal während der Arbeitszeit. Die meisten Prostituierten arbeiten legal, für Sittenpolizisten ist das Sexgewerbe banaler Alltag. Kommt dazu, dass die Lateinamerikanerinnen – und um solche geht es ausnahmslos in diesem Fall – oft keine professionellen Dirnen sind. Viele

sind der Armut entflohen und arbeiten genau so lange auf dem Strich, bis sie sich einen Europäer geangelt haben. Danach werden sie zu treusorgenden Müttern und Gattinnen.

Private Beziehungen zwischen Milieufiguren und Sittenpolizisten sind per se nicht strafbar, arbeitstechnisch aber natürlich unerwünscht und problematisch, weil sie die Unbefangenheit in Frage stellen. Einige der elf Polizisten, die in den Strudel von Albissers Monsterverfahren gerieten, wurden in der Folge in andere Abteilungen versetzt, während sich die Korruptionsvorwürfe in Luft auflösten. Was hängen blieb, waren Bagatellen (*Weltwoche* Nr. 15/15, «Chili ohne Carne»). Man kann es auch so sehen: Bei allen privaten Verstrickungen blieben die Beamten erstaunlich korrekt.

Lediglich zwei Sittenpolizisten wurden entlassen. Der eine hat gestanden, seine heutige, langjährige Freundin, eine ehemalige Prostituierte, einmal vor einer Busse bewahrt zu haben – nicht tolerabel, strafbar wohl, menschlich aber verständlich. Die Verhaftung und Entlassung des langjährigen Beamten erscheint ziemlich übertrieben. Der andere ist Christian J., an dem nun ein Exempel statuiert werden sollte. Auch er hatte private Beziehungen im Milieu. Dass er dabei den Boden der Legalität verliess, bestreitet er jedoch vehement. Ausser der Kronzeugin Paula G. behauptet auch niemand, er habe sich bestechen lassen.

Es waren ausnahmslos Lateinamerikanerinnen. Das wiederum hat weniger mit dem Job von Christian J. zu tun, schon eher mit seiner Biografie. Eingeführt wurde er in die Latino-Szene von seiner langjährigen ehemaligen Freundin, einer gebürtigen Peruanerin, die mit dem Milieu nichts am Hut hatte. Mit ihr hatte er Südamerika bereist und die spanische Sprache gelernt. Vor allem liebte er auch die Musik – Salsa, Samba, Cumbia, Bachata, Merengue. Das sollte ihm noch zum Verhängnis werden.

Zum Freundeskreis von Christian J. gehört auch Nereida*, eine Brasilianerin. Sie ist verheiratet und arbeitet ganz legal in einem Schönheitssalon. Ihre Schwester Drieli* jedoch schaffte als Prostituierte im «Chilli's» an – und sie gehörte zu einer Gruppe, die mit dem Clan um Paula G. bis aufs Blut verfeindet war. Paula G. streute das Gerücht, Drieli handle mit Drogen und raube Freier aus. Wie die Untersuchungen zeigen, war es genau umgekehrt: Paula G. hatte der Widersacherin ihre eigenen Machenschaften angedichtet. Die altbekannte Masche. Als Einzige sitzt sie bis heute in Untersuchungshaft. Und just diese Paula G. tritt nun als Kronzeugin gegen Christian J. an. Eine andere Belastungszeugin gibt es nicht.

Im August 2013 schwärzt die Brasilianerin Christian J. bei zwei Beamten der Sittenpolizei an. Diese hören sich ihre Vorwürfe an und rapportieren diese zuhanden der Abteilungschefin Angela Montanile. Mehr unternehmen sie nicht. Ein Blick in den Polizeicomputer zeigt,

dass die konkreten Anschuldigungen, soweit überprüfbar, nicht stimmen. Im Milieu wird viel geschwätzt und intrigiert, die Routiniers der Sitte nehmen Paula G. nicht ernst.

Das hätten sie nach der Meinung von Staatsanwalt Hausherr aber tun müssen, der das Verfahren nun ausweitet. Sein Verdacht: Christian J. wurde von seinen Kollegen protegiert. Der unheimliche Ring der Korruption schliesst sich vor seinem geistigen Auge.

Wie die Telefonabhörungen zeigen, verfügt Paula G. auch über einen direkten Draht zu mindestens einem verdeckten Ermittler von Albissers Sonderabteilung VBV. Wochenlang versucht die Brasilianerin mit allen Mitteln, aber erfolglos, ein verfängliches Foto von Christian J. aufzutreiben, das sie der Polizei liefern will. Bis ihr am 21. September 2013 ein dreister Coup gelingt.

Kriminelle Kronzeugin

Im nahen Volkshaus besucht Christian J. an jenem Abend ein Konzert des Bachata-Musikers Zacarias Ferreira. Paula G. bekommt Wind von der Sache und schickt eine leichtbekleidete Brasilianerin aus dem «Chilli's» ins Volkshaus. Im Verlauf des Abends wirft sich die Frau, die er flüchtig kennt, dem Sittenpolizisten für einen Schnappschuss in die Arme. In der Latino-Szene ist dies nichts Anrüchiges. Doch für Paula G. ist es der erhsehnte «Tatbeweis», den sie an die VBV weiterleitet.

Auf unbekanntem Pfade findet das vermeintlich verfängliche Foto von Christian J. nach dessen Verhaftung am 12. November 2013 erstaunlich schnell den Weg in die Medien. Dass das Bild im biedereren Volkshaus geschossen wurde und eine «Liaison dangereuse» vorspielt, die es nie gegeben hat, wird leider nicht bekannt. Auch Bilder können lügen.

Vier Monate später sitzt Christian J. als Einziger immer noch in Untersuchungshaft. Der wachsende Aktenberg gleicht einer Hydra: Mit jedem Verdacht, den er entkräftet, gebärt das Aktenmonster einen neuen. Hinter jedem Vorwurf steckt eine komplizierte Geschichte mit vielen Akteuren und Verstrickungen, die nun mal zum Alltag eines Milieuermittlers gehören. Und je länger die Haft dauert, desto geringer seine Aussichten, heil aus diesem Verfahren herauszukommen. Die Staatsanwaltschaft würde damit ja eingestehen, einem übereifrigen Ermittler und einer ausgekochten Intrigantin auf den Leim gekrochen zu sein.

Der Zynismus dieses Verfahrens lässt sich anhand des Falls einer Brasilianerin illustrieren, die gegenüber Christian J. angedeutet hat, sie werde von ihrem Partner misshandelt. Ihre Darstellung war widersprüchlich, sie wollte auch keine Anzeige. In einem abgehörten Telefonat erwähnte er den Fall beiläufig gegenüber einem Kollegen. Das liess sich gegen ihn verwenden: Warum hat Christian J. nicht Anzeige erstattet! Albissers Fahnder suchten die betrof-

fene Frau auf und fotografierten zum Beweis blaue Flecken an ihren Armen. Doch auch ihnen fiel es nicht ein, die Anzeige zu erstatten, die nach ihrer Meinung Pflicht gewesen wäre.

Tatsächlich waren nicht alle Beziehungen von Christian J. im Umfeld des Milieus so platonisch wie jene zu Maria und Nereida. Die gnadenlose Durchleuchtung seiner Intimsphäre brachte die eine oder andere Liebelei des Singles mit Südamerikanerinnen zutage. Was in den Ermittlungsakten leider nicht steht: Er hatte diese Frauen ausserhalb des Milieus kennengelernt, meist über gemeinsame Kollegen oder auch mal bei Konzerten.

Beruflich hatte Christian J. mit seinen Liebhaberinnen direkt kaum zu tun, und wo es zu Intimitäten kam, fanden diese ausserhalb des Milieus statt. Doch die Beziehungen bargen Konfliktpotenzial in sich. Ein guter Chef, der mit seinen Mitarbeitern redet, statt gegen sie zu ermitteln, hätte ihn wohl ins Gebet genommen. Vielleicht wäre er bei der Drogenfahndung besser aufgehoben gewesen. Dass er ein guter Ermittler war, ist unbestritten.

Der Kantengang zwischen beruflichen und persönlichen Beziehungen liegt im Job eines zivilen Milieu-Ermittlers. Ohne Empathie zu Menschen im Umfeld dieser Szene wäre Christian J. niemals zu seinen Informationen gekommen. Über die Jahre hatte er ein feines Gespür für die «Guten» und die «Bösen» ent-

wickelt, wie die Ermittlungen zeigen: Seine Vertrauensleute wurden selber nie in grosse Strafverfahren verwickelt. Sein Kontrahent Cyrill Albisser dagegen, der auf heimliche Überwachungen setzte, hatte diesen Zugang nicht. Die Milieugestalten waren ihm fremd, und sie interessierten ihn nur, sofern sie ihm erzählten, was er von ihnen hören wollte. So

Über die Jahre hatte er ein feines Gespür für die «Guten» und die «Bösen» entwickelt.

fiel er denn auch prompt auf die perfiden Intrigen der mutmasslich kriminellen Paula G. herein. Er machte sich damit selber zum Instrument des Verbrechens.

Ruch des Unmoralischen

Doch der Ruch des Unmoralischen hängt wie Blei über dem Strafverfahren. Und gegen einen Ruch kann man sich schlecht verteidigen. Am 6. März 2014 bricht Christian J. zusammen. Die folgenden Wochen verbringt er in einer Klinik. Ende April, knapp ein halbes Jahr nach seiner Verhaftung, kommt er wieder frei – arbeitslos, ohne jede Perspektive. Am 14. Juli 2014 fand die grosse Konfrontation mit der Kronzeugin Paula G. statt, die nun ihre Vorwürfe gegen den Sittenpolizisten bis zur Un-

kenntlichkeit relativierte. Übrigbleiben Gerüchte und Spekulationen. Wenn Christian J. aus dem Polizeidienst entlassen worden sei, meinte sie lapidar, müsse es dafür sicher einen guten Grund geben. Seither hat Christian J. nichts mehr von der Staatsanwaltschaft gehört. Das Verfahren ruht. Angeblich müssen noch Daten ausgewertet werden.

Immerhin hat man bei der Stadtpolizei einige Lehren aus dem Debakel gezogen. Ermittlungschef Rüegger wurde entmachtet und schliesslich freigestellt, die Sonderabteilung VBV wurde wieder in die Sitte eingegliedert. Cyrill Albisser hat seine Chefposition verloren und darf keine internen Ermittlungen mehr führen.

Interne Abklärungen wegen Verfehlungen führt Kommandant Daniel Blumer nun persönlich. Statt auf neue Reglemente setzt er auf eine offenere Führungskultur. Konkrete Hinweise auf strafbares Verhalten im Korps sollen direkt an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden. Christian J. nützt das nichts mehr. Im Alter von vierzig Jahren steht er mitten im Leben, doch seine Existenz liegt in Trümmern.

* Namen von der Redaktion geändert

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe: Oktoberfest auf dem Bauschänzli – die Tragödie wird zur Farce.



WOLLE KONTROLLE

LASSEN SIE SICH NICHT VON IHRER BLASE KONTROLLIEREN.

Diskreter Schutz bei Harnverlust – speziell für Männer.

Jetzt kostenloses Muster online anfordern!



www.TENAMEN.ch

Schmerzhaftes Häutungen

Magdalena Martullo, 45, kandidiert für den Nationalrat. Die Ems-Chefin agiert in vielerlei Hinsicht konsequenter als ihr Vater Christoph Blocher. Wie sich das auf ihr Image auswirkt, kümmert sie nicht. «Ich lasse mich lieber an Resultaten messen», sagt sie. *Von Karl Lüönd*



Eindrücklicher Tatbeweis für Transparenz und Frauenemanzipation: Magdalena Martullo-Blocher.

Der Anruf kam, als ich in London Heathrow auf einen Anschlussflug wartete. Magdalena Martullo war in der Leitung, freundlich und unaufgeregt wie immer, aber dieses Mal ungewohnt ernst. Wir arbeiteten damals (2008) intensiv an der Unternehmensgeschichte der Ems-Chemie. «Die Finanzkrise hat uns voll erwischt. Wir müssen um jeden Auftrag kämpfen. Jetzt haben wir keine Zeit mehr für Bücher. Legen Sie alles auf Eis, und rufen Sie mich in einem Jahr wieder an!» Dass mir der Unterbruch sehr gelegen kam, habe ich ihr nie erzählt. Aber an diesem Tag habe ich erfahren, wie klar und schnell diese Frau entscheidet und wie konsequent sie umsetzt, was sie für richtig hält.

Kritiker haben ihren Führungsstil immer wieder als rustikal bis verletzend beschrieben. Der Fernsehfilm von 2010 hat in dieser Beziehung ein fast unzerstörbares Negativ-Image geprägt. «Die Szene mit dem Seminar wird mir wahrscheinlich bis zum Lebensende angehängt. Dabei wurden verschiedene Szenen wild zusammengesetzt, und das Ganze wurde völlig verzerrt dargestellt. Aber egal: Ich beschäftige mich nicht gross mit Imagepflege. Ich lasse mich lieber an den Resultaten messen.»

Magdalena Martullo widerspricht der Unterstellung nicht, sie habe in den zwölf Jahren mit meist brillanten Geschäftsabschlüssen ihre anfängliche Unsicherheit abgelegt. Wer seit der Einsetzung als CEO im Jahre 2003 den Wert der Aktie seines Unternehmens um 570 Prozent gesteigert hat, kann sich Gelassenheit erlauben. Sie sagt heute: «Sicher habe ich nicht alles perfekt gemacht. Ich habe wahrscheinlich die Wirkung eines solchen TV-Berichts unterschätzt.»

Chirurgische Schnitte

In der Welt von Ems gilt die von Harry Truman gesetzte Regel: «Wer die Hitze nicht verträgt, soll die Küche verlassen.» Der direkte, bis zur Schroffheit harte Ems-Stil leitet sich ab aus der in Generationen entwickelten DNA eines eigentlich unmöglichen Unternehmens, das mehr als einmal am Rande des Abgrunds stand: einer Chemiefabrik, abgelegen am Alpenrand. Schon Firmengründer Werner Oswald musste erfahren, dass die Industrie kein Streichelzoo ist und dass im hochkompetitiven Umfeld der Grosschemie mit Kompromissmentalität nichts zu gewinnen ist. Unter dem Druck der Konkurrenz verlor Ems Mitte der fünfziger Jahre die Privilegien aus der Zeit der Kriegswirtschaft. Entgegen allen Erwartungen überlebte der Aussenseiterbetrieb diese und andere schmerzhaften Häutungen. Zeitweise war es überlebenswichtig, dass man sich von angestammten Produkten – Ethanol-Herstellung, Düngerproduktion, textile Synthesefasern und so weiter – trennte. Der Überlebenszwang formte eine auf Disziplin und Härte beruhende Unternehmenskultur: chirurgische Schnitte statt Therapiesitzungen. Finanzchef Peter Germann erinnert sich: «Als ich das erste Mal – das

war noch bei Christoph Blocher – bei einem dieser berühmten Führungsseminare dabei war, erlitt ich einen Kulturschock. Das ging aber den meisten so, die neu dazukamen. Ich spürte die enge Führung und eine gewisse Aggressivität, die sich in seinem sehr direkten, unverblühten Sprachstil äusserte.»

Radikale, ja existenzielle Veränderungen blieben auch in guten Zeiten das Merkmal von Ems und ihrer Besitzer. Als Christoph Blocher 2003 Bundesrat wurde, mussten alle sechs Mitglieder der Familie unter extremem Zeitdruck und unter scharfer, nicht wohlwollender öffentlicher Beobachtung ihre Lebenspläne auf den Kopf stellen. Es ist eigenartig, dass die Polit- und Medienszene bis heute nicht zugeben mag, dass die Familie Blocher damals einen eindrücklichen Tatbeweis für Transparenz und Frauenemanzipation geleistet hat. Der Vater – als Gegner des neuen Eherechts, des Gleichstellungsartikels und der Mutterschaftsversicherung an allen

«Sollte ich gewählt werden, würde ich mich auf Bildung, Energie- und Standortpolitik konzentrieren.»

liberalen Kaffeetafeln als Patriarch verschrien – setzte eine junge Frau von 34 Jahren als Nachfolgerin ein. Die Eigentumsübertragung auf die Kinder passierte im Frieden und war nur durch den Erbverzicht von Silvia Blocher möglich. Nur je ein Anwalt (Paul Maier) und ein Berater (Martin Ebner) waren in den Vorgang involviert. Die Kinder erhielten nur ein Drittel ihrer Aktienpakete geschenkt. Die konnten sie den Banken verpfänden für die Darlehen, mit denen sie die anderen zwei Drittel bezahlten.

Der alte Fuchs Blocher hatte richtig kalkuliert und eine Weisheit aus dem Emser Kanon ins Werk gesetzt: Wer unter Druck steht, arbeitet besser. In den ersten Jahren stoppte Magdalena Martullo alle nicht firmenbezogenen Finanzgeschäfte, mit denen ihr Vater so viel verdient hatte, und konzentrierte sich auf den Konzern. Sie richtete ihn auf polymere Werkstoffe und auf die Autoindustrie aus. Als Ausland-Schwerpunkt wurde China definiert. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit holte sie die hochprofitable Eftec-Gruppe zu 100 Prozent unter das Ems-Dach. Sie gibt sich mit Prozessmaterialien und Autoindustrie-Applikationssystemen zum Kleben, Schützen, Dichten und Dämpfen ab. Die hohen Investitionen wurden bewusst antizyklisch getätigt: zum Beispiel während der Finanzkrise von 2008, oder gerade wieder in diesen Monaten. Trotz Frankenstärke werden in Domat/Ems zurzeit 35 Millionen in einen erneuten Kapazitätsausbau gesteckt.

Dazu kommt auch in guten Zeiten eine strenge Kostendisziplin, auch bei Kleinigkeiten. Einmal bat mich Magdalena Martullo, ein Steinbockgehörn als Abschiedsgeschenk für einen Mitarbeiter zu beschaffen. Ich fand eins,

das 1300 Franken kostete, und kaufte es gleich. Ihre Sekretärin erschrak: «So etwas braucht bei uns zuerst einen Antrag!»

Unnachgiebig beharrt die junge Chefin auf dem hohen Innovationsgrad. Am laufenden Band werden zusammen mit den Kunden neue Mischungsvarianten mit besonderen, konkurrenzlosen Eigenschaften erfunden. Legendär ist das Beispiel einer auf Wunsch von australischen Kunden entwickelten Mischung, welche die Herstellung von Kabeln erlaubt, die vor Termitefrass sicher sind. Martullo: «Unser Ziel ist nach wie vor, 75 Prozent des Umsatzes mit Produkten zu machen, bei denen wir konkurrenzlos sind.» Klar, denn dafür kann man gute Preise verlangen. Eine andere Erfolgsformel besagt: mindestens zwei Drittel des Umsatzes mit Produkten, die jünger sind als fünf Jahre.

Arbeitsstil des Nationalrats recherchiert

Ulf Berg, Präsident des Verwaltungsrats der Ems-Chemie, bestätigt: «Ich habe noch nie jemanden getroffen, der analytisch so stark ist wie Frau Martullo und gleichzeitig so konsequent im Umsetzen. Bevor sie entscheidet, recherchiert sie gründlich.»

Aber ist es gut für die Firma, wenn die Chefin in Zukunft gefühlte 50 Prozent ihrer Arbeitszeit der Politik widmet? Ulf Berg ist überzeugt: «Der Verwaltungsrat wusste es seit drei Wochen und hat zugestimmt. Das Management ist stabil genug und wird das aushalten.» Für Martullo ist klar: «Ich werde die Geschäftsleitung verstärken und mehr delegieren, das heisst, mich auf die Strategie konzentrieren müssen. Ausserdem kann man mit guter Organisation viel Zeit gewinnen. Und ich werde auf allen Ebenen sehr gut unterstützt.» Auch den Arbeitsstil des Nationalrats hat sie recherchiert. «Dass die Verwaltung heute die Parlamentarier mit Papier zuschüttet, ist bekannt. Sollte ich gewählt werden, würde ich mich auf Bildung, Energie- und Standortpolitik, zum Beispiel auf Fragen des Arbeitsmarkts, aber auch der Aussenhandelsbeziehungen konzentrieren.»

Vorläufig letzte Frage: «Politik erfordert freilich andere Arbeitsverfahren als die Wirtschaft. In Ihrer Firma können Sie anordnen und durchsetzen. In der Politik müssen Sie lächeln und überzeugen, um Mehrheiten zu finden. Müssen Sie sich umgewöhnen?» Magdalena Martullo lacht. Es ist Dienstag kurz nach acht Uhr früh. Sie ist zufrieden mit dem Presseecho auf ihre Ankündigung und meint: «Auch im Betrieb können Sie nicht gegen den Willen und die Überzeugung der Mitarbeiter handeln, sonst haben Sie schnell keine Mitarbeiter mehr. Umgekehrt helfen auch in der Politik manche unternehmerischen Durchsetzungsstrategien. Die Unterschiede sind eben gar nicht so gross.»

Dann geht's ins Meeting mit einer hochrangigen Kundengruppe aus den USA. Ihr Englisch ist inzwischen hörbar besser. Auch daran hat Magdalena Martullo gearbeitet. ○

«Wir sind Schweizer. Und Punkt»

Niemand hat hierzulande einen schlechteren Ruf als die Kosovaren. Dabei ist die Mehrheit von ihnen gut integriert. Das Problem ist, dass jeder über sie, aber niemand mit ihnen redet.

Von Wolfgang Koydl

So an die drei Wochen muss es her gewesen sein, da war Daniel Geisselhardt echt schlecht auf die Kosovaren zu sprechen. Ja, es ist sogar denkbar, dass ihm der eine oder andere Fluch über die Lippen kam. Doch der Ärger war nicht generell gemeint, sondern sportlich zugespitzt, und er war durchsetzt von einer gewissen Hochachtung. Denn der Präsident des FC Kreuzlingen musste ehrlicherweise zugeben, dass sein Verein im Fussball-Spitzenspiel der 6. Gruppe der 2. Liga interregional dem FC Kosova verdient mit 3:0 unterlegen war.

«Ich war beeindruckt», erinnert sich Geisselhardt an die Begegnung, und damit meinte er nicht nur die spielerische Leistung des schweizerisch-albanischen Vereins. Sie hätten in Kreuzlingen anfangs zwar auch «Vorurteile» gehabt, aber dann seien sie überrascht gewesen von dem «tadellosen Auftritt» der Kosovaren – sowohl auf dem Rasen als auch im Stadion. «Das ist eine der fairsten Mannschaften, die ich kenne», schwärmt der Chef des Bodensee-Klubs. Aber auch die Zuschauer («Sicher fünfmal mehr, als zu einem Spiel in unserer Liga üblicherweise kommen») seien «extrem friedlich» gewesen: «Wirklich gute Gastgeber.»

Zweifel an der Loyalität

So nette Worte hört man selten über Kosovaren in der Schweiz, vor allem, seitdem albanisch-schweizerische Fussballer höheren Kalibers sich selbst und ihre Landsleute abermals ins Gerede gebracht haben. Weil die Nati-Stars Granit Xhaka und Pajtim Kasami Tore für die Schweizer Nationalmannschaft mit einer Geste feierten, die den schwarzen Doppeladler, das albanische Wappentier, symbolisierte, zweifelten sogar wohlmeinende Schweizer an der Loyalität der eingebürgerten Balkan-

Einzig bei Vergehen gegen das Asylrecht rangieren Kosovaren auf dem Spitzenplatz.

Ballkünstler. Als dann auch noch ein Selfie auftauchte, das eine Gruppe albanischstämmiger Schweizer Rekruten mit einer albanischen Fahne zeigte, schäumte die Empörung erst recht über: Von «Verrätern» war da die Rede.

Das Schimpfwort fügt sich lückenlos ein in eine ganze Reihe von Begriffen, die instinktiv mit den Kosovaren in Verbindung gebracht werden: «Drogenhandel», «Frau geschlagen», «mehrfache Vergewaltigung», «Totschlag»,



Egal, wer gewinnt: Kosovo-Fan an einem Fussballspiel.

«Zuhälterei», «Schwarzarbeiter», «Asylbetrug», «Organhandel» – glaubt man den Schweizer Zeitungen, so gibt es kaum ein Verbrechen, zu dem Kosovaren nicht fähig sind. Aus dieser kriminellen Karstlandschaft ragen zudem einige besonders schlimme Gipfel hervor – wie etwa der Fall des Sozialschmarotzers und mutmasslichen «Türstehermörders» Jeton G., der geradezu idealtypisch dem Bild des zwischen Larmoyanz und Aggressivität pendelnden Balkan-Bully entspricht.

«Alle reden über uns, aber niemand spricht mit uns», klagt dagegen Kadri Ismajli. Er betreibt seit zehn Jahren Albaradio, einen schweizerweiten albanischen Internet-Radiosender, und kennt sich als Journalist mit den Medien aus. «Schlechte Nachrichten gehen immer besser als gute», sagt er, und deshalb pflegten auch vorgeblich ausländerfreundliche schweizerische Medien das Image vom Kosovo-Kriminellen. «Man liefert, was die Leser hören wollen.»

Vor allem eine Schlagzeile hat das Negativbild in den Schweizer Köpfen zementiert: «Kosovare schlitzt Schwinger die Kehle auf», titelte der

Blick vor vier Jahren über einen Beizen-Streit. Im Universum eines Boulevardjournalisten ist so eine knallige Überschrift eine Supernova, aber sie wurde noch übertroffen durch eine darauf folgende Anzeigenkampagne der SVP. Dort hiess es kurz, bündig und perfide: «Kosovaren schlitzen Schweizer auf.» Eine Partei, die nicht für ihren Wortwitz bekannt ist, nutzte den grammatikalischen Umstand, dass «Schweizer» sowohl Singular als auch Plural bedeutet.

«Mit Mafiabanden kokettiert»

Ismajli gibt zu, dass es genügend schwarze Schafe gibt, die dem Ruf der gesamten kosovarischen Gemeinde geschadet haben. Die kriminellen Taten dieser Kosovaren lassen sich nicht wegdiskutieren. Hinzu kommt, dass sogar kosovarischen Spitzenpolitikern, wie dem früher im Zürcher Exil lebenden Ex-Premier und Untergrundkämpfer Hashim Thaci, von dem Europaratsabgeordneten Dick Marty oder von der Staatsanwältin Carla Del Ponte Verbindungen zum organisierten Verbrechen nachgesagt wurden. «Bevor wir unseren eigenen Staat hatten,

waren wir überall illegal», gibt Islam Spahiu, Konsul der Republik Kosovo in Zürich, zu bedenken. «Deshalb haben damals viele mit Mafiabanden kokettiert.» Auch Radiomacher Ismajli gesteht ein, dass «wir Fehler gemacht haben». Doch häufig habe man den Eindruck, dass die Gesamtheit der rund 200 000 zwischen Genf und St. Gallen lebenden Kosovo-Albaner als kriminell gälte.

Tatsächlich zeigt ein Blick in die eidgenössische Kriminalstatistik, dass das vorherrschende Bild nicht stimmt. Im Jahr 2013 rangierte der Kosovo auf der Rangliste der Straftaten auf Rang sieben, hinter seriösen Rechtsstaaten wie Italien, Portugal, Deutschland und Frankreich. Bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz findet man das Land gar nur auf Platz zwölf. Einzig bei Vergehen gegen das Asylrecht rangieren Kosovaren auf dem Spitzenplatz – wohl eine Folge der an Fahrt aufnehmenden Armutsmigration aus ihrer Heimat.

«Die Schweizer verstehen nicht, dass das Herz auch für zwei Länder schlagen kann.»

Kosovaren kamen in drei Etappen in die Schweiz: Ab den 60er Jahren waren sie Teil der Gastarbeiter aus Jugoslawien, wobei damals nicht unter den einzelnen Nationalitäten des Balkan-Vielvölkerstaates unterschieden wurde – alle waren Jugos. Die zweite Welle schwappte zu Beginn der 90er Jahre ins Land, als sich der politische Konflikt zwischen Serbien und dem albanischen Kosovo zuspitzte und vor allem Familienangehörige von bereits in der Schweiz lebenden Personen nachzogen. Mit dem Ausbruch des Kosovokrieges 1998 kamen nochmals etwa 50 000 Flüchtlinge in die Schweiz, von denen der Grossteil freilich nach dem Ende der Kämpfe wieder zurückkehrte.

Die überwiegende Mehrheit der im Lande lebenden Kosovaren hat sich indes ziemlich gut integriert. «Kosovaren wollen sich mit der Schweiz identifizieren», betont Konsul Spahiu. «Die Integration als Staatsbürger ist dabei schwierig, aber beruflich integriert man sich hier schneller als in Deutschland.» Viel knapper und resoluter drückt es Kadri Ismajli von Radio Alba aus: «Wir sind albanische Schweizer. Und Punkt.»

Tatsächlich arbeiten Kosovo-Albaner in der Schweiz nicht mehr wie einst nur auf dem Bau oder in der Landwirtschaft. Viele sind Ärzte und Anwälte, sie leiten Supermarkt- und Bankfilialen, sie betreiben eigene Unternehmen, und zunehmend politisieren sie auch in schweizerischen Parteien – von der SP bis hin zur EVP.

Einer von ihnen ist Blerim Bunjaku aus Winterthur, der im Vorstand der EVP sitzt. Der 36-Jährige kam mit sechs Monaten mit



Fleischgewordenes Vorurteil: Komiker Tele Toni.

seinen Eltern in die Schweiz. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter. Gemeinsam mit einem Schweizer Compagnon betreibt er ein IT-Unternehmen, das unter anderem eine «Schweizermacher-App» entwickelt hat, die auf den Einbürgerungstest vorbereiten hilft. Neben dem Parteiamt waltet er auch noch als Schulpfleger. Mit anderen Worten: Bunjaku ist eine stabile Säule der bürgerlichen Schweizer Gesellschaft.

In seiner eigenen Partei freilich ist das noch nicht überall angekommen. Der Vorstand, so erzählt er, habe ihn ja mittlerweile akzeptiert. «Aber an der Basis gelte ich noch immer als vorbildlicher Albaner, der sich selbst als Schweizer ansieht.» Da ergeht es Nik Gugger besser, seinem einzigen anderen Parteifreund mit ausländischen Wurzeln. Der gebürtige Inder wurde von Schweizern adoptiert: «Ihn sieht man als Schweizer an», erklärt Bunjaku mit einem Grinsen.

Das Hauptproblem sieht er, ebenso wie viele andere befragte Kosovaren, im mangelnden Vertrauen mancher Schweizer zu seiner Volksgruppe. Das habe man bei dem Vorfall mit den Soldaten und der Albaner-Fahne erneut beobachten können. «Ich habe geschmunzelt», sagt er, «aber ich wusste, dass die Schweiz anders reagieren wird. Ich weiss,

dass wir im Fall der Fälle genauso für die Schweiz einstehen würden wie für den Kosovo.» Einen Loyalitätskonflikt erkennt er darin nicht. «Die Schweizer verstehen nicht, dass das Herz auch für zwei Länder schlagen kann.»

Ähnlich sieht es Hamit Zeqiri, der Präsident der Schweizerischen Konferenz der Fachstellen für Integration. Er empfand die Berichterstattung über die Flaggen-geschichte als «überdramatisiert», hielt das Posieren mit dem Adler aber zugleich für «unangebracht»: «Die meisten Völker sind empfindlich bei solchen

Themen, sicher wären auch die Albaner irritiert, wenn Personen Schweizer Herkunft sich in albanischer Armeeuniform mit einer Schweizer Fahne fotografieren liessen», sagte er.

Von Albanern als Verräter beschimpft

Zu mehr Gelassenheit wird auch beim Skandal um die Adlergeste von Shaqiri und Co. geraten. «Diese jungen Fussballer sind keine Intellektuellen, sondern Opfer ihrer eigenen Naivität», beschwichtigt etwa Konsul Spahiu. Er erinnert zudem daran, dass Xherdan Shaqiri auch schon von Albanern als «Verräter» beschimpft wurde, als er bei einem Länderspiel gegen Albanien ein Tor für die Schweiz erzielte. EVP-Mann Bunjaku wiederum gewinnt dem albanisch-schweizerischen Fussballdilemma etwas Positives ab: «Ich gebe zu, dass meine Sympathien zerrissen sind. Aber andererseits kann ich mich immer freuen, egal, wer gewinnt.»

Vielleicht hilft es ja, dass Kosovaren Schweizer neuerdings auch zum Lachen bringen. Der neunzehnjährige Maturand Bendrit Bajra ist eine kleine Mediensensation, wenn auch recht brav mit seinen Witzen. Bissiger ist da Tele Toni, der ein zur Karikatur verzerrtes Klischee des Kosovo-Halbstarcken gibt. Er ist so sehr das fleischgewordene Vorurteil, dass es nur falsch sein kann. ○



«Die Erbschaftssteuer-Initiative gefährdet die Zukunft von Familienunternehmen und KMU.»

Dr. Christoph M. Müller,
Präsident der Verwaltungsräte Warteck Invest AG & Espace
Real Estate Holding AG, Küssnacht

KMU und Familienunternehmen bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und stellen zwei Drittel aller Arbeitsplätze. Die Erbschaftssteuer-Initiative erschwert Nachfolgeregelungen für Familienunternehmen und KMUs und gefährdet damit deren Zukunft. **Deshalb Nein am 14. Juni!**

Mehr Informationen:
nein-zur-bundeserbschaftssteuer.ch

Spendenkonto:
Postkonto IBAN CH42 0900 0000 8541 3124 1

Harte Positionen, klare Worte

Als Direktor des Gewerbeverbandes kämpft Hans-Ulrich Bigler gegen die «Mediensteuer», über die wir am 14. Juni abstimmen. Die Kritiker werfen ihm vor, er führe damit nur seinen persönlichen Wahlkampf um einen Sitz im Nationalrat. Na und? Von Markus Schär und Tom Haller (Bild)

Aus dem «Fass ohne Boden» auf dem Plakat zur Steuervorlage fallen die Frankenstücke. Auf jenem zum Raumplanungsgesetz knebelt ein Vogt die Bürger. Und bei jenem zum Eherecht drängt sich ein Richter zwischen Mann und Frau ins Bett. «Nehmen Sie die kämpferischen Plakate als Beispiele», empfiehlt der Hausherr dem Reporter, der die Zeugen historischer Abstimmungsschlachten im Treppenhaus bestaunt. Also noch das Plakat zum Wirtschaftsartikel von 1947, das schlicht die Grundwerte der Schweiz in ein Eisen stantzt: «Freiheit, Ordnung, Fortschritt».

In seinem Büro mag es der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) nicht befeuernd, sondern verspielt. Hans-Ulrich Bigler, 57, schwarzer Anzug, weisses Hemd mit offenem Kragen, schwärmt von den bunten dreidimensionalen Werken des «leider viel zu früh verstorbenen» New Yorkers James Rizzi. Und er scherzt bei den Trophäen im Bilderrahmen über seinen Papierstapel: von Künstlern gestaltete Weinetiketten. Im Eingang aber hängt ein aktuelles Plakat, das es durchaus mit den historischen Relikten aufnehmen kann. «Achtung: Neue Steuerfalle!», warnt es: Eine Zehner- und eine Fünziger-Note liegen auf einer Mausefalle, die zuzuschnappen droht.

Es geht in der Volksabstimmung vom 14. Juni nicht gerade um Wirtschaftsordnung, Eigentumsfragen oder Eherecht, nur um eine Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen. Aber der Gewerbeverband führt den Kampf so beherzt wie die Schlachten der Vergangenheit. Er rief auf zum Referendum gegen die Vorlage für eine «neue Billag-Mediensteuer» (Sprachregelung: SGV), mit der das Parlament willfährig für die SRG eine Mehrheit kaufen wollte: Die grosse Masse bezahlt dank flächendeckender Zwangsabgabe vorläufig nur noch 400 statt 460 Franken für Radio und Fernsehen. Die Bezüger von Ergänzungsleistungen und andere Begünstigte geniessen Gratisberieselung (obwohl die Experten davon abraten, mit Abgaben Sozialpolitik zu machen). Die Privaten erhalten ein grösseres Stück vom stetig wachsenden Milliarden-Kuchen. Und die Firmen bekommen die Rechnung dafür.

«Merci, Herr Direktor!»

Das Referendum liess sich dank der Kampfkraft des SGV leicht durchsetzen, die Abstimmung aber, meinen die Beobachter, lässt sich wegen des Politdeals kaum gewinnen. Umso bissiger

geben sich der Verband und vor allem sein Direktor. Seit Wochen vergeht kaum ein Tag ohne Wortmeldung des SGV: Er beklagt sich, der Bundesrat zensuriere das Abstimmungsbüchlein. Er behauptet, die Zwangsabgabe für die Haushalte explodiere bald von 400 auf 1000 Franken. Oder er verurteilt, dass die SRG – deren Regionalgesellschaft in einem hässlichen Betonblock ebenfalls an der Berner Schwarztorstrasse residiert – ihre Propaganda für die Medienabgabe mit Gebührengeldern bezahle.

Die Woz zweifelte, «ob der Verband, der seit dem Amtsantritt von Hans-Ulrich Bigler als Präsident [richtig: Direktor] durch Verbalradikalismus auffällt, die medienpolitischen Herausforderungen verstanden hat». Der *Tages-Anzeiger* diente SRG-Generaldirektor Roger de Weck die Gelegenheit an, sich süffisant für das Ergreifen des Referendums, also den absehbaren Support des Volkes für den schrankenlosen Service public zu bedanken: «Merci, Herr Direktor!» Und das Internetportal *Watson* machte gar auf Service pöblich: «Was soll der Quatsch, den Bigler und der Gewerbeverband abziehen? Wem nützt das ausser Bigler und seiner Nationalratskandidatur?»

«Man spricht heute anders über die KMU als noch vor fünf, sechs Jahren.»

Der Verdacht des verfrühten Wahlkampfes drängt sich auf. Hans-Ulrich Bigler kam vor vier Jahren als Quereinsteiger gleich hinter den vier Bisherigen auf den Vorschlag für die Nationalratsliste der FDP Zürich, und nach viel Aufregung schoben die Delegierten den «Kandidaten ohne freisinnigen Stallgeruch» auf den achten Platz zurück. Er schnitt aber beim Volk so gut ab, dass er jetzt, nachdem der Wirtschaftsanwalt Beat Walti und der Bankdirektor Hans-Peter Portmann nachgerückt sind, auf dem ersten Ersatzplatz steht. Zumal Ruedi Noser wohl einen Ständeratssitz erobert und Carmen Walker Späh, neu Regierungsrätin, als einzige gefährliche Konkurrentin nicht mehr antritt, sollte Hans-Ulrich Bigler am 18. Oktober den Einzug ins Bundeshaus feiern können.

Der Herr Direktor lächelt alle Unterstellungen weg. Er weist darauf hin, dass er sich seit einem Vierteljahrhundert für die FDP einsetze, von der Lokalpartei bis hin zu Expertenkommissionen. Er wehrt sich gegen die Frage, ob er überhaupt noch in der richtigen Partei sei: «Es

geht mir um liberale Werte, um Freiräume für Bürger und Unternehmen. Insgesamt stimmt bei der FDP die Ausrichtung. Es ist eine Mär, dass der Gewerbeverband SVP-Politik betreibt.» Und er sieht die Abstimmungsschlacht um die «Mediensteuer» als Kampf für die Grundsätze des Verbandes, nicht (nur) für einen Nationalratssitz seines Direktors.

Es stimmt, was Hans-Ulrich Bigler sagt: «Der Kampf gegen ungerechtfertigte Steuern, Gebühren und Abgaben ist seit je unser Kerngeschäft.» Als sich ab 2009 immer mehr Firmen über Billag-Kontrollen beschwerten, forderte der Solothurner Ständerat Rolf Büttiker (FDP) als SGV-Vorstandsmitglied, im Gesetz seien der Wirtschaft die Gebühren zu erlassen. «Die neue Steuer ist nicht nachvollziehbar», so übt der Direktor seine Argumente für den «Arena»-Auftritt: «Ein Arbeitnehmer am Presslufthammer kann in Gottes Namen nicht Radio hören oder Fernsehen schauen.»

Bewunderung für die Linke

Gleich wichtig wie der Kampf gegen ungerechtfertigte Abgaben ist für den SGV nur jener gegen überbordende Regulierung. Schon 2010 wies der Verband nach, dass die Regulierungskosten zehn Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmachen. «Es gibt sinnvolle, aber auch unsinnige Regulierung», weiss der Direktor. Deshalb streitet der SGV gegen das Wuchern der Bürokratie und setzt auch auf das Ausholzen des Regulierungsdschungels als Rezept gegen die Frankenstärke. Den Vorwurf der Sturheit nimmt er als Lob. «Die Linke denkt und arbeitet sehr langfristig», sieht Oberst im Generalstab Bigler. Sie könne selbst eine Niederlage gegen siebzig Prozent, «nach der ein Anliegen eigentlich für Jahre abgetischt ist», noch als Erfolg schönreden: «Wir müssen auch so kämpfen.»

An diesem Einsatz gegen Abgaben und Einschränkungen misst der Verband die Parlamentarier, ohne Rücksicht auf Verluste. Er sorgte für böses Blut, als er Anfang Jahr sein Ranking der KMU-Freundlichkeit herausgab: Auf der Rangliste dazu, wie die Nationalräte in der auslaufenden Legislatur bei Gewerbeanliegen gestimmt hatten, fanden sich unter den zwanzig Bestplatzierten sechzehn SVPLer. Und vor allem schafften es freisinnige Wirtschaftsfreunde nur noch knapp in die erste Hälfte, so Kurt Fluri (90) oder Christa Markwalder (97), der Bierbrauer und Gewerbe- politiker Alois Gmür (CVP) nicht einmal das.



Den Vorwurf der Sturheit nimmt er als Lob: Hans-Ulrich Bigler.

FDP-Präsident Philipp Müller, als Gipser und Generalunternehmer auf dem 63. Platz, ärgerte sich deshalb, der SGV erfasse mit seiner wissenschaftlichen Studie gar nicht die für die KMU bedeutenden Geschäfte. «Er sollte das entspannt sehen», wiegelt sein Parteifreund Bigler ab. «Unser Ranking ist rein auf die Interessenpolitik ausgerichtet. Ich anerkenne, dass es taktische Überlegungen gibt: Wir können ja nicht erfassen, was in den Kommissionen geschieht.»

In Otto Fischers Fussstapfen

Der schneidige Direktor scheut sich aber auch nicht, sich mit den anderen Wirtschaftsverbänden anzulegen. Der SGV steht für 300 000 Unternehmen mit zwei Dritteln der Arbeitenden im Land, er sieht sich deshalb als «grössten Wirtschaftsdachverband der Schweiz». Den Einwand, er vertrete vorwiegend die immer noch abgeschottete Binnenwirtschaft, lässt Hans-Ulrich Bigler nicht gelten: Vom Gastgewerbe über das Gesundheitswesen bis zum Finanzplatz fänden sich zahllose Mitgliedfirmen, die im globalen Wettbewerb stehen, und Swissmechanic beim SGV zähle mehr Maschinen- und Metallbetriebe als Swissmem bei Economiesuisse.

Weil er bei der Energiewende, bei der Altersvorsorge, beim Bankkundengeheimnis und jetzt bei der Mediensteuer für liberalere Lösungen kämpft als Economiesuisse, gilt der Gewerbeverband als «Spaltpilz der Schweizer Wirtschaft». Dagegen wehrt sich der Direktor, auch gegen den Vorwurf, er trete allzu aggressiv auf: «Sie sehen uns nur offensiv in den Medien, aber nicht, was wir im Hintergrund machen.» Die klaren Worte brauche es, um Profil zu gewinnen: «Man spricht heute anders über die KMU als noch vor fünf, sechs Jahren.»

Damals führte der sanfte freisinnige Nationalrat Pierre Triponez den SGV. Sieht sich Hans-Ulrich Bigler als Nachfolger eines anderen Vorgängers: des legendären Gewerbeleiters und Nationalrats Otto Fischer (FDP), der mit den knalligen Plakaten das Eherecht und das Raumplanungsgesetz bekämpfte, der in der Auns mit Christoph Blocher zusammenspannte und ohne den in der Schweizer Politik nichts ging? Der Direktor lacht: «Ich lernte Otti Fischer noch persönlich kennen, ich begann 1985 beim Gewerbeverband meine Berufskarriere.» Aber die historische Situation lasse sich nicht vergleichen: «Damals galt es, das Gewerbe aus dem Staatsprotektionismus in eine freiheitliche Wirtschaftsordnung zu führen. Heute stellt sich die entscheidende Frage: Wie gehen wir mit der Globalisierung um?»

Zumindest mit harten Positionen und klaren Worten kann Hans-Ulrich Bigler mit Otto Fischer mithalten, das zeigt er jetzt im Kampf gegen die «Billag-Mediensteuer». Alles nur persönlicher Wahlkampf? Na und? Solche Nationalräte braucht das Land! ○

Ewiger Bruderzwist

Die Kriege in Nahost, die täglich Schlagzeilen machen, haben ihren Ursprung auf dem Totenbett des Propheten. Weil Mohammed seine Nachfolge nicht geregelt hat, haben sich seine Erben in Sunniten und Schiiten aufgespalten und liefern sich seit Jahrhunderten blutige Schlachten. *Von Pierre Heumann*

Mohammed, der Prophet, liegt im Sterben. Viel hat er erreicht in seinem ereignisreichen Leben. Zunächst war er ein erfolgreicher Kaufmann gewesen, dann, in reiferen Jahren, legte er die religiösen und militärischen Grundlagen für eine rasch wachsende Religion, den Islam. Umsichtig, aber nicht ohne Gewalt legt er das Fundament für sein werdendes Imperium unter der Flagge des Islam. In seinen Rollen als Feldherr und Chefideologe, Staatsmann und geistiger Führer, Diplomat und Prediger ist er bei seinen Anhängern unbestritten. Aber etwas Wichtiges versäumt er: den Kalifen zu bestimmen.

Bis heute, fast 1400 Jahre nach seinem Tod, wird der Streit der Gläubigen, wer an der Spitze der Gemeinschaft stehen soll, heftig und mitunter blutig ausgetragen. Der irakische Bürgerkrieg und der Vormarsch des Islamischen Staates, die Feindschaft zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, der Krieg im Jemen, die Entstehung der Islamischen Republik Iran, die Aggressionen der Hisbollah im Libanon – hätte Mohammed ein Testament geschrieben, der Orient könnte heute friedlicher sein.

Zehn Tage liegt Mohammed auf dem Totenbett im Zimmer seiner Lieblingsfrau Aischa. Abwechselnd mit den anderen Frauen des Propheten legt sie ihm kalte Umschläge auf die Stirn, um sein hohes Fieber etwas zu dämpfen. Es ist ein Kommen und Gehen. Denn alle wollen wissen, wen der Prophet dazu bestimmt hat, an der Spitze der Gemeinschaft zu stehen. Klar ist nur, dass Mohammed der letzte Prophet ist – so hatte er es ihnen gepredigt.

Den letzten Wunsch nicht erfüllt

Hätte der Prophet Söhne gehabt – die Frage, wer die Muslime leiten sollte, wäre einfach zu beantworten gewesen. Aber er starb ohne männliche Nachkommen – «abtar», abgeschnitten, wie die Araber sagen. Keine seiner neun Frauen hatte ein Kind von ihm bekommen, auch die junge Aischa nicht, die beim Vollzug der Ehe keine zehn Jahre alt war. Dabei, das ist verständlich, hatte sich jede seiner Frauen angestrengt, ihm einen Sohn zu gebären, weil dies ihren Status gegenüber den Konkurrentinnen verbessert hätte. Kinder hatte Mohammed nur von seiner ersten Frau, Chadidscha, die dreizehn Jahre vor seinem Tod gestorben war. Sie blieb seine grosse Liebe. Die Frauen danach dienten ihm entweder zur Zerstreung oder zur Durchsetzung seiner machtpolitischen In-

teressen, weil er durch die Heirat einflussreiche Clans an sich binden konnte.

In seinen letzten Stunden ist Mohammed febrig und geschwächt – aber plötzlich bäumt er sich auf. Er verlangt nach Schreibmaterial, er wolle etwas mitteilen, «damit ihr nicht in die Irre geleitet werdet». Worüber wollte der Prophet informieren? Niemand weiss es. Aischa hat ihm den letzten Wunsch, so bescheiden er war, nicht erfüllt: aus Eigennutz und Eifersucht.

Mohammed, befürchtet Aischa, könnte auf dem Papier den Namen eines Mannes notieren, dem sie spinnefeind ist: Ali. Ali ist zwar nicht der leibliche Sohn Mohammeds. Er wuchs aber im Haushalt Mohammeds auf und steht dem Propheten äusserst nahe. Mohammed betrachtete Ali deshalb stets als den eigenen Sohn, den er nie hatte. Diesen Ali will Aischa als Nachfolger verhindern. Ihren Interessen wäre besser gedient, wenn ein Mann ihrer Familie das Erbe Mohammeds antreten würde. Sonst bliebe sie zeitlebens auf die Rolle der trauernden Witwe beschränkt.

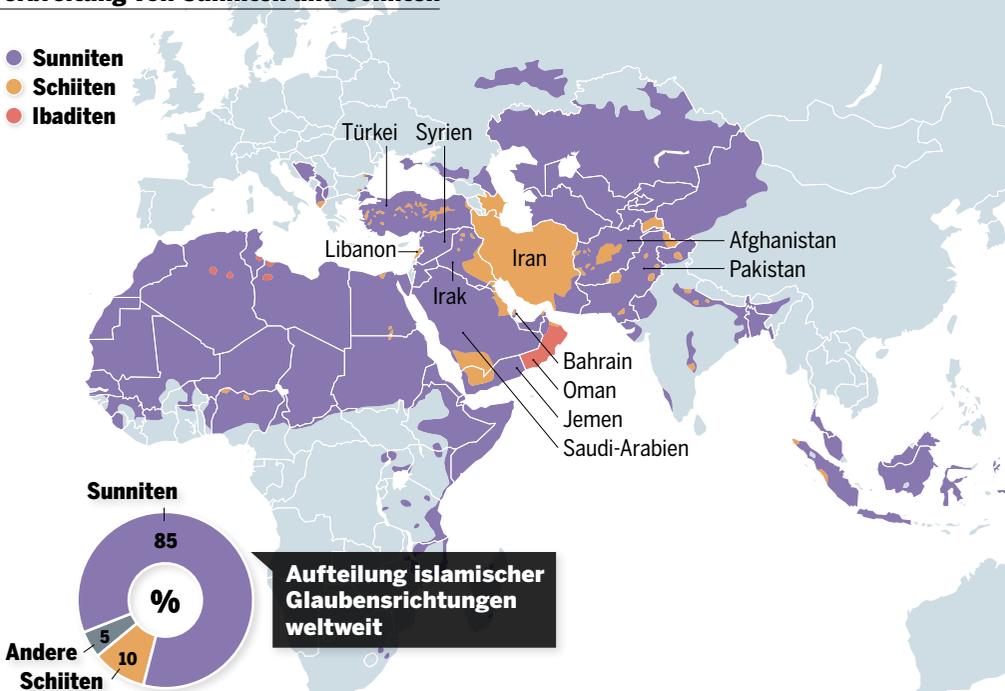
Die Abneigung ist gegenseitig. Ali lehnt Aischa als Frau an Mohammeds Seite vehement ab. Er habe dem Propheten sogar geraten, sich von ihr zu trennen – so wollen es Ge-



Freibrief, um sich gegenseitig umzubringen:

Verbreitung von Sunniten und Schiiten

- Sunniten
- Schiiten
- Ibaditen



Lange Tradition der Feindschaft, die im Nu und jederzeit wieder ausbrechen kann.



Irakische Schiiten feiern einen Erfolg gegen die Terrormilizen des Islamischen Staates in Amerli.

rüchte, die in Arabien zu jener Zeit die Runde machen. Für Ali bleibt Chadidscha, Mohammeds erste Frau, auch viele Jahre nach ihrem Tod die geliebte Respektperson.

Der treueste Kampfgefährte

Nachdem Mohammed die Augen für immer geschlossen hat, bereitet Ali die irdische Hülle des Propheten für die Beerdigung vor. Während er sie hingebungsvoll wäscht, suchen andere in langen Debatten nach einem Kalifen. Die Schura (Versammlung) will bei seiner Ernennung keine Rücksicht auf Verwandtschaftsgrade mit Mohammed nehmen. Wichtig ist ihr lediglich, dass der Mann, der von der Schura gewählt wird, der Richtige ist, um das schnell wachsende Imperium zusammenzuhalten. Er müsse zudem das «Volk der Tradition und der Gemeinschaft» repräsentieren, «Ahl al Sunnah wa'l jama'a». Daraus leitet sich später der Begriff «Sunniten» ab.

Die Wahl fällt auf Abu Bakr, den Vater von Aischa und einen der treuesten Kampfgefährten des verstorbenen Mohammed. Für Ali und seine Gefolgschaft ist das ein Verrat. Der Kalif,

sagen sie, müsse ein direkter Nachkomme des Propheten sein und Ali sei sowohl Schwiegersohn als auch Cousin von Mohammed.

Der Prophet hatte Ali seine älteste Tochter, Fatima, zur Frau gegeben – im Orient damals ein besonders starkes Zeichen der Wertschätzung. Dieser Ehe entsprangen zwei Söhne, Hassan und Hussein.

Wahl hin oder her: Ali und seine Gefolgsleute halten daran fest, dass er, Ali, aufgrund seines

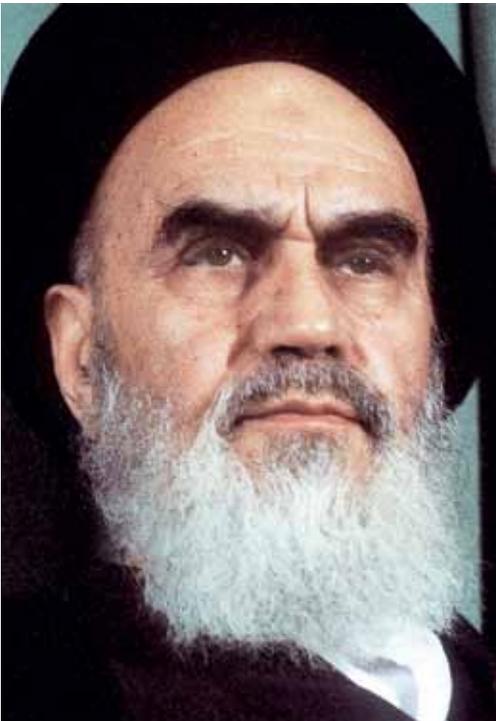
Hätte Mohammed ein Testament geschrieben, der Orient könnte heute friedlicher sein.

Stammbaums der rechtmässige Anführer der Muslime wäre. Die «Schiat Ali», die «Anhänger Alis» oder Schiiten, wie sie sich alsbald nennen – sie machen heute rund fünfzehn Prozent aller Muslime aus –, sollten nie darüber hinwegkommen, dass Ali nach dem Tod des Propheten, im Jahre 632, übergeben wurde. Mohammeds Kopf, erzählen sie sich, habe auf Alis Brust gelegen, als er starb.

Im Narrativ aller anderen Muslime ist es hingegen eine Tatsache, dass das Haupt des Propheten «zwischen Aischas Lunge und ihren Lippen» ruhte, als dieser das Zeitliche segnete. Mohammed, sagen die Sunniten, wollte keine Dynastie gründen. Für ihn war die Einheit der Muslime heilig. Er vertraute der Gemeinschaft, dass sie den fähigsten Mann wählen würde: einen, dessen Leistungen überzeugten.

Kaum gewählt, konsolidiert Abu Bakr, der erste Kalif, seine Macht. Wer ihm keine Steuern zahlen will, wird als Abtrünniger gebrandmarkt. Für so eine Person gilt das Verbot im Koran nicht mehr, dass kein Muslim das Blut eines anderen Muslims vergiessen darf. Später nutzen Sunniten und Schiiten dies als Freibrief, um sich gegenseitig umzubringen, indem der eine den anderen als Apostaten beschimpft.

Unter Abu Bakr dehnen die Muslime ihre Herrschaft auf die Arabische Halbinsel aus und marschieren in Richtung Syrien. Sein Nachfolger, Omar – Abu Bakr stirbt bei der Belagerung von Damaskus eines natürlichen Todes –, lässt sich mit «Kommandant der Getreuen» anspre-



Befreiungsakt: Ajatollah Chomeini, 1979.

chen. Seine Truppen erobern die grossen Städte Damaskus und Jerusalem; Syrien, Palästina, der Irak und Ägypten werden ebenfalls zum Imperium geschlagen. Die Expansion der Araber wird dadurch begünstigt, dass zwei grosse Reiche, Byzanz und Persien, auf dem Rückzug sind.

Aufgrund eines Mordfalles muss im Jahre 644, zwölf Jahre nach Mohammeds Tod, der dritte Kalif bestimmt werden. Denn Omar wird beim Morgengebet durch die Hand eines Sklaven aus Persien ermordet. Sechs Mal sticht dieser mit dem Dolch auf Omars Körper ein. Wenig später stirbt der Kalif, blutüberströmt.

Jetzt wähnt Ali, der Liebling Mohammeds, seine Stunde gekommen. Denn er glaubt zu wissen: Omar hat die Nachfolge geregelt, und er habe den Namen Ali ausdrücklich genannt. Allerdings, muss Ali wenig später frustriert feststellen, hat Omar fünf weitere Kandidaten bestimmt. Gemeinsam sollen sie innerhalb von drei Tagen entscheiden, wer von ihnen der nächste Kalif sein werde.

Übergangskandidat Osman

Gewählt wird als dritter Kalif schliesslich nicht Ali, sondern Osman, der Spross eines einflussreichen Clans aus Mekka. Er hatte zu den ersten Gefolgsleuten des Propheten gehört – zum Dank erhielt er später zwei seiner Töchter.

Osman sei lediglich ein Übergangskandidat, nehmen viele aufgrund seines Alters an. Doch der Siebzigjährige bleibt zwölf Jahre an der Macht. Und er stirbt nicht eines natürlichen Todes, sondern durch die Hand eines feindlichen Muslims. Osmans Anhänger fordern Rache. In ihrer Wut stellen sie sein blutgetränktes Hemd und die Finger seiner Lieblingsfrau Naila, die beim Attentat ebenfalls ihr Leben verloren hat, in der Hauptmoschee von Damaskus aus.



«Gottgefällige Tat»: Terrormilizen des Islamischen Staates mit irakischen Gefangenen in Tikrit.



Identität und Erlösung: pakistanische Schiiten an Aschura-Feiern zur Schlacht von Kerbala.

Weil niemand weiss, wer Osmans Mörder ist, zirkulieren Gerüchte. Ali, Mohammeds Adoptivsohn, habe die Killer bezahlt, sind viele überzeugt, um endlich zum obersten Muslim gewählt zu werden. Als Täter kommen aber auch viele andere in Frage. Osman hatte viele Feinde. In seiner Arroganz liess er sich als «Stellvertreter Allahs» ansprechen. Auch benutzte er seine Heiligkeit, um seine säkulare Macht zu mehren. Er war korrupt, hatte seine Verwandten reich beschenkt, mit Ländereien, Sklaven und Pferden, ebenso mit lukrativen Posten und Pöstchen. Weil in seiner Regentschaft das Herrschaftsgebiet um Persien ergänzt und auf die

Region am Kaspischen Meer, in Nordafrika und bis zur Grenze Indiens ausgedehnt wurde, hatte er einiges an Pfründen zu verteilen.

Trotz des Gemauschels, er habe den Mord an Osman in Auftrag gegeben, wird Ali als vierter «Kalif» gewählt. Den Titel lehnt er allerdings ab. Der wüste Lebenswandel und das korrupte Verhalten seines Vorgängers hätten diesen besudelt, sagt Ali. Stattdessen lässt er sich «Imam» nennen – derjenige, der an der Spitze steht. Er wolle, beschreibt er sein Programm, auf den schlichten Weg des Propheten zurückkehren.

Auf Widerstand stösst er ausgerechnet bei einem frommen Mann namens Wahab ibn Ab-

dullah, dem alles Weltliche und das Streben nach Macht ebenfalls zuwider ist. Ali habe sich mit der Elite arrangiert und seine noble Herkunft verraten, um an die Spitze der Muslime zu gelangen, wirft er dem Imam vor. Für den Clan der Wahhabiten ist Ali ein Abtrünniger. Jeder, der ihn als Kalifen akzeptiere, sei des Todes.

Der Name Wahab steht bis heute, viele hundert Jahre später, für ein fundamentalistisches Programm, für das Rückgrat des sunnitischen Extremismus. Abd al-Wahhab gründete im 18. Jahrhundert die Sekte der Wahhabiten, die in Saudi-Arabien die erkonservative Ideologie und Lebensführung prägt (*Weltwoche* Nr. 8/15 und 9/15).

«Gottgefällige Tat»

Der Clan hat sich mit einer Geschichte, die seine Grausamkeit beweisen soll, tief im kollektiven Gedächtnis der Schiiten eingepreßt. Ein Bauer – sein «Vergehen» war, dass er Ali trotz seines Arrangements mit der Elite als Imam akzeptiert hatte – musste niederknien und zusehen, wie Angehörige des Wahab-Clans seiner schwangeren Frau den Bauch aufschneiden, den Embryo an die Luft zertritten und mit dem Schwert in Stücke schnitten. Anschliessend hackten die Wahhab-Anhänger dem Bauern den Kopf ab. Sein Blut sei wie der Schnürsenkel einer Sandale geflossen, hielt ein Zeuge für die Nachwelt fest.

Entsetzt über so viel Brutalität, verlangt Ali vom alten Wahab die Auslieferung der Mörder. Das zumindest erzählen sich Schiiten seit Jahrzehnten und Jahrhunderten. Doch Wahab fertigt Ali mit einem Satz ab, der den Streit zwischen Schiiten und radikalen Sunniten zementiert: «Dein Blut, Ali, betrachten wir jetzt als halal» – für Wahab und sein Gefolge sei es also fortan erlaubt, Schiiten umzubringen.

Das befolgen die Terrormilizen des Islamischen Staates bis zum heutigen Tag: In Videos preisen sie das Töten von Schiiten als «gottgefällige Tat», dokumentieren in ihrem religiösen Wahn das grausige hundertfache Morden unbewaffneter schiitischer Gefangener.

Die Feindschaft hat eine lange Tradition: Im 19. Jahrhundert erklärten die Wahhabiten die Schiiten zu Widersachern und Feinden des Islam, was bis ins 21. Jahrhundert zu Ausschreitungen und Gewalt gegen die Schiiten führt. Dies ist auch vor dem Hintergrund dieses tragischen Familienmords zu sehen, einer Geschichte, die für Schiiten nach wie vor aktuell und welterklärend-relevant ist. Saudi-Arabien, wo die Wahhabiten ihre Ideologie durchgesetzt haben, ist für Schiiten ein Land, mit dem es sich nicht in Frieden leben lässt. Den Konflikt im Jemen sehen sie als Fortsetzung der grossen Auseinandersetzung mit den fundamentalistischen Sunniten, die auch am Nil (Salafisten), in Afghanistan (Taliban) oder im Irak und in Syrien (Islamischer Staat) ihre Ableger haben.

Alis Regentschaft ist nur von kurzer Dauer. In Basra verliert er 656 n. Chr. eine entscheidende Schlacht: gegen seine Erzfeindin Aischa. Auf einem Kamel sitzend, treibt sie ihre Truppen an. Ali stirbt an einem Gift, das durch einen feindlichen Schwertschlag in seinen Körper gelangt ist. Die (schiitische) Legende will es, dass sein Leichnam auf ein Kamel gebunden wird: Dort, wo es niederkniet, solle Ali begraben werden. Bei einem sandigen Hügel, einem Nadschaf, bleibt das Tier stehen, und dort findet Ali seine letzte Ruhe. Seither gilt dieser Ort den Schiiten als heilig, auch wegen der nach Ali benannten Moschee. Nur Mekka und Medina sind für sie wichtiger. Im letzten Jahrhundert hat Ajatollah Chomeini in Nadschaf die Islamische Revolution vorbereitet, die er 1979 im Iran entfachte.

Die Schiiten empfinden den Verlust des Kalifats als schmerzhaft und demütigende Ent-



eignung. Hussein, Alis jüngerer Sohn, will den Tod seines Vaters rächen. Mit ein paar Dutzend Getreuen stellt er sich in Kerbala, einer Stadt im Zentrum Iraks, den 4000 Soldaten seines Gegners. (Der Name hat Symbolgehalt: Das Arabische *kerab* heisst Zerstörung, *bala* kann mit Leiden übersetzt werden. Der Enkel Mohammeds weiss zwar, dass er seinem Gegner deutlich unterlegen ist, weiss auch, dass er keine Chance hat zu siegen, geschweige denn zu überleben. Wie ein Selbstmörder geht er seinem Schicksal entgegen. Am Ende stecken 33 Messer in seinem Körper, zudem hat er unzählige Wunden. Seine Gegner hacken ihm den Kopf ab. Sie stecken ihn auf eine Lanze und tragen ihn als Trophäe vor sich her.

Trauer- und Bussrituale

Seit diesem Moment ist Hussein für seine Anhänger ein Heiliger. Mit seinem Märtyrertod wird er zur zentralen Identitätsfigur der Schi-

iten. Hussein habe mit seinem Opfer die Muslime wachrütteln, die Korruption der Sunniten anklagen wollen, sind die Schiiten überzeugt. Verfolgung und Leiden bleiben in den nächsten tausend Jahren die prägenden Elemente ihrer Identität.

Weil Nadschaf und Kerbala, die Orte der beiden schiitischen Schlüsselereignisse, im Irak liegen, gilt dieses Land, wo Sunniten und Schiiten seit Jahrhunderten immer wieder aufeinanderstossen, als Wiege des Schiismus. Was hier vor Jahrhunderten geschah, ist so lebendig und präsent, als wäre es gestern erst geschehen. Es gibt zwar immer wieder längere Perioden der Koexistenz. Aber die alte Feindschaft kann im Nu und jederzeit wieder ausbrechen, sie kann mit Leichtigkeit für politische Zwecke missbraucht werden. So geschehen zum Beispiel nach der amerikanischen Invasion im Irak vor zwölf Jahren, als Saddam Hussein entfernt und die Sunniten entmachtet wurden, oder später unter dem ehemaligen irakischen Premierminister Nuri al-Maliki, einem Schiiten: Er setzte prominente sunnitische Minister ab.

Jahr für Jahr gedenken Schiiten an Aschura-Feiern zur Schlacht von Kerbala. Sie zelebrieren Trauer- und Bussrituale mit öffentlich zur Schau gestellten Selbstgeisselungen, bei denen Blut fliessen soll, weil sie am Leiden Husseins partizipieren wollen. Es ist eine Spirale, in der Vergangenheit und Gegenwart, Glaube und Politik, persönliche Identität und nationale Erlösung ineinander verwoben sind. Jeder Tag, lautet ein schiitisches Sprichwort, sei Aschura, und jeder Ort sei Kerbala.

Als PR für seine Revolution setzte Ajatollah Chomeini das kräftige Symbol der Aschura-Feiern ein: «Lasst die blutgetränkten Fahnen der Aschura wo immer möglich aufziehen, als Zeichen des kommenden Tages, an dem sich die Unterdrückten an den Unterdrückern rächen werden,» schrieb Chomeini wenige Monate vor der Islamischen Revolution. Die Anrufung von Kerbala mobilisierte die Massen, und Chomeini interpretierte die Geschichte neu auch als Befreiungsakt gegen diejenigen, die «alles» besitzen und «alles» beherrschen.

Die Botschaft von Kerbala wurde in den frühen 1980er Jahren auch im Krieg gegen den Irak eingesetzt: Die Kinder, die vor dem Vorrücken der iranischen Truppen als Minensucher eingesetzt wurden, trugen ein Stirnband mit der Aufschrift «Kerbala». Das wurde nicht als menschenverachtender Missbrauch von Jugendlichen taxiert, sondern als Erinnerung an Hussein: Auch er verfügte als einzige Waffe über das eigene Leben, das er aufopfernd in die Schlacht warf.

Lesley Hazleton: After the Prophet: The Epic Story of the Shia-Sunni Split in Islam. Doubleday

Amal vs. Angie

Die zwei schönsten Frauen der Welt liefern sich ein erbittertes Fernduell. Vergeblich haben ihre Gatten George und Brad zu vermitteln versucht. Nach einem Jahr kaltem Krieg muss jetzt eine Schlichtung her. Zum Wohl der Menschheit. *Von Urs Gehriger*

Klick, klack, stolziert Amal Clooney durch den Flur der Columbia University in New York. Sie trägt einen cremefarbenen Mantel und Slingback-Heels mit Blumenmuster von Oscar de la Renta, an der Schulter schaukelt eine *tangerine* schimmernde Handtasche in der Grösse eines Toasters. Sie sieht umwerfend aus. Klick, klack, verschwindet sie jetzt in Vorlesungssaal 103.

Amal ist nach New York gekommen, um über Menschenrechte zu referieren. Ihr Metier. Sie ist Menschenrechtsanwältin, hat sich für Prominenz wie Julian Assange oder Julia Timoschenko ins Zeug gelegt. Während sie vor den Studenten spricht, schauen Passanten durch eine kleine Glasluke in der Tür. Kein Wort dringt nach draussen. «Wir haben strikte Anweisung, nicht darüber zu reden», sagt eine Studentin vor Reportern.

Amals Ehemann, Schauspieler George, ist auch in der Stadt. Er dreht «Money Monster» (Regie: Jodie Foster). Aber nicht der Silberfuchs aus Hollywood, die aparte Amal mit den Rehaugen ist es, die alle in ihren Bann zieht. «Amal Clooney hat New York im Sturm erobert», schwärmt die *New York Times* in seitenfüllender Berichterstattung. Nie habe man Ähnliches erlebt, seit Angelina Jolie mit Brad Pitt in der Stadt gelebt habe, und das ist acht Jahre her.

Noblesse in Vollendung

Angelina? Der Hollywood-Darling macht derzeit wieder mit medizinischen Eingriffen Schlagzeilen. Nach der Brustentfernung hat sie sich auch die Eierstöcke ausräumen lassen. Wegen vererbter Krebsgefahr. Das erheischt enormen Respekt, die Welt zieht den Hut. («Ihre Offenheit ist beeindruckend.» [*Weltwoche*]) Aber so richtig cool ist das nicht. Cool ist Amal, die «smarte», «diskrete», «geheimnisvolle» Libanesin. Allein ihr Mädchenname – Alamuddin – duftet nach Zedernholz und Rosenwasser. Und erst ihr Monogramm: A.A. – Noblesse in Vollendung! Selbstlos hat sie es preisgegeben an ihrer Märchenhochzeit mit George in Venedig letzten Herbst.

Kann sein Herz überhaupt fassen, was ihm, dem ewigen Beziehungsvagabunden, das Glück beschert? Was seine Amal tut, hat politische und gesellschaftliche Relevanz. Sie berät Regierungen und Wirtschaftsgrössen. Sie bewegt sich in der höchsten Wohltätigkeitsetage.

Das geht Angelina gewaltig gegen den Strich. Seit Amals Verlobung mit George vor einem Jahr steht sie mit dieser in erbitterter Konkurrenz. Angie, 39, könne Amal, 37, nicht riechen,

«weil die Staranwältin brutale Diktatoren verteidigt», berichtet die Regenbogenpresse. Doch das sind Nebelpetarden. Hollywood ist ein Land der Wohltäter. Regiert wird es seit Jahren vom Weltverbesserer-Paar Jolie & Pitt. Und jetzt macht Clooneys Neue Angie den Thron streitig, für den sie sich als Uno-Botschafterin ins Elend gestürzt hat.

Kräftezehrendes, nutzloses Diven-Duell! Entzieht sich jedem Sinn. Was ist, sollte nicht sein, muss aber sein, damit werde, was nimmer würde, wäre nicht das, was ist, so, wie es nicht sein sollte. Zum Leidwesen ihrer Männer Brad und George. Die beiden Olympier der Traumfabrik sind dicke Freunde seit dem Set von

«Ocean's Eleven» (2001). Auf Brads Couch lag stets eine Wolldecke für George bereit. Und George hatte immer eine Schulter frei, auf der Brad eine Ehekrise ausheulen konnte. Doch nun herrscht Funkstille. «George und Brad dürfen nicht mehr miteinander sprechen», weiss die US-Website *celebritylaundry.com*. Nicht einmal zu Georges Traumphochzeit durfte Brad fahren.

Angies Abneigung ist so ausgeprägt, dass sie nicht mal über ihren Schatten springt, wenn man ihr die Hand reicht. Vor ihrer Reise nach New York hat Amal zwei konkrete Angebote für ein gemeinsames Dinner gemacht. Angie antwortete nicht. «Amal war schockiert über



Es gibt Hoffnung: Anwältin Amal Clooney ...

so schlechte Kinderstube», berichtet das amerikanische *OK! Magazine*. «Aussen hui, innen pfui!», giftet die *Bunte*.

Auf gespanntem Seelenfell trommelt die Journalistin, was sie zu sagen hat. «Angie ist unfähig, mit einer Frau befreundet zu sein», zitiert *celebritylaundry.com* eine intime Quelle. «Frauen wollen Angie nicht zu nahe kommen, weil sie eine kleine Betrügerin ist», schreibt *Esquire*. Die verheulten Augen von Jennifer Aniston, Brad Pitt, hätten sich eingeätzt in Amals Hirn.

Duell mit Garderoben und Gesten

So führen die beiden ihre Fehde als Fernduell. Nicht wie Lara Gut und Lindsey Vonn, die sich in der Wartezone am Skirennstart in einem Psychokrieg piesacken. Nicht wie Maria Stuart und Elisabeth I., die sich wie hinterhältige Katzen umstrichen. Amal und Angie, die Celebritys der Superlative, haben keinen Klängenkontakt. Sie duellieren sich, indem sie sich mit Garderoben und Gesten überbieten.

Und das Publikum fiebert mit wie einst der Pöbel im Kolosseum zu Rom. Es scheint sich ge-

rade auf die Seite Amals zu schlagen. «Ich wette, Amal hat keine Videos von sich, wie sie sich mit Hundehalsband und getapten Brustwarzen im Ledersessel räkel!», schreibt Leserin Shelly Sue auf *celebritylaundry.com*. «Amal ist in jeder Beziehung in einer höheren Liga.»

Auch die durchlauchten Mode-Granden setzen auf Amal. Ihr Geschmack sei «impeccable», als Stilikone habe sie mit Prinzessin Kate gleichgezogen. Ja, sogar einen neuen Trend unter Amerikas Männern hat Amal ausgelöst. «87 Prozent wollen eine Frau, die gescheiter ist und mehr verdient als sie», berichtet die *Daily Mail* mit Verweis auf eine Studie. «Amal-Effekt» nennen Forscher das Phänomen.

Angie scheint verzweifelt, stürzt sich in die Arbeit. Nach dem Kriegsfilm «Unbroken» macht sie sich an die Verfilmung von «Wonder Woman». Auch an ihrer Flickwerkfamilie wird eifrig weitergestrickt. Das *US Weekly* weiss: «Angie möchte ein kleines Mädchen aus Syrien adoptieren.» Und obwohl sich Angelina erst kürzlich die Eierstöcke entfernen liess, planen die Filmschönheit und ihr Liebster weitere

Kinder aus ihrem eigenen Fleisch und Blut. Dafür habe Angie vor dem Eingriff extra ihre Eizellen einfrieren lassen.

Kinder, sie sind das ultimative Ass in Angies Ärmel. Allein der Gedanke daran entflammt Agonie zwischen Amal und George. Schreckliche Gerüchte machen die Runde: Amals strenges Nein zu Georges Kinderwunsch habe die Ehe in den Grundfesten zerrüttet. Sechs Monate nach der Hochzeit stehe das Traumpaar vor dem Aus.

Ob es daran liegt, dass Amal immer dünner wird? Auf neusten Fotos sieht sie magerer aus als je zuvor. In einem nudefarbenen Jupe und einem trägerlosen Top bietet sie freie Sicht auf dürre Ärmchen, während der Rock um ihre Zahnstocher-Beinchen schlackert. Da kommt Georges 54. Geburtstag am 6. Mai gerade richtig. In seiner Rustika am Comersee wollen die beiden im intimen Rahmen ausspannen. Doch Ungemach folgt auf den Fuss. *IN* berichtet in seiner neusten Ausgabe, wegen «Sorge vor einem Anschlag» auf Amal sei das Clooney-Anwesen zur «Sperrzone» erklärt worden.

Allein schaffen sie's nicht

Eigentlich müsste sich die Welt nicht im Geringsten darum kümmern, wären die Protagonisten des Dramas Normalsterbliche. Doch jetzt, da der Friedensnobelpreisträger Obama seinen letzten Ölweig gebrochen hat, liegt das Schicksal des Erdenreichs in Amals und Angies Händen. Deshalb: *Stop war, make love*, ihr zwei!

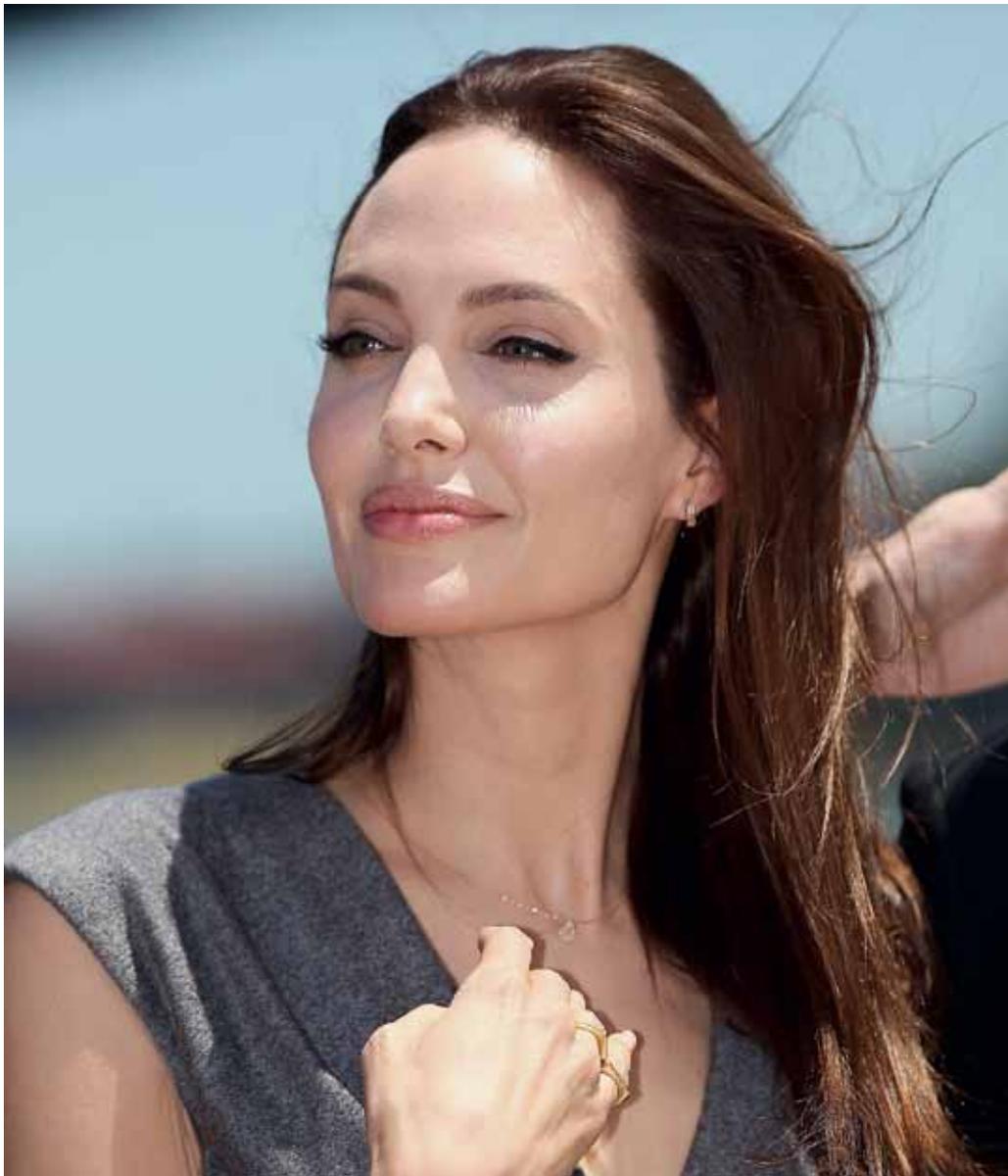
Bloss, allein schaffen sie's nicht. Bald allerdings könnte sich ein Fenster der Hoffnung öffnen. Dem Vernehmen nach wird George Amal auf seiner Harley von Como über den Gotthard ausfahren. Der Zufall will es – so weiss die Redaktion aus höchst zuverlässiger Quelle –, dass auch Brad mit Angie die Schweiz ansteuert, zwecks Optimierung seiner Kunstsammlung an der Art Basel.

So naht der Moment, da die Schweiz ihre besten Pferde im Stall satteln muss.

Didier, zartbesaiteter Diplomatenhengst, durch seine Ukraine-Gala zu Höchstleistungen aufgaloppiert, und die Celebrity-gewaschene Friedrun als stilsichere Kuppelmutter werden zusammenführen, was zusammengehört.

Welch ein Triumph, gelänge die Schweizer Intervention! Mit geballter Kraft wird die Amangelina-Stiftung den Appetit des Tyrannen Pol Put auf Landräubereien zügeln, die anthropophagen Straflisten zum Veganismus bekehren und die bedrohte Kakodunu-Population auf Suristan durch künstliche Befruchtung vor der Ausrottung retten.

Und während Amal & Angie die Welt dem Zeitalter matriarchalischer Harmonie zuführen, finden ihre leidgeprüften Gatten, in alter Freundschaft vereint, zurück zu ihren glänzendsten Rollen: Brad gibt den Rotznasen bändigenden Patchwork-Dad. Und George macht den Kaffee. *What else?* ○



... Hollywoodstar Angelina Jolie.



«Wir Europäer haben ein wichtiges Glaubensbekenntnis geerbt»: Philosoph Scruton.

«An die wahren Werte erinnern»

Roger Scruton ist der führende wertkonservative Vordenker Grossbritanniens. Die nationale Selbstbehauptung ist für ihn Voraussetzung für ein stabiles Staatswesen.

Von Rolf Hürzeler

Der 71-jährige Brite Roger Scruton gilt als eine Koryphäe der ästhetischen Philosophie. Er schreibt zudem über alle möglichen Facetten des menschlichen Zusammenlebens von der Religion über die Musik bis zur Sexualität. Dabei nimmt er stets prononciert konservative Positionen ein. Scruton lehrte an der Universität von Boston und hatte Lehraufträge an zahlreichen renommierten Hochschulen von der Princeton University über Oxford bis St Andrews in Schottland. Der Philosoph ist eine Ausnahmeerscheinung, nämlich ein konservativer Intellektueller, der in Grossbritannien viel Anerkennung genießt. Er votiert bei der kommenden Unterhauswahl

für die Konservativen: «Aber es ist schade, dass Cameron die Ukip-Wähler nicht anzusprechen vermag.»

Mr. Scruton, der Begriff «konservativ» ist im Deutschen nicht deckungsgleich mit dem englischen «conservative». Das englische Wort ist dynamischer und positiver besetzt – warum gibt es in England Konservative, während sich auf dem Kontinent wenige offen so bezeichnen würden?

In England kam das Wort nach der ersten Wahlrechtsreform von 1832 als positiver Begriff auf, was zur Gründung der Konservativen Partei führte. Aber schon der Staats-

philosoph Edmund Burke gebrauchte das Wort im 18. Jahrhundert in einem positiven Sinn – als eine Antwort auf die Zerstörungen, die die Französische Revolution anrichtete. Die Briten wussten damals, dass sie eine stabile Regierung hatten und eine friedliche soziale Ordnung, die es zu bewahren galt. Das hängt mit der Überzeugung zusammen, dass Reformen immer der Revolution vorzuziehen sind. Die Politik sollte stets nach kleinen, lokal abgestützten Veränderungen streben und keinesfalls nach grossartigen Entwürfen, die den Menschen von oben aufgezwungen werden. Die Schweizer sind in dieser Bezie-

hung ja ähnlich wie die Engländer, selbst wenn sie das Wort «konservativ» für sich kaum in Anspruch nehmen. In Frankreich und Deutschland kommt es nicht vor, weil der Staat die Verantwortung für die Bürgergesellschaft übernommen hat, im Namen von «Fortschritt», «Gleichheit», «sozialer Gerechtigkeit» und anderen abstrakten Begriffen. Meines Erachtens sind diese Länder deshalb instabil und standen im Mittelpunkt von zwei grossen Kriegen.

Wie hat sich die konservative Bewegung in Grossbritannien entwickelt, und wohin steuert sie?

Die konservative Bewegung war die Antwort auf die industrielle Revolution, das europäische Chaos, das Napoleon verursacht hatte. Der Begriff «konservativ» hatte in zwei Weltkriegen Bestand – bei der Verteidigung der nationalen Souveränität gegen eine fremde Vorherrschaft. Jetzt steht der Begriff für die Selbstbehauptung gegenüber der EU, der Masseneinwanderung sowie der möglichen Auflösung des Vereinigten Königreichs durch die Trennung von Schottland. Das Konservative hat in Grossbritannien eine Zukunft, sofern sich England gegenüber Schottland behaupten kann und seine Souveränität über die Grenzen von der EU wiedergewinnt.

Sie kritisieren, dass die Wähler in der EU keine Identität finden. Ist es nicht gefährlich, auf die nationale Karte allein zu setzen nach den Konflikten im letzten Jahrhundert?

Manche Leute behaupten, der «Nationalismus» habe Europa in den beiden Weltkriegen zerstört. Was immer wahr daran sein mag, wir Briten konnten uns nur dank der Selbstbehauptung retten. Wir führten gegen Hitler einen Verteidigungskrieg im Namen unseres Landes und seiner territorialen Integrität. Wir hätten das nicht tun können ohne den grundlegenden Glauben an unsere Nation als ein gemeinsames Haus. Ihr Schweizer seid ja genau gleich, aber ihr habt eure nationale Souveränität verteidigt, weil sie wichtiger ist als jede internationale Regelung, die sie einschränken könnte. Deshalb habt ihr euch geweigert, der EU beizutreten – trotz eurer verwirrten Classe politique.

Sie sagen, die Menschen verlangen nach Antworten, ohne die richtigen Fragen zu stellen. Warum sollten sie diese Antworten in einer konservativen Politik finden?

Politische Parteien können keine Antworten auf die tiefgehenden Fragen des menschlichen Daseins liefern. Sie können die Menschen nur an die wahren Werte erinnern und sie auffordern, für diese einzustehen.

Sie kritisieren seit Jahren die britische Einwanderungspolitik. Widerspricht dieser Ansatz nicht Ihrem moralischen Wertesystem?

Die Masseneinwanderung von Leuten ohne eine grundlegende Loyalität zu ihrem Gastland ist immer eine grosse Gefahr. Das heutige Ausmass bedroht die politische Ordnung und die soziale Harmonie, die wir im Lauf von Jahrhunderten erreicht haben. Jedermann weiss das, aber niemand wagt es zu sagen – aus Angst, als «rassistisch», «fremdenfeindlich» oder «islamfeindlich» zu gelten. Das sind allesamt dumme Begriffe, die die Medien falsch vermitteln. Es ist gut, denjenigen die Gastfreundschaft anzubieten, die sie wirklich nötig haben. Aber es ist schlecht, so weit zu kapitulieren, dass man über gar keine eigene Gastfreundschaft mehr verfügen kann, um diese allenfalls anzubieten. Das ist zwar offenkundig, aber politisch nicht erwünscht.

Sie treten für ein christliches Gottesverständnis ein – eine Lebenshilfe oder eine intellektuelle Einsicht?

Natürlich ist der Glaube an Gott eine Hilfe, um die Prüfungen des Lebens zu bestehen. Aber wie finden wir diesen Glauben in einer Welt, in der die Wissenschaft unsere Erkenntnisse prägt und die Religion nicht mehr das Wichtigste ist, sondern lediglich

«Die Masseneinwanderung von Leuten ohne eine grundlegende Loyalität ist eine grosse Gefahr.»

ein Ansatz unter vielen? Ich würde sagen, dass wir Europäer ein wichtiges Glaubensbekenntnis geerbt haben, das auf einem einzigen Vorbild gründet – einem Menschen, der bereit war, bis zum Tod zu leiden, und denjenigen vergab, die ihn gequält hatten. Im Gebet können wir uns täglich neu daran erinnern.

Zurück zu Ihrem konservativen politischen Verständnis: Gibt es überhaupt eine Partei, die es in Ihrem grundlegenden Sinn tatsächlich vertritt?

In meiner Sicht bilden Parteien Allianzen unterschiedlicher Interessen, die sich gemeinsam formieren, um möglichst viele ihrer Ziele zu erreichen. Aber sie können diese lediglich mit Kompromissen und Verhandlungen erreichen und so an die Macht gelangen. Man darf von einer politischen Partei nicht erwarten, dass sie sich durch abstrakte Prinzipien definieren lässt. Tut sie es dennoch – wie die Kommunisten und die Faschisten –, wird es gefährlich. Dann nämlich sind die wichtigsten politischen Prämissen in Frage gestellt – eine lebendige Opposition und die Bereitschaft zu Kompromissen. ○

Roger Scruton

Querdenker

Als streitbarer Konservativer fordert Scruton regelmässig das Establishment heraus.

Quälend ist für Roger Scruton der Gedanke an Leute in der Regierung, die er verabscheut: «Aber das zu akzeptieren, ist die Voraussetzung für unser Staatswesen», konstatiert der 71-Jährige in einem Beitrag der BBC. Deshalb ist gewaltsame Revolte aus seiner Sicht weit schlimmer. Zu dieser Erkenntnis gelangte der Philosoph im Mai 1968, als er in Paris weilte und erlebte, wie «verwöhnte Mittelklassekinder randalierten».

Scruton wuchs in einem kleinbürgerlichen Milieu auf. Sein Vater war ein überzeugter Labour-Anhänger, seine Mutter schätzte das englische Landleben. Nach Studien in Cambridge setzte er auf eine akademische Laufbahn, die er mit einem breitgefächerten politischen Engagement verband. So war er Mitbegründer der konservativen Zeitschrift *The Salisbury Review*, die er jahrzehntelang herausgab.

Der streitbare Querdenker und bekennende Christ liebte stets die Auseinandersetzung mit akademischen Leitfiguren des britischen Establishments und nahm es mit Geistesgrössen auf wie dem linken Historiker Eric Hobsbawm oder dem Atheisten Richard Dawkins. Scruton schrieb über dreissig Bücher, kürzlich etwa den Bekenntnisband «How to be a Conservative». Im Einzelnen ist er bereit, auf einmal gefasste Meinungen zurückzukommen. So lehnte er vor dreissig Jahren die Homosexualität als Lebensform radikal ab, vertritt diese Haltung heute jedoch nicht mehr.

Die Vorstellung, Scruton sei ein abgehobener Denker mit einem zum Hang zum Vergeistigten, ist allerdings falsch. Der Mann ist sehr diesseitig, er gilt als Weinkenner mit geübter Nase und geniesst die Freuden der englischen Fuchsjagd, auch wenn diese seit der letzten Labour-Regierung verboten ist.

Scruton ist kein Heiliger. Seine Überzeugung, dass der Staat die Persönlichkeitsrechte seiner Bürger schützen muss, machte ihn zu einem Propagandisten der Tabakindustrie. Dumm nur, dass 2002 Zahlungen der Tabaklobby an ihn bekannt wurden, was ihm lang zum Vorwurf gemacht wurde. Seine Anhänger haben dem Sünder verziehen, seine Gegner sehen seither ihr Feindbild bestätigt. *Rolf Hürzeler*

Wie die Schweiz den Krieg verkürzte

Am 29. April 1945 kapitulierten die deutschen Truppen in Norditalien. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Schweiz. Ich war bei den geheimen Aktionen hautnah dabei.

Von Inge Ginsberg

Heute bin ich 93 Jahre alt, war also 1945, im letzten Kriegsjahr, 22 und arbeitete für den amerikanischen Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) in seinem europäischen Hauptquartier, einer eleganten Villa in Lugano-Cassarate.

Anfang 1945 kämpften die Alliierten erfolglos rund um Caserta in Süditalien. Was heute kaum noch jemandem bewusst ist: Ohne Schweizer Hilfe wären die Befreiung Italiens vom Faschismus und das Kriegsende in Europa erst viel später erfolgt. Vielleicht wurde dadurch gar der Einsatz von US-Atomraketen verhindert. Ich war Augenzeuge der Verhandlungen, vom Beginn im Januar 1945 bis zur Kapitulation der deutschen Truppen in Italien am 29. April 1945. Hitler erschoss sich einen Tag später. Der Krieg war zu Ende, Stalin hatte – zum Glück – «nur» halb Europa besetzt.

Amerika sollte der Schweiz dankbar sein, anstatt auf unsere Banken loszugehen. Und die Schweizer dürfen stolz sein auf ihre Vorfahren im Zweiten Weltkrieg: Man schickte nicht Zehntausende Flüchtlinge «in den sicheren Tod» zurück, wie oft fälschlicherweise behauptet wird. Die Schweiz nahm viele Flüchtlinge auf, das Volk war bereit, das Brot mit ihnen zu teilen – so auch mit mir und meiner Familie. Aber das ist eine andere Geschichte. Hier geht es um das Kriegsende, so wie ich es erlebt habe. Vier Männer mit Zivilcourage stehen im Zentrum des Geschehens:

Max Waibel, Major im Generalstab der Schweizer Armee und Leiter der Spionageabwehr.

General Karl Wolff, höchster SS- und Polizeiführer in Italien, Oberkommandierender über 1,5 Millionen deutsche und italienische Soldaten.

Baron Luigi Parrilli, italienischer Millionär.

Max Husmann, Rektor des Privatgymnasiums Montana auf dem Zugerberg.

Ich stamme aus einer jüdischen Wiener Familie, die die tödliche Gefahr der Nazis lange unterschätzt hatte. In letzter Sekunde, im Oktober 1942, ergriffen wir die Flucht. Nach einer langen und gefährlichen Reise schafften wir es von St. Gallenkirch (Vorarlberg) über die grüne Grenze nach St. Antonien in die Schweiz. Endlich waren wir in Sicherheit! Vorerst kamen wir in ein Auffanglager nach Adliswil. Mein Verlobter, Otto Kollmann, wurde ins Tessin versetzt,

wo er sich ein Zubrot als Pianist im «Caffè Federale» verdiente. In dem Lokal verkehrten auch Angestellte des US-Geheimdiensts OSS, die ihn prompt ansprachen – und anheuerteten.

Als man einige Wochen später im OSS-Hauptquartier, der Villa Westphal am Stadtrand von Lugano, eine Haushälterin suchte, schlug er mich vor. So gelangte ich im Juli 1944 ins Tessin – und ahnte noch nicht, dass ich Zeugin von Ereignissen werden würde, die die Weltgeschichte veränderten.

Von der Villa Westphal aus unterstützten wir die Domodossola-Partisanen, die in Norditalien Widerstand gegen die Nazitruppen leisteten. Wir versorgten sie mit Waffen, Plänen und Geld. Verwundete wurden in unserer Villa gesund gepflegt, nach erfolgreichen Aktionen durften sie bei uns Ferien machen. Die Schweiz wusste genau Bescheid, was in der Villa vor sich ging, man liess uns gewähren, obschon dies gegen die Neutralität versties.

Ich, 22, Maria, *la bella bionda*, hatte ohne Rationierungskarten manchmal bis zu dreissig hungrige Kämpfer aus Norditalien zu verköstigen, ihnen Kleider zu besorgen. Ich kannte alle Schwarzhändler rund um Lugano, wir hatten



Fast unmögliche und absurd erscheinende Mission:



«Man liess uns gewähren»: Zeitzeugin Ginsberg.



«La bella bionda»: Autorin Ginsberg, 1960.



Major Max Waibel, Internatsleiter Max Husmann und Baron Luigi Parrilli beraten sich 1945 in Zürich.

einen ständigen Arzt, unseren *dottore*, dessen Namen niemand kannte. Zu uns kamen Schwerverwundete, Opfer der Gestapo-Folterungen, der *dottore* brachte Wunderheilungen zustande.

Mein Schutz war Walco, ein riesiger deutscher Schäferhund, auf mich dressiert. Er diente auch als Ablenkung, wenn William Nabarro, genannt Bill, offiziell Handelsattaché der USA, und ich Waffen nach Domodossola schmuggelten: Walco lief davon, ich ihm nach, pfeifend und rufend. Die deutschen Grenzer, alles blutjunge Burschen, halfen der auf Deutsch rufenden *bella bionda*, und der Hund kam erst zurück, wenn die Mission erfolgreich beendet war.

Mein Vorgesetzter war Donald Jones, zirka 35 Jahre alt, ein Draufgänger, immer in einer Lederjacke. Die Partisanen liebten ihn und vertrauten ihm, ihrem *amico Scottie*. Am 26. April verhielt er sich auffällig anders als sonst: Er fuhr in einer fremden Limousine zur Villa. Ohne Erklärungen abzugeben, wies er vier Burschen an, mit ihm zu kommen. Sie eilten zu ihren Waffen und standen in wenigen Minuten bereit an der Tür. Ich strich ihnen rasch ein paar Butterbrote,

Jones lehnte ab, die Jungs steckten sie in die Tasche. Die Stimmung war angespannt, wir spürten, dass etwas Wichtiges vor sich ging, wussten aber nicht, was. Niemand schlief in dieser Nacht.

Gegen vier Uhr morgens kamen die Burschen ausgelassen zurück. Sie prahlten, dass sie in Cernobbio am Comersee einen Herrn in Zivil befreit hätten. «Befreit von wem», fragte ich, «wenn denn schon alles in Partisanenhand ist?» – «Von anderen Partisanen», sagte einer.

Was wir erst viel später erfuhren: Bei dem befreiten Deutschen handelte es sich um SS-General Karl Wolff. Der Chef des Schweizer Militärischen Nachrichtendienstes, Max Waibel, hatte Jones den Auftrag gegeben, Wolff aus der von Partisanen belagerten Villa Locatelli in Cernobbio zu befreien. Die Schweizer wollten Wolff retten, um die bereits vorbereitete Kapitulation der deutschen Armee in Oberitalien zu ermöglichen. Und sie wollten auch vermeiden, von Flüchtlingen und dem aufgelösten deutschen Heer überrannt zu werden.

Es war also eine fast unmögliche und absurd erscheinende Mission: Die Amerikaner hatten

auf Schweizer Wunsch und mit Hilfe von italienischen Partisanen einen deutschen SS-General aus der Hand anderer Partisanen gerettet. Über die Hintergründe der Aktion hat Max Waibel viele Jahre später – nach anfänglichem Verbot – ein interessantes Buch veröffentlicht.

Eine Lawine brachte die Wende

Neben Waibel waren zwei andere Privatpersonen massgeblich daran beteiligt, das Kriegsende frühzeitig herbeizuführen. Einer war Baron Parrilli, ein kleiner, eleganter Herr, Fabrikant und Millionär, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Kunstschatze Italiens zu retten. Deutschland hatte beschlossen, vor einem Rückzug sämtliche berühmten Renaissance-Kunstschatze sowie sämtliche Industrieanlagen Norditaliens zu sprengen. Parrilli machte mir den Hof, brachte Blumen und Schokolade und behandelte mich wie eine grosse Dame. War es echt oder Vorwand? Er kannte den jungen deutschen Heeresoffizier, Friedrich Dollmann, der grossen Einfluss auf SS-General Karl Wolff hatte. Von Januar 1945 bis zur Kapitulation fan-

Operation Sunrise

Max Waibel hat zum Kriegsende in Norditalien beigetragen. Die Schweiz distanzierte sich trotzdem von ihm. *Von Rico Bandle*



Dorn im Auge: Major Waibel.

Die Aktionen des US-Geheimdienstes OSS auf Schweizer Boden, die Inge Ginsberg im nebenstehenden Artikel beschreibt, sind als «Operation Sunrise» in die Geschichte eingegangen. Heute gilt unter Historikern als unbestritten: Die durch Max Waibel sowie die Privatleute, Luigi Parrilli und Max Husmann nach monatelanger, zäher Vermittlertätigkeit herbeigeführte Kapitulation der deutschen Heeresgruppe Süd hat den Krieg um Tage oder Wochen verkürzt und wahrscheinlich Zehntausende von Leben gerettet.

Dass die Geschichte dennoch kaum bekannt ist und der couragierte Major Max Waibel – im Gegensatz etwa zu Flüchtlingshelfer Paul Grüniger – nicht als Held wahrgenommen wird, hat damit zu tun, dass der Bundesrat jenes Kapitel der Kriegsgeschichte lange Zeit unter Verschluss hielt. Aus neutralitätspolitischen Gründen waren die Vorgänge höchst umstritten. Im Juni 1945 publizierte Waibel in der *Weltwoche* einen dreiteiligen Bericht, «Wie Norditalien gerettet wurde», in der Folge erhielt er ein lebenslanges Verbot, über seine Erlebnisse zu sprechen oder zu schreiben. Erst 1981, zehn Jahre nach seinem Suizid, durfte sein Buch in der Schweiz publiziert werden.

Andererseits waren der Schweizer Linken Waibel und die Schweizer Vermittlerdiens-

te ein Dorn im Auge: Bei der «Operation Sunrise» waren die Russen nicht beteiligt, Stalin legte bei den Amerikanern scharfen Protest gegen die Kapitulationsverhandlungen ein. Einige Historiker sehen darin sogar den Startschuss für den folgenden Kalten Krieg. Die hiesige linke Presse, die Sympathien mit der kommunistischen Sowjetunion hegte, kritisierte die Schweiz noch viele Jahre lang heftig dafür, die Tätigkeit der OSS unter Allen Dulles (im Krieg Chefspion in der Schweiz, später mächtiger Direktor der CIA) geduldet zu haben. Die Kontroverse war so spannungsgeladen, dass Dulles 1962 von einem Verkauf der Rechte an der «Operation Sunrise»-Geschichte an ein Hollywood-Studio absah, um nicht zusätzlich Öl in die Debatte zu giessen.

Die Frage bleibt: Was hat der Bundesrat über die «Operation Sunrise» und die von der Villa Westphal ausgehenden Aktionen gewusst? Hat er sie gebilligt? Ginsberg sagt, die Schweizer seien regelmässig vor Ort und sich immer im Klaren gewesen, was in der Villa vor sich gegangen sei. Die offizielle Schweiz stritt jegliches Mitwissen ab – auch Waibels Vorgesetzte, General Henri Guisan und Oberstbrigadier Roger Masson beteuerten, nicht beteiligt gewesen zu sein. Dies erwies sich später als Schutzbehauptung: Masson hatte die Übermittlung der Kapitulationsurkunde über den Grenzübergang Martinsbruck im Unterengadin persönlich genehmigt. Ob die Informationen bis zum Bundesrat vorgedrungen sind, bleibt offen. Bei der Einweihung der Gedenktafel für Max Waibel 2005 in Luzern vertrat der ehemalige Staatssekretär Franz Blankart in seiner Rede die offizielle Version: Er sagte, Waibel wäre vom Bundesrat gestoppt worden, hätte dieser von seiner Tätigkeit gewusst.

Litaraturhinweise:

Max Waibel: 1945 – Kapitulation in Norditalien. Originalbericht des Vermittlers. Helbing & Lichtenhahn, 1981

Allen Dulles, Gero v.S. Gaevernitz: Unternehmen Sunrise. Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien. Econ, 1967

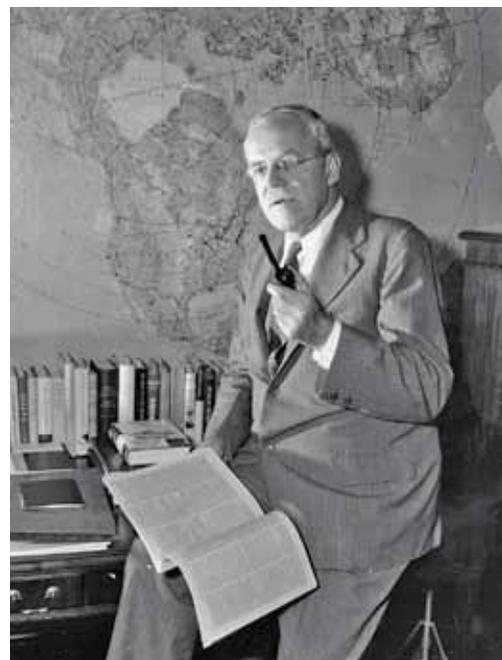
Inge Ginsberg: Die Partisanenvilla. DTV, 2008

Kerstin von Lingen: SS und Secret Service. «Verschwörung des Schweigens»: Die Akte Karl Wolff. Schöningh-Verlag, 2010

Alex Capus: Der ungehorsame Soldat Max Waibel. In: 13 wahre Geschichten. DTV, 2006



Glückliches Ende: Im Häuschen «La Casetta» in



Rätselhafte Aktion: OSS-Gesandter Allen Dulles.

den viele Treffen in unserer Villa statt, immer ermöglicht und geschützt durch Max Waibel und seinen Vertreter im Tessin, Lohengrin Filipello, offiziell Sprecher des Tessiner Radios.

Späte Genugtuung

Der Dritte im Bunde war der Internatsleiter Max Husmann, ein stiller, aber begnadeter Vermittler, der Waibel mit Parrilli zusammengebracht hatte. Der geschickte Pädagoge nahm mit Unterhändlern auf beiden Seiten Kontakt auf. Seine wichtigste Unterredung hatte er am 8. März 1945, als er Karl Wolff, damals noch stolzer SS-General, auf der Zugfahrt von Chiasso nach Zürich begleitete. Durch eine Lawine wurde der Zug zwei Stunden lang im Gotthardtunnel festgehalten – zum Glück. In diesen zwei Stunden überzeugte Husmann Wolff, dass der



Ascona wurde die Kapitulation vorbereitet.



Gespräch im Gotthardtunnel: SS-General Wolff.

Krieg verloren sei und er Deutschland besser diene, wenn er kapituliere. Die Modalitäten der Kapitulation wurden später im Häuschen «La Casetta» in Ascona, heute Teil des Hotels «Eden Roc», in die Wege geleitet. Eine unauffällige Plakette am La Casetta erinnert an diese wichtigen Geheimverhandlungen.

Die überraschende Gefangennahme Wolffs am 26. April durch italienische Partisanen gefährdete plötzlich die kurz bevorstehende Kapitulation – das war also der Hintergrund der für uns so rätselhaften Befreiungsaktion. Am 29. April wurde in Caserta die bedingungslose Kapitulation der deutschen Truppen in Italien unterzeichnet. Einen Tag später erschoss sich Adolf Hitler im Berliner Führerbunker. Womöglich spielte mit, dass er vom Verrat seines Vertrauten Wolff erfahren hatte.

Am 8. Mai endete der Krieg offiziell in Europa. Unsere Dienste wurden nicht mehr gebraucht, die Amerikaner kündigten sofort die Villa. Otto, sein Freund Bill und ich sassen ohne Geld und ohne Wohnung auf der Strasse. Wir hatten nichts mehr, bekamen keine Unterstützung, waren der Schweiz aber trotzdem dankbar: Wir hatten überlebt!

Max Waibels couragiertes Handeln wurde von der offiziellen Schweiz nicht verdankt. Der Bundesrat erteilte ihm 1946 einen Verweis wegen seines eigenmächtigen Handelns und der Verletzung der Neutralität. Von einer Strafe wurde allerdings abgesehen, auch konnte er seine Militärkarriere fortsetzen. 1971 erschoss er sich mit der Dienstpistole, nachdem er einem Betrüger aufgesessen war und viel Geld verloren hatte. Vor genau zehn Jahren, sechzig Jahre nach Kriegsende, wurde Waibel endlich rehabilitiert. Im Armeeausbildungszentrum in Luzern hat man für ihn eine Gedenktafel angebracht, bei der Einweihung anwesend waren Bundespräsident Samuel Schmid sowie die Botschafter der USA, Russlands, Frankreichs und Italiens. Ich wurde in der Folge eingeladen, meine Erinnerungen an Waibel an der ETH vor 200 hohen Schweizer Offizieren vorzutragen.

Die Amerikaner hatten Wolff versprochen, ihn und seine Familie in die USA zu bringen. Stattdessen steckten sie ihn in ein Kriegsgefangenenlager für widerspenstige Gefangene. Er kam dann in das Kriegsverbrechergefängnis in Nürnberg, wurde aber von einer Anklage verschont. Parrilli kam einige Monate ins Gefängnis, hatte aber die Befriedigung, Leonardo da Vincis Meisterwerk «Das letzte Abendmahl» in Mailand gerettet zu haben.

Lohengrin Filipello wechselte zum Fernsehen, 1956 moderierte er die erste Eurovision in Lugano, als Lys Assia mit «Refrain» für die Schweiz gewann.

Charles Eugster, damals einer unserer Mitkämpfer, ist älter als ich. Er wurde Zahnarzt mit Praxis an der Wiesenstrasse in Zürich (wo ich heute noch wohne) und ist noch immer aktiv beim Ruderklub. «Du warst so ein knuspriges Ding, damals», sagte er mir kürzlich, «*and it was a lot of fun.*» Wir waren uns der vielen Gefahren nicht bewusst. Aber für uns Überlebenden hatte es ein glückliches Ende genommen.

Inge Ginsberg, 93, lebt in Zürich und Tel Aviv. Die lebenslustige Dame arbeitete als Journalistin – auch für die *Weltwoche* –, Songtexterin und war mehrere Jahre für Hollywood-Studios tätig. Bis heute ist sie als Musikerin aktiv. So versuchte sie dieses Jahr, mit einem Heavy-Metal-Song für die Schweiz an den Eurovision Song Contest zu gelangen. Über ihre Erinnerungen in der Villa Westphal hat sie 2008 ein Buch herausgegeben («Die Partisanenvilla»). Zudem hat sie ein Filmskript über jene Ereignisse geschrieben, für das sie einen Produzenten sucht.

Im Juni 1945, also erst einen Monat nach Kriegsende, veröffentlichte Major Max Waibel in der *Weltwoche* exklusiv einen dreiteiligen Tatsachenbericht über die geheimen Aktionen in der Schweiz, die zur Kapitulation der deutschen Truppen in Norditalien geführt haben. Lesen Sie den Artikel auf www.weltwoche.ch/waibel

Clever sparen!

Jetzt nur 450.– / Monat

Wir könnten unsere Preise auch auf 650.– / Monat erhöhen. Wollen wir aber nicht!

220'000
Impressions pro Monat



Das marktführende Stellenportal für IT-Spezialisten

200'000
Impressions pro Monat



Das Stellenportal für Medical-Stellen

180'000
Impressions pro Monat



Das Schweizer Stellenportal für Handwerker

300'000
Impressions pro Monat



Das Schweizer All-Branchen Portal



Testen Sie uns:
info@stellen-anzeiger.ch

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80



Die flämische Haube als Wundverband: Kreation von Alexander McQueen.



Die Wunde Schönheit

Von Daniele Muscionico

Anämie oder die Folgen einer Schönheitsoperation? Was ist die Diagnose, die man der totenbleichen Kopf-Bandagierten stellt? «Cäsar, die Todgeweihten grüssen dich»? Wie damals, als die Herren Gladiatoren auf dem Laufsteg des Kaisers ins Amphitheater einzogen? Auf diesem Laufsteg stehen Damen, und Cäsar heisst Alexander, Alexander McQueen, der Modedesigner, dem nichts Menschliches fremd und Paranoia ein Prozac war. Dieser Wundverband ist eine Kreation des Briten, fotografiert von Nick Waplington, eine flämische Haube und was einige hundert Jahre später davon übrigbleibt: die Frau mit Gazehelm. «O Haupt voll Blut und Wunden. Voll Schmerz und voller Hohn.»

McQueen verstarb 2010, an den Folgen seines Lebens, seiner Drogen und all dessen, was er mit ihnen aus seinem Hirn ätzen wollte. Ein Junge ohne Schulabschluss aus dem East End steigt in nur zehn Jahren zum Chefdesigner des Luxuslabels Givenchy auf, ein Irrsinn. Mit Folgen, mit Schatten. McQueen wurde der Zeremonienmeister der Dunkelheit, und nur ihm mochte man nachsehen, dass er 1995 seine Models in zerrissenen Kleidern auf den Catwalk stellte und die Kollektion dazu «Highland Rape» taufte. Seine Mode stand in der Tradition der «Young British Artists», der Chapman-Brüder und eines Damien Hirst. Statt eines Hais in Formaldehyd konservierte McQueen klapprige Damen und brach den tradierten Vorstellungen von weiblicher Schönheit alle Knochen. Seine letzte Modeschau fand in einer Art Müllhalde statt, zwischen den Trümmern rezyklierter Kullissen aus den vergangenen fünfzehn Jahren seiner Karriere. McQueen Superstar feiert dieses Jahr seine Auferstehung. Und das zweifach und in London. Mitbeteiligt an der Fotoausstellung in der Tate Britain ist der amerikanische Fotograf Nick Waplington. Er war von McQueen eingeladen worden, seine Arbeit zu begleiten, es wurde sein Vermächtnis. Denn Waplington porträtiert nicht nur. Er kommentiert in seinem Augenzeugenbericht, rohe, raue Aufnahmen zwischen Hell- und Dunkelgrau, desperate Models mit blutiggeküsstem Mund.

Von der ersten Skizze bis zur finalen Präsentation auf dem Laufsteg hat Waplington McQueens letzten Akt begleitet. Und Waplington hat die Essenz: Zerstörung und Erneuerung, Schönheit und Barbarei, Kreativität und Dunkelheit als wundrote Nähte eines Lebenswerks. Denn McQueens Femme fatale ist die Femme *létale*.

Nick Waplington / Alexander McQueen: «Working Process»: Tate Britain, bis 17. Mai. Das Londoner Victoria and Albert Museum zeigt Entwürfe des Modedesigners: «Savage Beauty», bis 2. August.

Belletristik

- 1 (1) **Martin Suter:** Montecristo (*Diogenes*)
- 2 (2) **Viveca Sten:** Tod in stiller Nacht (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 3 (3) **Jussi Adler-Olsen:** Verheissung – Der Grenzenlose (*DTV*)
- 4 (5) **Milena Moser:** Das Glück sieht immer anders aus (*Nagel & Kimche*)
- 5 (4) **Lukas Hartmann:** Auf beiden Seiten (*Diogenes*)
- 6 (6) **Cecelia Ahern:** Das Jahr, indem ich dich traf (*Fischer Krüger*)
- 7 (–) **Tess Gerritsen:** Der Schneeleopard (*Limes*)
- 8 (7) **Lucinda Riley:** Die sieben Schwestern (*Goldmann*)
- 9 (–) **Claire Hajaj:** Ismaels Orangen (*Blanvalet*)
- 10 (–) **Harlan Coben:** Ich vermisse dich (*Page & Turner*)

Sachbücher

- 1 (4) **Thomas Maissen:** Schweizer Heldengeschichten ... (*Hier und Jetzt*)
- 2 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 3 (2) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 4 (3) **Kurt Lauber:** Matterhorn, Bergführer erzählen (*Droemer Knaur*)
- 5 (6) **Mahtob Mahmoody:** Endlich frei (*Ehrenwirth*)
- 6 (8) **Lukas Bärfuss:** Stil und Moral (*Wallstein*)
- 7 (5) **Jean Ziegler:** Ändere die Welt (*Bertelsmann*)
- 8 (–) **Bo Katzman:** Du bist unsterblich (*Giger*)
- 9 (7) **Per J. Andersson:** Vom Inder, der auf dem Fahrrad ... (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 10 (–) **Pascal Voggenhuber:** Zünde dein inneres Licht an (*Giger*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Cirque du Soleil

1984 gründete der Strassenkünstler Guy Laliberte zusammen mit zwei Partnern den Cirque du Soleil. 1992 war die kanadische Truppe mit dem Zirkus Knie in der Schweiz unterwegs. Danach ging es steil bergauf: der Cirque du Soleil tourte parallel mit mehreren Shows um die Welt, bespielte gleichzeitig bis zu acht Gross-theater in Las Vegas und wurde zu einem der grössten Unterhaltungskonzerte der Welt. Guy Laliberte steht mittlerweile mit einem Vermögen von 1,9 Milliarden Dollar auf der Liste der reichsten Menschen der Welt. Nun berichten Medien, dass er sein Unternehmen wegen finanzieller Schwierigkeiten an eine amerikanische und eine chinesische Investorengruppe verkaufen musste. Häme ist fehl am Platz. Obwohl er sich in den letzten Jahren mit Michael-Jackson-Shows, Elvis-Tributes oder Erotikvariétés verzettelt hat, seine Lebensleistung – die Neuerfindung des Zirkus – bleibt enorm. (rb)

Niedergang einer Kunstmetropole

Das kleine Winterthur beheimatet mehr hochstehende Gemälde als manch eine Millionenstadt. Doch die Werke serbeln, um die prächtigen Sammlungen schwelt ein jahrelanger Streit. *Von Rico Bandle*

Cézanne, Manet, van Gogh, Picasso – rund um den Globus reissen sich Sammler und Museen um Werke dieser Giganten; Hunderttausende von Kunstinteressierten strömen in entsprechende Ausstellungen, egal ob in Paris, Tokio, New York oder Dubai. Umso bemerkenswerter ist, dass die kleine Schweizer Stadt Winterthur eine fast verschwenderische Menge an Gemälden dieser Grössenklasse ihr Eigen nennt. In Winterthur findet sich mit Caspar David Friedrichs «Kreidefelsen auf Rügen» (1818) eines der bekanntesten deutschen Kunstwerke überhaupt, da sind holländische Meister, dutzendweise französische Impressionisten – alle grossen Namen sind vertreten, oft mehrfach.

Winterthur könnte ein Paradies für jeden Kunstinteressierten sein, die Museen ein Anziehungspunkt für Tausende von Touristen aus aller Welt. Aber weit gefehlt. Die wunderbare Villa Flora, wo die Sammlung Hahnloser mit ihren prächtigen Vallottons, Toulouse-Lautrecs, Renoirs oder van Goghs untergebracht war, ist seit letztem Jahr geschlossen. Ebenso das Rathaus mit den Sammlungen Briner und Kern. Das Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten ist wegen Geldproblemen akut gefährdet. Das zweite Reinhart-Museum, jenes am Römerholz, gehört dem Bund und kennt deshalb keine finanziellen Sorgen; angesichts der Fülle an Werken – von Rubens über Monet bis Picasso – sind die rund 20 000 Besucher jährlich jedoch eine äusserst klägliche Ausbeute. Und das städtische Kunstmuseum vermag trotz seiner hervorragenden Sammlung in den meisten Jahren ebenfalls bloss eine tiefe fünfstellige Besucherzahl anzulocken.

Mit anderen Worten: Während die Kunst global einen enormen Boom erlebt, überall Museen gebaut oder erweitert werden, liegt die so reich gesegnete Kunststadt Winterthur darnieder. Die Verantwortlichen der Stadt erachten ihre beneidenswerten Kunstsammlungen mehr als Last denn als Chance. Seit Jahren wird um die Zukunft der Museen gestritten; Politiker, Museumsdirektoren und Stiftungsräte

beschuldigen sich gegenseitig, die jämmerliche Situation zu verantworten. Doch dazu später.

Winterthurs goldene Jahre

Die Geschichte der Winterthurer Kunstsammlungen ist eng mit den einst blühenden Industrie- und Handelsgesellschaften verbunden. Nach der Wende ins 20. Jahrhundert erlebte die Stadt ihre goldenen Jahrzehnte: Die Fabriken brummt, die bürgerlichen Familien erlangten grossen Wohlstand. In Paris revolutionierten führende Maler die Kunst; die Moderne hielt Einzug mit völlig neuen Farben und Formen, es war die Zeit des Aufbruchs – und das kleine Winterthur wollte daran teilhaben.

1916 wurde in der kaum 30 000 Einwohner zählenden Stadt das palastartige Kunstmuseum eröffnet, das zu zwei Dritteln von Bürgern finanziert war. Der grossstädtische Bau mit seinen protzigen römischen Säulen war ein Symbol für den damaligen Optimismus, für die Stellung, die die Kunst einnahm.

Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in Winterthur kaum eine grossbürgerliche Familie, die nicht auch einige Bonnard oder Vallottons in der Stube hängen hatte. Wie eifrig gesammelt wurde, zeigte eine Renoir-Ausstellung 1935 im Kunstmuseum. Achtzig Bilder

des französischen Impressionisten wurden gezeigt – alle ausschliesslich aus Winterthurer Besitz. Der 1848 gegründete Kunstverein, der Betreiber des Kunstmuseums, war das Zentrum des gesellschaftlichen Lebens. Es gehörte zum guten Ton, dem Verein von Zeit zu Zeit ein wertvolles Bild zu schenken oder vor dem Ableben gleich seine ganze Sammlung – entsprechend hat das Kunstmuseum Winterthur bis heute eine der bedeutendsten Museumssammlungen der Schweiz. So schenkte zum Beispiel der Baumwollhändler Emil Hahnloser 1922 dem Kunstmuseum Vincent van Goghs bekanntes Gemälde «Sommerabend bei Arles», welches er zwei Jahre zuvor ersteigert hatte.

Drei Sammler überragten alle anderen. Hedy und Arthur Hahnloser, Oskar Reinhart und Ri-



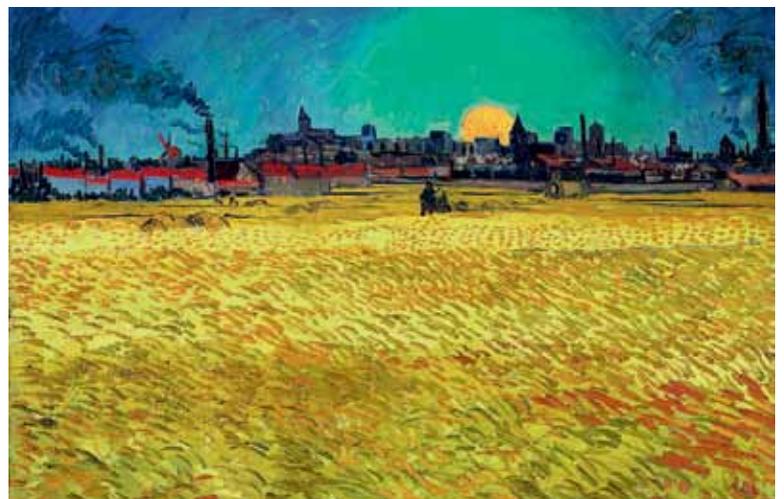
Hat alle übertroffen: Oskar Reinhart.



Paradies für jeden Kunstinteressierten: «Im Café» von Manet (1878) in der Sammlung Reinhart am Römerholz.



Symbol für den damaligen Optimismus: Kunstmuseum Winterthur.



Schenkung von Emil Hahnloser: van Goghs «Sommerabend bei Arles» (1888).

chard Bühler. Hedy Hahnloser, Tochter des Spinnereibesitzers Carl Bühler, brachte als Erste internationale Meisterwerke der Moderne nach Winterthur. Sieben Jahre war die Protestantin mit dem katholischen Augenarzt Arthur Hahnloser verlobt gewesen, erst nach dem Tod ihres Vaters durften die beiden endlich heiraten. Das Ehepaar entwickelte eine Freundschaft zu den führenden Schweizer Künstlern Ferdinand Hodler, Félix Vallotton und Giovanni Giacometti. 1909 erwarb es auf Anraten Vallottons den ersten Bonnard, 1912 kam ein Renoir dazu, dann ging es Schlag auf Schlag. Durch den Tod von Arthur Hahnlosers Bruder, der eine eigene Textilhandelsfirma geführt hatte, konnte das Paar ein grösseres Erbe antreten, das nach und nach in die Kunst investiert wurde. Bald hingen auch die ganz grossen Namen in der Villa Flora: van Gogh, Gauguin, Cézanne und Monet.

50 000 Reichsmark für den «Kreidefelsen»

So fantastisch die Sammlung Hahnloser auch ist – ein anderer Winterthurer hat sie noch übertroffen: Oskar Reinhart (1885–1965), einer der bedeutendsten Kunstsammler des 20. Jahrhunderts. Er war Teilhaber des Welthandelshauses Gebrüder Volkart, 1924 zog er sich aus der Firma zurück, um sich ganz der Kunst zuzuwenden. Er war ein Gentleman, Visionär und hatte wie kaum jemand sonst ein untrügliches Auge für Qualität. Ein Glücksfall für ihn war seine Freundschaft zum jüdischen Münchner Kunsthändler Fritz Nathan, dem er 1936 zur Flucht in die Schweiz verhalf. Durch dessen Vermittlung hatte er unter anderem 1930 Friedrichs «Kreidefelsen auf Rügen» aus der Sammlung von Julius Freund erwerben können. 50 000 Reichsmark hatte er dafür bezahlt, das Bild aber nur für 5000 verzollt. Heute gehört es zu den am meisten reproduzierten Gemälden der Welt und ist neben Dürers «Hase» die grösste Ikone der deutschen Kunstgeschichte.

Die Sammlung von Oskar Reinhart umfasst Hunderte von Meisterwerken. Als Homosexueller hatte er keine Nachkommen, so vermachte er seine Bilder in zwei Museen der Öffentlichkeit: einerseits in dem 1951 eröffneten Museum Oskar Reinhart im alten Gymnasium am Stadtgarten. Es beherbergt vorwiegend deutsche, österreichische und Schweizer Kunst des 18. bis frühen 20. Jahrhunderts. Das zweite Museum ist sein einstiges Privatdomizil, die Villa am Römerholz, mit einer grossen Anzahl von hochkarätigen Werken niederländischer, englischer, italienischer, spanischer und französischer Malerei. Das Museum am Stadtgarten untersteht der Stadt Winterthur, jenes am Römerholz vermachte er der Eidgenossenschaft.

Längst nicht alle grossen Werke, die in Winterthurer Besitz waren, sind der Stadt erhalten geblieben. Hedy Hahnlosers Cousin Richard Bühler, der sich zeitlebens mit enormem Engagement für die Kunststadt eingesetzt hatte, musste seine umfangreiche Sammlung in den



Freundschaft zu Hodler, Vallotton und Giacometti: Hedy Hahnloser, 1935.

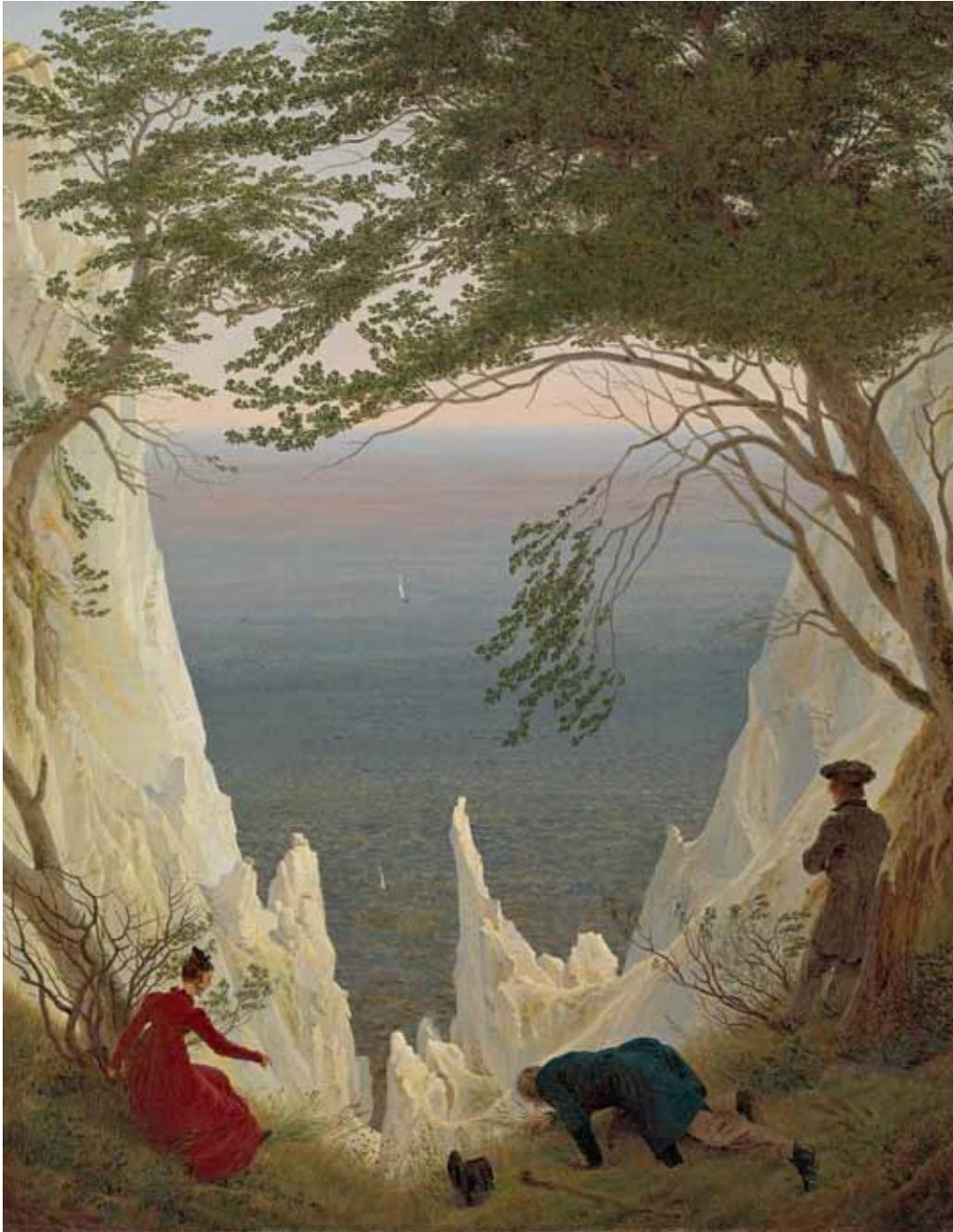
1930er Jahren aus wirtschaftlichen Gründen veräussern, darunter sieben Renoirs und elf Bonnards. Auch die legendäre Hahnloser-Sammlung ist ausgedünnt worden: Durch Erbgänge und Vergabungen (van Gogh an das Kunstmuseum Bern, Vallotton und Hodler an das Kunstmuseum Winterthur) sowie Verkäufe unter anderem an das Getty-Museum in Los Angeles oder an Ernst Beyeler sind viele der Meisterwerke nicht mehr in der Hand der erweiterten Familie.

Doch noch immer beheimatet Winterthur eine Vielzahl von Gemälden von Weltrang. Und doch darbt die Kunststadt seit Jahren vor sich hin. Dass vieles schief läuft, bestreitet niemand. Egal ob Museumsdirektoren, Billettverkäufer oder Kunstfreunde, alle haben eine Erklärung für die Misere: das fehlende Geld, die strikten Vorgaben in den Schenkungs- und Stiftungsurkunden, die Dilettanten in der Politik oder

die Tatsache, dass Winterthur halt einfach nicht Paris und auch nicht Zürich sei.

Keine Leihgaben möglich

Die Vorgaben der Stifter sind zum Teil tatsächlich streng. Und sie bieten streitlustigen und missmutigen Kulturfunktionären einen Vorwand für absurd erscheinende Auseinandersetzungen. So darf zum Beispiel kein Gemälde die Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz» verlassen, dies war der Wille des Mäzens. Dadurch sind keine Leihgaben möglich – und wer nichts ausleiht, der bekommt in der Regel auch nichts. 1992, als das Museum für Umbauarbeiten ohnehin geräumt werden musste, gab der Bund dennoch grünes Licht für eine grosse Präsentation der Schweizer Sammlung im renommierten Metropolitan Museum in New York. Bundesrat Flavio Cotti hatte mit US-Vertretern bereits ein entsprechendes Abkommen unter-



Eine der grössten Ikonen: «Kreidefelsen auf Rügen» von Caspar David Friedrich (1818).

zeichnet. Nach heftigen Protesten und Klageandrohungen von Freunden der Reinhart-Sammlung wurde das Vorhaben abgeblasen. Ein ähnlicher Streit eskalierte vor einigen Jahren im anderen Reinhart-Museum, jenem am Stadtgarten. Die dortige Stiftungsurkunde enthielt strikte Vorgaben für die Hängung der Bilder, wodurch der Handlungsspielraum für Wechselausstellungen stark eingeschränkt war. Als die Statuten geändert werden sollten, entbrannte ein kostspieliger Rechtsstreit, der «Winterthurer Museumsstreit», der sich über Jahre hinzog.

In dieser Situation, wo sich die verschiedenen Interessengruppen gegenseitig das Leben schwermachten, erwies sich auch die Politik des früheren Stadtpräsidenten Ernst Wohlwend als verheerend. Er blutete die Stiftung Oskar Reinhart finanziell aus, weil er den damaligen Direktor nicht mochte. Seither wurden meh-

rere teure externe Gutachten für ein Winterthurer Museumskonzept in Auftrag gegeben – ausser der Schliessung des Museums Briner und Kern wurde nichts davon umgesetzt. Nun drohen zusätzliche Museumsschliessungen, andere Städte würden die wertvollen Sammlungen noch so gerne übernehmen.

Ewiges Thema ist das Geld, das in Winterthur heute spärlicher vorhanden ist als anderswo. So erhält das Kunstmuseum jährlich 1,3 Millionen Franken an Subventionen. Zum Vergleich: Das viel kleinere und unbedeutendere Kunstmuseum Thun erhält 1,5 Millionen, das grössere Kunsthaus Zürich 8,3 Millionen Franken. Der Betrieb des Museums Oskar Reinhart am Stadtgarten ist nicht subventioniert, es deckt seine Defizite aus dem Stiftungskapital – doch dieses ist fast aufgebraucht. Hätte die Stiftung im Herbst 2011 nicht von einem anonymen Gönner ein Legat von 1,2 Millionen Euro in die leere

Kasse erhalten, hätte das Museum längst dichtmachen müssen.

Der Kanton Zürich wäre grundsätzlich bereit, den finanziell darbedenden Winterthurer Kunsthäusern unter die Arme zu greifen, allerdings erst, wenn die Stadt ein Konzept für eine Reorganisation der zersplitterten Museumslandschaft vorlegt, wie die Leiterin der kantonalen Kulturfachstelle, Madeleine Herzog, auf Anfrage bestätigt. Die Stadt hat ein solches Konzept für Mai versprochen. Dem Vernehmen nach sollen das Reinhart-Museum am Stadtgarten, das Kunstmuseum und die Villa Flora – die wiedereröffnet werden soll – organisatorisch zusammengeführt werden. Die Sammlungen Briner und Kern werden wohl ins Reinhart-Museum integriert, was aber erneut heftigen Widerstand hervorrufen dürfte.

Alleine im Museum

Es sieht also aus, als könnte es der Stadt doch noch gelingen, die gefährdeten Sammlungen zu erhalten. Begeisterung ist allerdings keine zu spüren, man scheint nicht an das Potenzial des einzigartigen Kunsterbes zu glauben. Dauernd hört man die Ausrede, Winterthur sei zu abgelegen, um die nötigen Massen von Muse-

Man scheint in Winterthur nicht an das Potenzial des einzigartigen Kunsterbes zu glauben.

umsbesuchern anzuziehen, doch dies ist falsch: Die Tramfahrt von Basel nach Riehen ins höchst erfolgreiche Beyeler-Museum dauert länger als die S-Bahn-Fahrt von Zürich nach Winterthur.

Dass es in der Winterthurer Museumslandschaft immer mal wieder Lichtblicke gibt, liegt am Engagement Einzelner: Kunstmuseums-Direktor Dieter Schwarz macht einen bemerkenswerten Job, ist mit Gerhard Richter befreundet, dem bedeutendsten und teuersten Maler der Gegenwart, der dem Museum 2014 nicht nur einen Besucherrekord bescherte, sondern auch noch 37 Zeichnungen schenkte. Im Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten sind unter Direktor Marc Fehlmann vermehrt anspruchsvolle und interessante Ausstellungen zu sehen. Im Oktober wird es unter dem Titel «Hodler, Anker, Giacometti» die Sammlung von alt Bundesrat Christoph Blocher zeigen, wodurch die Kunststadt wieder einmal im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen wird.

Doch die Zeiten, als Winterthur zu den Kunstmetropolen der Welt gehörte, sind endgültig vorbei. Es fehlt der Wille, vielleicht auch die Wertschätzung, um den Sammlungen ihre Strahlkraft zurückzugeben. Immerhin etwas kann Winterthur bieten, was es sonst nirgends auf der Welt gibt, wenn auch unfreiwillig: dass man zu gewissen Tageszeiten ganz alleine im Museum ungestört herausragende Werke der Kunstgeschichte geniessen kann. ○

Top 10

Knorrs Liste

1	A Most Violent Year Regie: J. C. Chandor	★★★★★
2	Les combattants Regie: Thomas Cailley	★★★★☆
3	Shaun the Sheep Movie Regie: M. Burton / R. Starzak	★★★★☆
4	American Sniper Regie: Clint Eastwood	★★★★☆
5	Still Alice Regie: R. Glatzer / W. Westmoreland	★★★★☆
6	Cinderella Regie: Kenneth Branagh	★★★★☆
7	Elser – Er hätte die Welt... Regie: Oliver Hirschbiegel	★★★☆☆
8	Fast & Furious 7 Regie: James Wan	★★★☆☆
9	Insurgent Regie: Robert Schwentke	★★★☆☆
10	La famille Bélier Regie: Eric Lartigau	★★★☆☆

Kinozuschauer

1 (1)	Fast & Furious 7 Regie: James Wan	35 181
2 (2)	Paul Blart: Mall Cop 2 Regie: Andy Fickman	9185
3 (-)	Run All Night Regie: Jaume Collet-Serra	8706
4 (3)	Shaun the Sheep Movie Regie: M. Burton / R. Starzak	7978
5 (9)	Home (3-D) Regie: Tim Johnson	5916
6 (7)	Kingsman: The Secret Service Regie: Matthew Vaughn	4037
7 (6)	Der Nanny Regie: Matthias Schweighöfer	3623
8 (-)	Cinderella Regie: Kenneth Branagh	3611
9 (5)	Still Alice Regie: R. Glatzer / W. Westmoreland	3608
10 (4)	Second Best Exotic Marigold Hotel John Madden	3550

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Interstellar (Warner)
2 (2)	Game of Thrones – Staffel 4 (Warner)
3 (3)	Die Tribute von Panem 3 (Impuls)
4 (5)	Paddington (TBA)
5 (6)	Kill the Boss 2 (Warner)
6 (4)	Die Pinguine aus Madagascar (Fox)
7 (7)	Love, Rosie (Rainbow)
8 (-)	Nachts im Museum 3 (Fox)
9 (-)	Marvel's Agents of S.H.I.E.L.D. (Disney)
10 (9)	Dumm und Dümmer (Universal)

Quelle: Media Control



Erdige Tragödie: Katharina Walser (Simona Specker), Tres Karrer (Gian Rupf).

Kino

Störrisches Ackerschollen-Drama

Der Schweizer Film «Das Deckelbad» ist eine Entdeckung, aber nicht nur wegen der emotional packenden Story.
Von Wolfram Knorr

Heimatfilm» ist ländliche Stereotypie verlogener Gefühle, trällernder Folklore, simpelster Schwarzweissmalerei, spektakulär aufgemöbelter Fauna und Flora. Sein Weltbild ist ein dumpfes Gebräu aus patriarchalischer Ordnung, tumber Gottesfurcht, starr-konservativer Tradition. Dass das Genre in die Rumpelkammer der Unarten abgeschoben wurde, ist trotzdem falsch. Es sollte, im Gegenteil, zu kritischer Durchleuchtung herausfordern, mit den ihm innewohnenden autoritären Strukturen und Traditionsklischees «spielen» und für soziale Fallstudien genutzt werden. Statt bukolischen Firlefanz zu zelebrieren, die Auseinandersetzung mit den rigiden Verhaltensformen und Usanzen auf dem Land suchen. Denn wer in dieses Milieu unerschrocken hineinlangt, kann eine Büchse der Pandora öffnen, vor allem, wenn er in ihre dunklen, verdrängten Höhlennischen vordringt.

Ein Aussenseiter des Schweizer Films, Kuno Bont, hat es gewagt und einen erstaunlichen Fund zutage gefördert: «Das Deckelbad», ein schauerliches Trauerspiel über die Schweiz, ihre Behörden, ihre ländliche Population und ihre rigiden Strukturen. Es ist eine Geschichte aus vergangenen Zeiten und zugleich höchst aktuell; von der Psychiatrie- bis zur Asylantenproblematik handelnd, lappt die Story um eine junge Österreicherin, die in den fünfziger Jahren

im schweizerischen Rheintal brutal aus der Gemeinschaft gekippt wurde, in die Gegenwart.

Kuno Bont (62), Autor, Regisseur und Produzent des ungewöhnlichen Falls, ist kein Neuling. Zahlreiche Dokus hat der Ex-Journalist und Gemeindepolitiker aus dem sankt-gallischen Werdenberg ebenso auf dem Buckel wie Theater- und Musical-Inszenierungen. Jahrelang hat er über unfassbare Fälle von Ausgrenzung aus der Gemeinschaft recherchiert und ist dabei auf die wahre Geschichte der Katharina Walser gestossen, die in die Schweiz kam, um ihr Glück zu finden. Doch ihr Traum kippte bald in einen Albtraum. Als Serverin sucht sie Kontakt und nimmt es locker, dass die saufenden Kerle ihr nur an die Wäsche wollen. Bald ist sie als Luder verschrien, vor allem, als sie sich in den Aussenseiter Tres Karrer («Tannenbühler») verliebt und mit ihm zusammenzieht. Darauf wird ihr die Aufenthaltsbewilligung entzogen, und sie wird zurück nach Österreich verfrachtet. Doch Katharina ist schwanger, heiratet Tres und darf in der Schweiz bleiben. Dann aber verunglückt bei Waldarbeiten der kleine Sohn tödlich, das Paar zerstreitet sich, Tres landet im Gefängnis, Katharina kommt auf Weisung der Behörden in die Psychiatrie, die anderen Kinder werden dem Sozialamt übergeben, und es folgen Deckelbäder, Elektroschocks und Lobotomie, bis ihr jeder Wille, jede Emotionali-

tät ausgetrieben ist. Nach fünfzehn Jahren wird sie entlassen, was Glück ist, weiss sie nicht mehr.

Bonts düstere, erdige Tragödie ist ein faszinierendes Sittengemälde, wie es mit solch emotionaler Wucht schon lange nicht mehr im Schweizer Film zu sehen war. «Der Verdingbub», der ein ähnliches Thema behandelte, wirkt dagegen wie eine trockene Akademiearbeit. Bei Bont, der fast alle Rollen mit Laien besetzte, ist die Provinz der Kneipen, Höfe, Läden und Behörden ein tückisches Nesthocker-Idyll, das Ordnung, Anstand und Sitte als Fassade nutzt, um seine freudlose, miesepetrigte Lust an Niedertracht und Schadenfreude gegen alles Unangepasste voll ausleben zu können. Durch das eigenbrötlerische Kraftspiel des Ensembles – allen voran die wunderbare Simona Specker als Katharina – ist störrische Ackerschollen-Poesie voll böser Tücken daraus geworden. So muss Heimatfilm sein. ★★★★★

Weitere Premieren

Ex Machina — Ein junger Informatiker wird vom Chef, der an künstlichen Intelligenzen arbeitet, einem Experiment unterzogen. Während eines Aufenthaltes in dessen Villa soll er herausfinden, ob eine bildschöne Androidin Gefühle und Sehnsüchte generieren kann. Es kommt zu einer spannungsvollen Dreiecksituation. Alex Garland's («The Beach») erste Regiearbeit ist elegant und intelligent, aber auch



Trüffeln mit Wittgenstein: «Ex Machina».

Fragen Sie Knorr

Mit Freunden haben wir über die Wurzeln von Fernsehen und Kino diskutiert. Dabei ging es um die unterschiedlichen Motive für die Entwicklung, abgesehen davon, dass das Kino älter ist. Gibt es verlässliche Hinweise? H. G. und S. W., Zürich



Älter ist das Kino nicht unbedingt. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts entwarf der Schotte Alexander Bain einen Bildtelegraphen zur zeilenweisen Abtastung von erhabenen Vorlagen, womit sich bereits der Unterschied

etwas pseudobedeutend, wenn er die Story mit Wittgenstein und Co. trüffelt. ★★★☆☆

Big Eyes — Ihre Bilder waren bizarr, kurios, mit Kindergesichtern wie die Zeichentrickfigur Betty Boop, nur schwer depressiv. Bettys Augen klimperten ironisch, die von Margaret Keane dampften in schwerster Melancholie. In den



Falsche Fuffziger: «Big Eyes».

fünfziger, sechziger Jahren waren die Bilder ein Riesengeschäft – und Anlass zu einem gewaltigen Kunstbetrugsfall. Tim Burton, Meister fürs Skurrile («Alice in Wonderland»), tunkt sein Biopic, den Geist der Zeit mit ätzender Lust treffend, ins Bonbonfarbene. Margaret (Amy Adams), begabte Gebrauchsmalerin, lernt den Charmeur Walter (Christoph Waltz) kennen, einen durchtriebenen Geschäftshuber. Die beiden heiraten, und bald gibt er die *big eyes*-Bilder der Einfachheit halber als eigene Werke aus. Margaret kommt zwar hinter den Schwindel, spielt aber lange mit, pinselt hinter verschlossener Tür wie eine Sklavin düstere Augen, während er das Vermögen verprasst – bis sie dann doch aufbegehrt und in einem Prozess die Lage klären kann. Mit schöner Beiläufigkeit zeigt Burton die gesellschaftlichen Zustände der falschen Fuffziger: Will die Gattin arbeiten, braucht der Arbeitgeber die Erlaubnis des Ehemanns. Einziges Manko: Während Amy Adams überzeugt, ist Waltz die falsche Besetzung. Man nimmt ihm den Schwindler nicht recht ab. ★★★☆☆

zwischen den beiden Bildermedien charakterisieren lässt: Während das Kino vom Wunsch beseelt war, Bilder in Bewegung umzusetzen, also, grob gesprochen, von der Malerei ableitbar ist, entstammt das Fernsehen dem Geist der Telegrafie, der Übermittlung von Nachrichten; die wollte man eben auch sehen können. Fernsehen, wie es der Name sagt, sollte Ferne in die Nähe bringen. Gemessen daran, begnügt sich das Kino mit einem Panoramablick.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

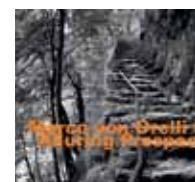
Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Gegen die voreilige Versöhnung

Von Peter Rüedi

Kunst ist schön. Macht aber viel Arbeit.» Den vielzitierten Satz hatte der Münchner Existenzialkomiker Karl Valentin auf sich selbst bezogen, auf den Hersteller von Kunst. Denn sein Publikum hatte mit den verqueren Sketches eher weniger Mühe: Sie liessen sich nämlich verschieden verstehen, als oberflächliche Kalauer oder als philosophische Weisheiten. Dennoch ist das Valentin-Zitat auch hinsichtlich der Rezeption von Kunst brauchbar. Zumindes einer gewissen Art von Kunst. Dass die mehr sei als Unterhaltung, ist ja ebenso wahr wie der Umstand, dass auch die ernsthafteste Kunst ihre Adressaten unterhält. Mehr noch: dass Kopfarbeit, geistige Anstrengung, Vergnügen bereiten kann. Warum sonst würden auf der Welt Millionen von Schachspielern über ihren Brettern brüten? Natürlich ist Jazz mal mehr U als E, mal umgekehrt. Handelt es sich aber um Kunst, die diesen Namen verdient, unterscheiden sich, sagen wir: eine Komposition von Schönberg und ein Song von Sinatra nur im Mischverhältnis von Ernst und Unterhaltung oder gar nur in der Entscheidung des Hörers, eine Musik so oder anders hören zu wollen («Serious Fun» nannte George Gruntz einmal eine seiner CDs). So heisst die neue CD des Basler Trompeters Marco von Orelli nicht ohne Hintersinn «Alluring Prospect», verlockende Aussicht – obwohl die Band (Lukas Briggen an der Posaune, Michel Wintsch am Piano, Kaspar von Grüningen am Kontrabass, Samuel Dühsler am Schlagzeug) nicht die nächstliegenden Strategien der Verführung verfolgt, sondern im Gegenteil ziemlich erfolgreich gegen den voreiligen Einklang operiert, mit Brüchen, Fragmentierungen, Verzerrungen ins Geräuschhafte, Lust an der Dissonanz. Umso eindringlicher brechen dann die überraschenden Momente schamlos schöner Melodiosität durch die Wolken, etwa in weitgezogenen Unisonolinien von Trompete und Posaune. Auf Spannung, auf «unvoreilige Versöhnung» ist diese freie Musik zwischen Komposition und Improvisation auch im Kleinteiligen aus. Das ist gelegentlich anstrengend, aber eben auch sehr vergnüglich. «Unterhaltend» eben, im anspruchsvollen Sinn etwa eines ziemlich dadaistischen Witzes.



Marco von Orelli 5: Alluring Prospect. Hatology 726

Fast wie bei den Oscars

Die Korona des Schweizer Journalismus bei der Verleihung des Swiss Press Award 15 in Bern. Von *Hildegard Schwaninger*



Es ist leichter, über Obama zu schreiben: Gewinner Carlo Silini.

Die Branche ist bestens aufgestellt – jedenfalls was die Qualität der Journalisten betrifft –, nur manchmal hapert es am Geld. Das war die Message, die mit nach Hause nehmen durfte, wer letzten Mittwoch in Bern zur Verleihung des Swiss Press Award 15 eingeladen war. Den Preis für guten Journalismus verleiht die Fondation Reinhardt von Graffenried, in fünf Kategorien (Print, Online, Radio, Video, Foto). Jeder Preisträger erhält 20 000 Franken. Erstklassige Beiträge wurden eingereicht, für die Jury muss die Entscheidung oft schwierig gewesen sein. Die Korona des Schweizer Journalismus war bei der Preisverleihung anwesend, der Abend war Labsal für die gebeutelte Medienwelt, deren Zukunft (wie die Zukunft aller) in den Sternen steht. Stiftungsratspräsident **Guido Albisetti** formulierte es in seiner Begrüssung treffend: «Nicht der Journalismus ist in der Krise, es wird nur immer schwieriger, ihn qualitativ hochstehend zu betreiben.»

Als Bühne für den hochkarätigen Abend wurde das «Bellevue Palace» gewählt (letztes Jahr war man im Stadttheater Bern), das Hotel, das der Eidgenossenschaft gehört und als Gästehaus der Schweizer Regierung gilt. Bundesrat **Alain Berset**, der an diesem Abend – wie die ganze Landesregierung – mit dem Staatsbesuch von **François Hollande** schwer beschäftigt war, nahm sich Zeit, der Schweizer

Medienprominenz seine Aufwartung zu machen, und hielt eine Rede zum Thema Lokaljournalismus. Sie war von Respekt und Anerkennung geprägt. Fazit: Der Lokaljournalismus ist der ehrlichste und schwierigste Journalismus, weil alles, was er vermittelt, in nächster Nähe passiert und nachprüfbar ist. Es ist leichter, über Obama zu schreiben als über den Polit-Star, der um die Ecke wohnt.

Moderiert wurde der Abend von **Mireille Jaton**, einer Profi-Moderatorin, die schon durch mehr als tausend Live-Events geführt



Respekt und Anerkennung: Alain Berset.

hat, unter anderem den sechzigsten Geburtstag von **Franz Beckenbauer** in Marrakesch.

Die Couverts mit den Preisträgernamen wurden von den Gewinnern des letzten Jahres

geöffnet, bis zuletzt als Geheimnis gehütet wie bei der Oscar-Verleihung in Los Angeles. Sieger: **Carlo Silini** vom *Corriere del Ticino* für seine Printreportage «Wenn eine Tragödie die Schule erschüttert», **Claudia Salzmann** von der *Berner Zeitung* (Online) für «Veganes Bern», **Silvio Liechti** vom «Regionaljournal Graubünden» für den SRF1-Radiobeitrag «Regierungskandidaten in ungewohnten Rollen», **Raphael Amrein** für sein «Schweiz aktuell»-Video «Das Ende von «Klein Istanbul»», **Yvain Genevay** von *Le Matin Dimanche* für das Foto «Die syrische Flüchtlingsfamilie Jneid».

Am Schluss stand **Polo Hofer** auf der Bühne und sang zwei zeitgeistig-amüsante Lieder, mit einer Pointe zum Thema Swiss Press Photo: «Wie soll man als Fotograf überleben in einer Zeit, wo jeder sich nur für sein eigenes Selfie interessiert?» Trotz diesem realistisch-düsteren Schlussakkord begab man sich gut gelaunt und optimistisch auf die Hotelterrasse, wo Kellner mit Tablett mit gutgefüllten Gläsern warteten. Man genoss den Blick auf Eiger, Mönch und Jungfrau und spähte, wer sonst noch alles da war. Man sah **Roger de Weck**, Tamedia-Boss **Pietro Supino**, SBB-VR-Präsident **Ulrich Gygi** mit Partnerin **Barbara Schaeerer**, Direktorin Eidgenössisches Personalamt, **Isabelle Chassot**, Direktorin Bundesamt für Kultur, **Christoph Stuehn**, als Memoriar-Direktor Hüter des audiovisuellen Erbes der Schweiz, und natürlich diverse Vertreter



Schluss mit Selfie: Polo Hofer.

der Stifterfamilien. Berner Adel, wohin man schaute, aber im Gegensatz zu Zürich, wo man für jeden Event die Gästeliste gemailt bekommt, gibt sich Bern sehr diskret. Gästeliste sowieso nicht, aber nicht mal auf Anfrage waren die Namen der feinen Leute zu erfahren. So bleibt, wer sonst noch da war, im Ungewissen. Also hielt man sich ans Buffet, das ein sicherer Wert war. Das Rindsfilet, vom Koch vor den Augen der Hungrigen tranchiert, schmeckte hervorragend. Diese Frage wurde beantwortet: Es stammte von Kühen aus dem Berner Oberland.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Monsun und Mangos

Die Ingenieure Zainab Poonawala, 24, und Murtaza Hafizji, 25, haben vor einem Jahr geheiratet. Danach lernten sie sich erst richtig kennen.



Nie langweilig: Ehepaar Hafizji-Poonawala.

Murtaza: Wir stammen beide aus dem indischen Pooná. Meine Eltern leben zwar seit dreissig Jahren in Dubai, doch für die höheren Schulen und mein Studium schickten sie mich zurück in die Heimat. Zainab lief ich dort nie über den Weg, aber als meine Freunde und die Familie fanden, ich sei nun im heiratsfähigen Alter, waren wir plötzlich auf Facebook miteinander verbunden.

Zainab: Alles hat sich wunderbar zusammengefügt und entfaltet, vielleicht wurden die Zufälle auch etwas forciert. Ich checkte sein Profil und vernahm, dass Murtaza gerade nach Dubai zurückgezogen ist. Eine Fernbeziehung war nicht das, was ich mir wünschte, also liess ich es zuerst bleiben.

Murtaza: Wir hatten die Rechnung ohne unsere Mütter gemacht.

Zainab: Meine Mutter hat Freunde, die in der gleichen Gesellschaft wie Murtazas Eltern verkehren. Also beauftragte sie diese, meinen Schwiegereltern in spe mehr von mir zu erzählen. Murtazas Mutter wandte sich mit diesen Informationen an ihren Sohn. Dieser meldete sich bei mir. Zuerst liess er mich wissen, dass er mein Bild mag, dann schickte er eine Nachricht. Mit einem Wort: «Hallo».

Murtaza: Mit der Antwort liess sie sich Zeit. Danach blieben wir in Kontakt und lernten uns besser kennen. Die Konversationen waren leicht zu führen und liessen doch manche Rückschlüsse auf die Persönlichkeit zu.

Zainab: Ein halbes Jahr später sahen wir uns zum ersten Mal in Indien. Auf dem Flughafen. Zwei Stunden lang. Wir verbrachten eine wirklich gute Zeit miteinander. Am nächsten Morgen weckte mich meine Mutter früh. Ich erfuhr, dass ich an diesem Tag meine Verlobung feiern würde. Die Eltern hatten bereits alles vorbereitet, es war von Anfang an eine abgemachte Sache gewesen. Das trübte meine Freude nicht. Zwei Tage später reiste mein Verlobter nach Dubai zurück, und wenige Monate später haben wir geheiratet.

Murtaza: Die Mangosaison stand bevor. In Indien heisst es, es gebe nur zwei Jahreszeiten: den Monsun und die Mangos. Das eine erquickt die Natur, das andere die Seele. In der Farbe dieser wunderbaren Frucht gestalteten wir unser Fest, eine elegante indisch-muslimische Hochzeit mit Hunderten von Gästen.

Zainab: In der Zwischenzeit hat der Alltag Einzug gehalten, und wir haben uns besser kennengelernt. Man muss es nicht verschweigen: Wir sind sehr unterschiedliche Persönlichkeiten. Ich bin locker unterwegs, manche sagen sogar, ich sei etwas faul und chaotisch. Das kann man von meinem Mann nicht behaupten: Er ist ein Perfektionist, liebt die Ordnung und die Reinlichkeit über alles. Langweilig wird es bei uns nie, an das Eheleben müssen wir uns allerdings noch gewöhnen.

Murtaza: Weil wir aus ähnlichen sozialen Milieus stammen, interpretieren wir unsere Probleme zumindest in ähnlicher Art und Weise – Probleme, die wohl auch durch eine Mischung aus modernen und konventionellen Werten, die wir vertreten, bedingt sind. Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten: Wir lieben ähnliche Filme, gehen gerne an den Strand und sind beide Fitness-Fans. Das Wichtigste bei allen Differenzen bleibt die Sicherheit einer Verbindung, die uns für immer zusammenhalten wird – und das auch muss.

Protokoll: Franziska K. Müller

Saftladen

Von Andreas Thiel —
Wie presst man eine Zitrone aus?

Eveline: Werte Kollegen, es steht schlecht um die Bundesfinanzen.

Simonetta: Was soll das heissen?

Eveline: Die Produktivität der Wirtschaft stagniert, die Steuereinnahmenschumpfen, die Staatsausgaben wachsen.

Alain: Ich verstehe das nicht.

Eveline: Die Wertschöpfung nimmt ab, während die Staatsquote steigt.

Simonetta: Ich verstehe immer noch nur Bahnhof.

Eveline: Lasst es mich so sagen: Es gibt immer weniger Zitronen, aber immer mehr, die sie auspressen.

Simonetta: Dann müssen wir die Zitronen halt einfach besser auspressen.

Eveline: Und wie, ohne dass durch den Druck das Ganze überhitzt?

Doris: Mit unsichtbarem Druck.

Alain: Wie geht das?

Doris: Man pumpt so viel Luft in die Zitrone, bis der Saft von alleine durch die Schale nach aussen dringt.

Didier: Genial!

Ueli: Aber dann droht die Zitrone ja zu platzen.

Didier: Wie presst man denn eine Zitrone kalt aus?

Eveline: Man presst sie nicht aus, man saugt sie aus.

Simonetta: So? Ich dachte, man schält die Zitrone und presst dann die Schale aus.

Ueli: Und das Fruchtfleisch?

Simonetta: Das Fruchtfleisch ist der Lohn der Zitronenauspresser.

Ueli: Und der Saft?

Simonetta: Der Saft auch.

Alain: Ich dachte, der Saft würde umverteilt von den reifen zu den grünen, faulen und verdorrten Zitronen.

Johann: Müssen wir die Zitronen denn überhaupt auspressen?

Didier: Mein Gott, was bist du naiv ...

Alain: Was soll diese Frage?

Eveline: Warum macht der Specht Löcher in Bäume?

Doris: Fragt der Biber den Baum, bevor er ihn fällt?

Simonetta: Klopf ein Ameisenbär an, bevor er seine Zunge in den Ameisenhaufen steckt?

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.



Gross und grün

Von Peter Rüedi



Von seiner Omnipräsenz auf der spanischen Weinszene her gesehen, erscheint der smarte Telmo Rodríguez als ein Hansdampf in allen Gassen. Aufgewachsen auf Remelluri, dem Weingut seines Vaters in der Rioja Alta, ausgebildet in Bordeaux, sah er bald, dass seine Vorstellungen vom Weinbau sich von denen des Alten sehr unterschieden. Er trennte sich von seinem Zuhause, und wie für alle Nestflüchter war das sein Glück. Er gründete mit einem Jugendfreund 1994 die Compañía de Vinos de La Granja und produzierte zum Start in Navarra einen Wein mit dem schönen Namen «Alma» (Seele). Dann kamen Betriebe in Rueda, Alicante, Toro, Aragón, Ribera del Duero, Rioja, Valdeorras und Cigales dazu, und das Ansehen des überall zwischen Galicien und Malaga präsenten Weinmachers wuchs so rapide, dass seine Gesellschaft in Compañía de Vinos Telmo Rodríguez umgetauft wurde. War er auch in allen Zonen des Landes tätig, verfolgte er doch eine rigorose Önologie. Die war keineswegs die eines Tausendsassas. Zwar betrug der Gesamtausstoss bald einmal mehr als eine Million Flaschen, aber die setzten sich aus der Produktion vieler mittlerer oder kleiner Betriebe zusammen. Rodríguez hatte eine Leidenschaft für authentische spanische Sorten und für vergessene, aufgegebene oder vernachlässigte Terroirs. Ausserdem war er überzeugt von biologischem oder biodynamischem Weinbau. Seine Compañía war gross, aber grün, und nachdem Vater Jaime sich auf Remelluri zurückgezogen hatte, kehrte der verlorene Sohn dorthin zurück und setzte seine Prinzipien um. Heute ist das logistische Zentrum der paniberischen Gesellschaft, der vereinigten Terroirs Telmo Rodríguez', in Lanciego in der Rioja Alavesa. Aus den umliegenden Rebbergen (auf einer Höhe von bis 600 Meter) kommt dieser mächtige, kräftige Blend aus Tempranillo, Graciano und Garnacha. Imposante dunkle Frucht (Kirschen, Pflaumen, auch etwas Lakritze und Mokka). Noch sehr präsent das Holz, geduldiges Dekantieren ist ratsam. Und aberdenn! – zeigt sich, Schicht um Schicht, die Klasse dieses imposanten Riojas.

Viñedos Telmo Rodríguez: Rioja Lanzaga 2009.
14,5%. Weinhandlung am Küferweg, Fr. 29.–.
www.kueferweg.ch

Sonderfall «Wiesengrund»

Hans-Peter und Ines Hussong servieren in Uetikon am See seit 25 Jahren klassische Küche. Das ist bemerkenswert. Von David Schnapp



In süsser Harmonie: Koch-Ehepaar Hussong.

Der «Wiesengrund» ist in mehrfacher Hinsicht ein Sonderfall. Zunächst gibt es kaum ein anderes Restaurant dieser Klasse (zwei Michelin-Sterne seit 1997, achtzehn Gault-Millau-Punkte seit 2000), in dem – als reiner Familienbetrieb – schon so lange auf so hohem Niveau gekocht wird. Zum andern scheint hier die Zeit etwas stehengeblieben zu sein, was nicht als Nachteil gesehen werden soll. Hussongs Gerichte sind durch und durch klassisch, firlefanzfrei und auf guten Produkten aufgebaut. Auf die Frage am Ende des Abends, ob er je daran gedacht habe, seinen Kochstil zu modernisieren, sagt der gebürtige Saarländer, der seit seinem 17. Altersjahr in der Schweiz lebt, fast schon entrüstet: «Auf keinen Fall!»

Hussong bleibt sich treu, hat seinen Stil gefunden und ihn über die Zeit gerettet. Andreas Caminada hat davon ebenso profitiert wie Nenad Mlinarevic, heute prominente Schweizer Vertreter einer avantgardistischen Küche, die beide aber auch gerne auf ihre grundsätzliche, klassische Ausbildung zurückgreifen.

Drei sind genug

Hans-Peter Hussongs Menü ist harmonisch, ausser ganz zu Beginn, wo feine, rohe Scheiben von Thunfisch und geräucherter Makrele (Hamachi) zu einem Mosaik zusammengefügt werden, umgeben von einem Streifen Avocado-Creme, aber mit etwas zu viel Zitronensaft,

Olivensalz mariniert, was den Fischgeschmacklich gesehen – untergehen lässt. Gradlinig, schlicht und mediterran präsentiert sich der sautierte Zander, versteckt in einer gebratenen Spitzpaprika mit einem Petersilien-Coulis. Grossartig schmecken die dünnen Jakobsmuschelscheiben, kurz angegart, auf gedämpften Chicorée gebettet und ergänzt mit einer Orangen-Tonkabohnen-Vinaigrette. Zurück bleiben eine leichte Schärfe, kräftige Bitternoten, feine Süsse und etwas Säure.

Auch der Hauptgang besticht nicht durch kochtechnische Komplikationen, sondern zunächst durch die Güte des Hauptprodukts in Verbindung mit präziser Zubereitung (Gitzischulter, konfiert) und schliesslich durch die Beigabe eines schier endlos tiefen Jus und von grünem Spargel, dessen Frische die dunklen Schmoraromen ausbalanciert. Für jemanden wie Hussong, der der strengen Reduktion aufs Wesentliche verpflichtet ist, sind drei Geschmäcke genug: Zum Dessert gibt es eine Art Rhabarber-Clafoutis – knusprig aussen, luftig innen –, Erdbeersauce und ein marzipaniges Mandeleis. Damit endet der Abend in süsser Harmonie.

Wirtschaft zum Wiesengrund

Kleindorfstrass 61, 8707 Uetikon am See
Tel. 044 920 63 60; sonntags und montags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Mensch und Material

Der neue Discovery Sport von Land Rover ist der passende Wagen für Familien mit gewissen Ansprüchen. *Von David Schnapp*

Vor einiger Zeit wurde hier der Land Rover Discovery betrachtet (*Weltwoche* Nr. 10/15), ein Familientransporter mit Stil und Geländetauglichkeit. Einiges ist im Umbruch bei Land Rover, Freunde der Marke müssen sich umgewöhnen. Der Defender, der Dinosaurier unter den Offroadern, ist auf Abschiedstour, nach 2015 wird er nicht mehr produziert. Wie man hört, wird dieser rustikale Klassiker unter den Geländefahrzeugen mit über 65 Jahren Geschichte aber in neuer Form wiederkommen.

Eine Neuerung wird jetzt schon auf der Plattform des schicken, kompakten SUV Evoque –

Land Rover Discovery Sport 2.2 SD4 HSE

Leistung: 190 PS, Hubraum: 2179 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 188 km/h

Preis: Fr. 50 200.–; Testwagen: Fr. 60 600.–



demnächst auch als Cabrio – gebaut: der Discovery Sport. Er sieht ähnlich schnittig aus wie der Evoque, ist aber länger und bietet mehr Platz für Mensch und Material. Aber doch nicht ganz so viel wie der eingangs beschriebene Discovery, der mit seiner kastenartigen Form eine weitere Kultfigur des Automobilbaus darstellt.

So viel zur Ausgangslage. Wir fahren nun also den brandneuen Land Rover Discovery Sport: Nach dem schnittigen Äusseren empfängt einen innen eine gewisse Sachlichkeit, viel Hartplastik und andere Kunststoffe markieren den materiellen Unterschied zum Range Rover, der das Luxussegment der Marke definiert. Schnell fällt uns aber auch das komplett überarbeitete Entertainment- und Navigationssystem mit verspielten Grafiken und zeitgemässer Technik positiv auf.

Das Ziel ist Komfort

Der Discovery Sport ist ein schickes und gleichermassen praktisches Auto. Es gibt genügend Ablagefächer, eine Vielzahl von Stromanschlüssen für Kühlboxen oder die Unterhaltungsgeräte der Kinderschar und auf Wunsch eine

komplett im Fahrzeugboden versenkbare dritte Sitzreihe. Wenn man etwa ein Velo ins Auto schieben will, lässt sich zudem die zweite Sitzreihe schnell über einen Knopf im Kofferraum umklappen. Diese Sitzreihe kann darüber hinaus auch längs verschoben werden, woraus sich wahlweise mehr Beinfreiheit oder Gepäckraumvolumen ergibt. Kurz: für Familien, die Wert auf gewisse Designstandards legen, ist der Discovery Sport sehr gut geeignet.

Setzt man den neuen Land Rover in Betrieb, erklingt in unserem Fall der etwas raue Klang des Vierzylinder-Dieselmotors. Mit 190 PS und 420 Nm Drehmoment bei 1750 Umdrehungen ist der Motor so angenehm wie der Rest des Autos. Ein kurzer Moment verstreicht, dann ist die Kraft aus dem Turbolader da und wird komfortabel mit einem Neun-Gang-Automatikgetriebe übertragen. Die lange Übersetzung wirkt sich erfreulich auf den Verbrauch aus, der Discovery Sport – immerhin ein Zwei-Tonnen-Allradfahrzeug – lässt sich gut mit 7,5 bis 7,9 Litern pro 100 Kilometer fahren.

Der Land Rover gefällt einem auch wegen des milde abgestimmten Fahrwerks, das, so scheint es, vor allem Komfort zum Ziel hat. Souverän bügelt die Federung Unruhe auf der Strasse wieder flach, und wenn der Motor warmgelaufen ist, lässt auch der sich kaum noch vernehmen. Dieses Auto gibt einem viel: Stil, Platz, Komfort und Ruhe.



«Durchschnittliche Ideen»: Küchengeräte-Unternehmer Alessi, 69.

MvH trifft

Alberto Alessi

Von Mark van Huissing — Weshalb der Design-Unternehmer seine eigenen Produkte, zum Teil, nicht verwendet.

Sie feiern <25 Jahre Juicy Salif>, die Zitronenpresse von Philippe Starck, die Ihre Firma herstellt – eine alte Idee also. Geht es bei Design nicht um neue Ideen? – «Gutes Design ist oft nicht das Ergebnis guter Ideen, sondern durchschnittlicher Ideen.» – «Ich nehme aber an, hier haben wir es mit überdurchschnittlichem Design zu tun?» – «Ich interpretiere es so: Ich betrachte dieses Produkt als kleines Meisterwerk. Nicht weil es ein Alessi-Produkt ist, sondern weil es super ist, und beliebt. Super, was Innovation und Qualität angeht; beliebt, weil man es versteht. Für viele Leute ist es eine Ikone.» – «Und nach 25 Jahren hat die Zitronenpresse ihren Reiz noch nicht verloren?» – «Richtig, wegen des Meisterwerk-Status – wie alt ist *la Gioconda* [italienische Bezeichnung von Leonardo da Vincis Mona Lisa]? – ist Zeit kein Thema. Das ist so für Meisterwerke. Im Design gibt es selten Meisterwerke; in meinem Katalog sind bloss weni-

ge drin.» – «Immerhin, in den meisten Katalogen sind gar keine drin ...» – «Zero.» – «Was sind denn andere Alessi-Meisterwerke?» – «Der Wasserkessel mit dem kleinen Vogel, 1985 designt vom amerikanischen Architekten Michael Graves, den wir zufälligerweise ebenfalls dieses Jahr feiern.»

Alberto Alessi, 69, ist ein italienischer Unternehmer, das von ihm geführte Familienunternehmen in Omegna in Piemont lässt unter anderem Küchengeräte herstellen. Mit anderen Worten: Alessi selber entwirft nichts, er lässt Designer Stücke entwerfen, die seine Mitarbeiter zur Marktreife entwickeln. In Omegna wird der verwendete Edelstahl produziert, hergestellt werden die Designobjekte zum Teil dort, zum Teil anderswo in Europa. Im Angebot von Alessi gibt es beispielsweise auch Einrichtungsgegenstände oder eine Badkollektion. Alessi, ein studierter Jurist, nennt seinen Betrieb in Norditalien «die Traumfabrik»;

die Unterhaltung – wir sprachen Englisch –, die hier in Auszügen wiedergegeben wird, fand im Alessi-Laden in Mailand statt.

«Ich habe jahrelang eine <Juicy Salif> verwendet, täglich ... [die Zitronenpresse, die aussieht wie ein Oktopus; das Design finden viele Leute schön oder witzig, von der Leistung sind wenige beeindruckt]» – «Wirklich? Ich gratuliere.» – «Ich kann sagen: Der Saft fliesst mehrheitlich ins Glas, der Rest spritzt irgendwohin. Sie funktioniert fast.» – «Ja, fast.» – «Ich hab's akzeptiert, weil das Objekt schön ist in meinen Augen.» – «Sie sind grosszügig.» – «Und Sie – wie gross ist Ihre Toleranz für Fehler, wenn etwas gut aussieht?» – «Es muss funktionieren.» – «Verwenden Sie die <Juicy Salif>?» – «Nein, ich habe die elektrische Saftpresse von Alessi gekauft.» – «Der Modedesigner Helmut Lang sagte: <Kleider sollen keine Witze erzählen.> Wenn man Alessi-Objekte ansieht, kann man denken, Design soll lustig sein. Einverstanden?» – «Nicht zwingend, aber es soll nicht langweilen, doch das ist eine andere Geschichte. Ein Produkt muss vor allem überzeugen. Allerdings bin ich kein Calvinist, es darf auch Spass machen. Und, nur zum Sagen, der lustige Vogel auf dem Wasserkessel ist das Stück, das in den Alessi-Geschäften am meisten gestohlen wird.»

«Wenn Sie zurückblicken auf Ihre 45-jährige Laufbahn im Unternehmen – ist der Erfolg Ergebnis vieler kleiner Massnahmen oder einer grossen Idee?» – «Ergebnis einer guten Idee.» – «Nämlich?» – «Die grössten Talente aus der Welt der Architektur zu holen und sie dazu zu bringen, kleine, bescheidene Dinge für den täglichen Gebrauch zu entwerfen.» – «Tönt einfach. War es das?» – «Mein Vater und mein Onkel haben mir das Leben schwermgemacht, als ich 1970 in der Firma anfing. Bis 1985, als der Wasserkocher von Graves herauskam, war es anstrengend. Ich beharrte schon damals auf gut designten Stücken – etwa Ettore Sottsass' Öl- und Essig-Menage von 1978 oder Richard Sappers Espressomaschine von 1979 –, aber ich musste es, ich möchte nicht sagen: <verstecken> vor meinem Vater, ein wenig unter seinem Radar tun.» – «Sie selber sind kein Designer, Sie seien die Mutter Ihrer Designer, haben Sie mir einmal gesagt ...» – «Wirklich? Ich erinnere mich nicht an diesen Ausdruck – <Mutter meiner Designer>, ein starker Ausdruck.» – «Sehr italienisch zudem.» – «Si, aber ich bringe keine Designer auf die Welt, das wäre zu hoch gegriffen. Ich helfe ihnen bloss, manchmal, sich auszudrücken.» – «Bedauern Sie es, kein Designer zu sein?» – «Nein, ich habe viele grosse Designer beobachtet. Und erkannt, dass mein Job der des Design-Managers ist.»

Sein liebstes Restaurant: «In Mailand bin ich zurzeit sehr zufrieden mit «Il Luogo di Aimo e Nadia». Und bei den Seen (Ortasee, Lago Maggiore) mit «Barabba».» Ristorante «Barabba», Casale Corte Cerro, Tel. +39 348 820 29 74

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
12					13	14		15		16	
17					18			19			
		20			21					22	
23	24					25				26	
				27		28		29			
30		31	32				33				
	34					35	36			37	38
39					40				41		
42							43		44		
		45						46			
47							48			49	

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sie, Bürgerin des Vereinigten Königreiches

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Der Levantiner und Eric, passt so zusammen. 7 Dasselbe: Indianerstamm und Stadt am Missouri. 12 Sie liegen immer in der Zukunft. 13 Ein solches Werk klingt anders. 16 Nach oben nimmt die Fluggesellschaft wörtlich. 17 Erweisen lässt es sich auch auf andere Weise. 18 Schwimmender Monolith, Expo.02, fehlt der Ort. 20 Die Zierpflanze mit den roten tödlichen Früchtchen. 22 Tönende Nachdenklichkeit. 23 Wir, mag Descartes gesagt haben, seien auch göttliche Weltvernunft. 25 Von den Gebirgen in Italien suchen wir nur eines. 27 Womit das Kreuz im Kölner Dom zu eben jenem Bischof passt. 29 Beulen sind von einer Fläche ausgehend deren Gegenteil. 30 So eine Art österreichische Helvetia. 33 Hat eine Kraft, die schier Unmögliches schafft. 34 Mit ihr können Güter transportiert werden. 35 In Genf ist es sicher teuer. 37 Das US-Magazin nimmt die Zeit wörtlich. 39 Er: Mischung aus Engstirnigkeit und explosiver Energie. 41 Auf du mit dem 2014 verstorbenen Flamenco-Gitarristen. 42 In der richtigen Weise regeln lässt es sich auch so. 43 Fazit: den gestellten Aufgaben nicht gewachsen. 45 Blitzkuchen aus Brandteig, wie Madame es wünscht. 46 Sie blüht im Frühling wie im Herbst. 47 Ein Zeichen aus dem Reich der Germanen. 48 So sein, das ist doch fein. 49 Er steht vor Washington und textet Lieder.

Senkrecht — 1 Strebt in hügeligem Gelände der Rhone zu. 2 Guten Mutes, wenn genannt in Ordnung ist. 3 Solch ein Festival, jetzt in Basel. 4 Fotografin, mit Hitler per du, wie er mit ihr. 5 Rom ist für Briten nicht Rom, sondern dies. 6 So ein Motor, wie eine Schnecke! 8 Beliebter Begriff, um Nationen-Clichés zu bedienen. 9 Findet Verwendung bei gesteigerter Ungleichheit. 10 Stromsparende Wecker, doch tierisch laut. 11 Ja, der Schwabe war einer. 12 ...belag mögen wir nicht. 14 Das Dorf am nordwestlichen Zipfel der Ukraine. 15 Flagge: dreieckig oder gezackt. 19 Arvo Pärt ist einer von rund 1,3 Millionen. 21 Bei der Zahl gibt's bei einer Wahl kein Unentschieden. 24 Es betrifft fraglos das Auge. 26 Nahekommen schon, aber ohne Absichten. 27 Ein Mädchen aus einem Märchen der Brüder Grimm, schlimm am Ende für die Hexe. 28 Ähnelt einem Tennisschläger, ist jedoch ein Drittel kürzer. 31 Sie stehen zwischen dem Raum und der darauffolgenden Mission. 32 Er: Tanz. Sie: Bewusstseinszustand. 33 So gesehen ist man dann willkommen. 36 Monsieur fragt nach der Uhrzeit. 38 Übereinanderliegende Raster sind beim Druck solch ein Disaster. 39 Du und dies, und schon haben wir den Schweizer General. 40 Für Philosophen nichtig, für Laien unwichtig. 41 Reiselust wird ohne ihn oft zum Frust. 44 Er passt zu ausgelassenen Massen.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 413

T	T	A	L	L	A	H	F	L	A	S	H
A	H	O	R	N	O	M	A	R	E	I	Z
G	L	S	A	N	D	T	I	R	N	U	D
E	R	I	C	H	U	N	I	A	K	A	N
R	H	O	R	S	H	P	A	E			
S	E	L	E	N	E	F	O	I	S	E	B
O	N	A	N	M	A	L	A	I	E	I	A
Z	K	P	I	N	U	P	T	O	N	N	L
I	A	T	A	S	C	H	A	H	U	H	D
A	R	O	S	A	O	R	E	T	T	E	R
I	A	S	T	M	I	N	U	T	E	I	E
L	E	I	B	A	M	A	N	T	A		

Waagrecht — 3 ALLAH 7 FLASH 12 AHORN 15 OMAR 16 EIZO 17 GESANDTER 18 NUDEL (Philosoph, "Kritik der reinen Vernunft") 19 ERICH 20 UNIA (Gewerkschaft) 22 KANT (Philosoph, "Kritik der reinen Vernunft") 23 HORS franz. f. ausserhalb [de] 25 HPA (Hektopascal) 27 SELENE griech. Göttin des Mondes 30 OISE 33 ONAN 34 MALAIE 37 IAO (Internationale Arbeitsorganisation) 39 PINUP 40 TONNE (von lat. tunna, Fass) 42 IATA 45 SCHAH 47 UHDE (ThyssenKrupp Uhde GmbH) 48 AROSA 50 RETTER 51 LASTMINUTE 52 EIER 53 LEIB 54 MANTA

Senkrecht — 1 TAGE 2 TOSI (sito, it. f. Website) 3 ANNHON 4 LOTUS 5 AMEN 6 (Mata) HARI (berühmteste Spionin) 8 LEUKAS 9 AIDA 10 SZENE 11 HOLT (Anne, norweg. Krimiautorin) 13 HERREN 14 RACHEN 21 AHOI 24 REMIS 26 PIET (Mondrian, niederl. Künstler) 27 SOZIAL 28 LAKTOSE 29 FLUH 31 EINHEIT 32 BOEE 35 ANCONA 36 APART 38 ANDREA (Pirlo, it. Fussballspieler) 41 OUTEN 43 ARAL 44 ASTI 46 HEEM 49 (R-)AMB(-o)

Lösungswort — FRANKFURTER

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur. Hochfrequenz und höchste Präzision

Mit der Classique Chronométrie 7727 bündelt Breguet einzigartige Innovationen in einem Zeitmesser. Dank der mit 10 Hz getakteten Unruh und den magnetisch gelagerten Unruhzapfen bietet das Modell eine mittlere Ganggenauigkeit von -1 bis +3 Sekunden pro Tag. Diese neue Spitzenleistung bei der Präzision mechanischer Uhren wurde vor allem durch die meisterhaften Eigenschaften des Siliziums und des Magnetismus ermöglicht – jene neuen Meilensteine verkörpern den Innovationsgeist von Abraham-Louis Breguet. Wir schreiben die Geschichte fort...



GPHG
GRAND PRIX D'HORLOGERIE DE GENÈVE
2014
"Aiguille d'Or" Grand Prix